

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

OST - WEST.
DAS FEINDBILD ABBAUEN

NEUE ZEIT

Nr. 9 • FEBRUAR 1987

COMPUTERKRIEG?

**SDI:
FRIEDENS-
CHANCEN
IM LABYRINTH
DER NEUEN
TECHNIK**



ISSN 0233-8335

AUF DEN SPUREN DER MÖRDER
OLOF PALMES

EINE SAFARI
OHNE GNADE



1917–1987

Für das vorrevolutionäre Rußland war der Bauer mit dem Saatkorb eine typische Gestalt. Dieses Foto stammt jedoch aus den ersten 20er Jahren, in denen das revolutionäre Volk einen sehr schweren Stand hatte.

Ende 1921 wurde die Staatsbank der Russischen Föderation gegründet. Die wiedererstehende Landwirtschaft, ebenso Industrie und Handel brauchten Kredite. Die mehrjährige Inflation hatte das Geld entwertet, eine Schachtel Streichhölzer kostete fast eine Million. Nun brachte die Staatsbank Banknoten mit Golddeckung heraus. Das Wahrzeichen auf den Banknoten war der Sämann.

Ebenfalls 1921 wurde die Neue Ökonomische Politik — in der Geschichte mit der Kurzbezeichnung NÖP bekannt — ein-

geführt. Dank der NÖP kam das darniederliegende Land zu Kräften. 1922 fiel der Ernteertrag bedeutend besser als in den vorhergehenden Jahren aus. Der Hunger hatte ein Ende, und die Industrie bekam agrarische Rohstoffe. Die Volkswirtschaft konnte vom Brennholz zur Kohle übergehen. Rasch kam die Leichtindustrie in Gang. Im ganzen Land verkehrten die Züge wieder. Wer nach Moskau kam, wunderte sich. In der kurz vorher noch hungernden Stadt waren bereits über ein Dutzend Bauernmärkte eröffnet.

Am 7. November 1922 wurde das fünfjährige Bestehen der Sowjetmacht begangen. Überall fanden Kundgebungen und Versammlungen statt. Auf dem Roten Platz war ein Spruchband mit der Aufschrift angebracht: „Ehre den für den Kommunismus Gefallenen, Sieg den Lebenden!“. Der Bürgerkrieg war siegreich beendet. Nun galt es, beim friedlichen Aufbau zu siegen.



EIN JAHR NACH DEM XXVII. PARTEITAG DER KPdSU

2

Wort des Redakteurs
ES GEHT BERGAN

3

G. Gerassimow. AUS DER SICHT DES
WESTENS

8

V. Teitelboim. IN EINER
FRIEDLICHEN WELT LEBEN

16

Diskus-
sion mit dem Leser B. FREDERICK.
DER UMDAU UND SEIN WIDERHALL

5

UdSSR-Gewerkschaften. G. Janajew.
AKTIONSEINHEIT

6

NZ-Umfrage. Hus-
sein Ben Talal, König von Jordanien; Karl
Bildt (Schweden), Frans Lurvink (Nieder-
lande), Rudolf Agsten (DDR), Rashee-
duddin Khan (Indien), Niko Schwarz
(Uruguay)

10

Panorama

13

Kolumbien
A. Baryschew. WENN DER "CONDOR"
KREIST...



Bild aus dem Fernsehfilm "Amerika"



Kolumbianer gegen Terror



Ein qualvolles Ende

IN DIESEM HEFT:

14

Kampuchea
A. Smeljadow. EINE GRENZE WIRD
SICHER

18

SDI
J. Baturin. COMPUTERFEHLER

22

Spanien
A. Lebedew. EUROPATAUMEL

24

L. Mletschin. STRATEGISCHE
BULETTEN

26

NZ-Recherchen
N. Wukolow, D. Pogorschelski. SPUREN
UND VERSIONEN

29

Film
J. Belkin. DIE ZUKUNFT AUFSPÜREN
Gespräch mit Regisseur Andras Ko-
vacs (Ungarn)

30

Mensch und Natur
D. Sgerski. SCHONUNGSLOSE JAGD

Titelbild: N. STSCHERBAKOW



EIN JAHR NACH DEM XXVII. PARTEITAG DER KPdSU
Michail Gorbatschow in einem Tallinner Betrieb

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. ZOPPI

2
3
8
16

POST

Meine Heimat wandelt sich um. Gerechtigkeit, gewissenhafte Arbeit, an welchem Platz auch immer, brechen sich, wenn auch manchmal mit Mühe, Bahn. Das freut mich enorm.

Ich meinerseits werde alle meine Kräfte einsetzen, nur damit unsere Außen- und Innenpolitik triumphiert. Lenin hatte es viel schwerer: In unserem Lande herrschte Zerrüttung. Heute aber ist es stark, und ich bin überzeugt: Alle Schwierigkeiten werden wir überwinden, weil wir den heutigen Kurs begrüßen.

Jelena PETSCHEN
Saporoshje, Ukr. SSR

Eine neue politische Denkweise ist nicht und kann nicht Produkt einer abstrakten Theorie sein. Sie erwächst aus dem praktischen Handeln, aus der Vereinigung all jener, die für die Verwirklichung der allgemeinemenschlichen Interessen, für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe und für die Rettung der menschlichen Zivilisation eintreten.

Thomas TRAUT
Sonneberg, DDR

Mit viel Interesse verfolge ich die Veränderungen in Ihrer Gesellschaft, die mit dem XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei begannen. Ich finde, daß eine Gesellschaft, die einen solchen Umschwung wagt, große Beständigkeit und einen großen Glauben an Ihre Kräfte haben muß.

Bert WILSON
Toronto, Kanada

Ich wünsche den Sowjetbürgern von ganzem Herzen, daß das angebrochene Jahr ihnen Erfolge bei der Erfüllung der auf dem XXVII. Parteitag formulierten Programme und Aufgaben bringt, daß 1987 ein Jahr des Friedens, der Freude und des Glückes wird.

Gregorio GONZALEZ
GARCIA

Madrid, Spanien

WORT DES REDAKTEURS

ES GEHT BERGAN

Vor einem Jahr fand der XXVII. Parteitag der KPdSU statt.

Ist ein Jahr viel oder wenig? Je nachdem. In der Geschichte der UdSSR gibt es Jahre, die Jahrzehnten gleichkommen.

Der XXVII. Parteitag legte dem Volk ein von der Gesellschaft herbeigesehntes Programm vor: Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, Umgestaltung, die Erneuerung aller Lebensbereiche des Landes. Der Parteitag forderte die Sowjetbürger zu einer schweren, beharrlichen, aber für alle notwendigen Arbeit auf. Das diesjährige Januar-Plenum des ZK der KPdSU konnte konstatieren: Partei und Gesellschaft haben die Politik des Parteitages akzeptiert; zu dieser Politik gibt es keine Alternative. Unsere Umgestaltung ist heute nicht nur eine Idee, sondern schon Wirklichkeit.

In seinem Schlußwort auf dem Plenum verglich Michail Gorbatschow die Umgestaltung mit einem Aufstieg ins Gebirge, manchmal auf Wegen, die noch niemand gegangen ist. Das vergangene Jahr bestärkt uns in der Überzeugung: Ja, wir sind dieser nicht eben leichten Aufgabe gewachsen. Der Parteitag weckte bei Millionen Sowjetbürgern ein lebhaftes Interesse für die Angelegenheiten der Gesellschaft. Das Volk weiß die positiven Wandlungen in unserem Lande zu schätzen. Das vergangene Jahr brachte Fortschritte sowohl in der Wirtschaft, bei der Meisterung neuer Wirtschaftsmethoden als auch im sozialen Bereich.

Die vielen Briefe, die gegenwärtig im Zentralkomitee der KPdSU, bei Zeitungen und Zeitschriften eingehen, zeugen vom gewachsenen Engagement der Sowjetbürger. Bei den jüngsten Gesprächen und Begegnungen Michail Gorbatschows mit Werktätigen der Lettischen und der Estnischen SSR wurde ihm immer wieder gesagt: "Weiter so!" Dieser Wunsch, die Partei möge nicht haltmachen und den Weg der Erneuerung unbeirrt weitergehen, bedeutet: Der Kurs

des XXVII. Parteitages findet breite Unterstützung. Zugleich besteht jedoch die Besorgnis, daß vorläufig noch nicht alles so läuft, wie es erforderlich wäre und von der Zeit diktiert wird.

Das Januar-Plenum des ZK verlieh den vom XXVII. Parteitag vorgemerkten Wandlungen noch tieferen revolutionären Charakter und hob besonders die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft hervor. Die Frage ist so akut wie vielleicht noch nie: Die Umgestaltung ist nur möglich, wenn die handelnde Hauptperson — das Volk — aktiv am gesellschaftlichen Prozeß teilnimmt. Folglich gilt es, einer breiten Demokratisierung in Wirtschaft, Politik und Kultur Tür und Tor zu öffnen. Als regierende Partei ist die KPdSU an Publizität, an Kritik und Selbstkritik in ihren Reihen interessiert.

Wir müssen alle Potenzen unseres politischen Systems aktivieren, um die Arbeit von Partei, Sowjets, Staatsorganen, Gewerkschaften, Jugend- und anderen Massenorganisationen sowie Arbeitskollektiven mit tiefem demokratischem Inhalt zu füllen. Kurzum, Demokratie bildet das Wesen der Umgestaltung und garantiert die Erfüllung unserer Pläne, die Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages, die Mehrung der Errungenschaften der Oktoberrevolution.

Selbst unsere Gegner geben heute zu: Verblüffend viele Veränderungen waren und sind in der UdSSR im Gange. Selbstverständlich legen unsere Opponenten ihr Maß an diese Veränderungen an. Aber schon das Zugeben ist symptomatisch.

Selbstverständlich sehen wir klarer als sonst jemand: Wir haben nur die ersten Schritte getan, mit der Umgestaltung erst angefangen. Das laufende Jahr und vielleicht noch zwei Jahre werden wahrscheinlich die schwersten sein. Aber wir sind überzeugt: Unser Umschwung ist unumkehrbar, nur wer geht, wird den Weg bewältigen.

Aus der Sicht des Westens

Die UdSSR ein Jahr nach dem XXVII. Parteitag

Gennadi GERASSIMOW

Nur ein Jahr ist seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU vergangen, aber der Westen erkennt die Sowjetunion vor lauter Veränderungen einfach nicht wieder.

Diese Veränderungen haben die Geistesarmut der Sowjetologen bloßgestellt, und nun sind sie verwirrt. Kein einziger von ihnen könnte jetzt noch von sich behaupten: "Das habe ich doch gleich gesagt!"

Die Veränderungen haben unter den Propagandaklischees, als da sind "sowjetischer Expansionismus", "geschlossene Gesellschaft" usw., eine Verheerung angerichtet.

Die Veränderungen lassen auch die bisher von den erwähnten Klischees suggerierten Vorstellungen von der sowjetischen Gesellschaft überprüfen.

Außerdem stellen die Veränderungen eine wichtige Frage der praktischen Politik: Wie hat man sich jetzt zur UdSSR zu verhalten?

Warren Zimmerman, der amerikanische Chefdelegierte zur KSZE-Konferenz in Wien, bringt eine verbreitete Meinung zum Ausdruck:

"Die Sowjetunion anders... Ist, was wir sehen, oberflächlich oder tiefgreifend? Sind die Veränderungen Realität oder Schein? Die Antwort ist nicht einfach. Das Bild bleibt widersprüchlich."

Offenbar kamen viele Gäste zum Moskauer Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit", um zu prüfen, inwiefern das Bild stimmt.

Sie haben sich überzeugt: das Bild ist echt.

Susan Eisenhower z. B., Exekutivdirektorin des Instituts für internationale Beziehungen, glaubt nicht an die Behauptung, die UdSSR schmücke nur ihre Fassade aus, um sich für den Westen schön zu machen. In der Tat, die Veränderungen sind ein Tribut, aber nicht an den Westen, sondern an die Zeit.

Solche Behauptungen sind die Nachhutscharmützel der Leute, die auf jeden sowjetischen Schritt die Antwort parat haben: "Propaganda!"

Die heutige Abwandlung: "Wir begrüßen die sowjetischen Schritte, aber sie sind unzureichend."

In der offiziellen Stellungnahme des State Department auf die Ansprache Michail Gorbatschows auf dem Moskauer Forum wurde z. B. als "Beweis für die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion" die Forderung erhoben, sie solle "neue konkrete Vorschläge" über den Rüstungsabbau, die Lage um Afghanistan und die Menschenrechte unterbreiten.

Claude Monier von der schweizerischen "Suisse" kommentiert die westliche Taktik, den Sowjets die Latte höher zu stellen:

"So werden wir niemals aus dem Tunnel herauskommen: Wir fordern von der anderen Seite Beweise ihres guten Willens, aber jedesmal, wenn sie uns dabei (selbstverständlich auf ihre Art, in ihrem Rhythmus) entgegenkommt, sagen wir, das wäre eine List, wir bräuchten zusätzliche Beweise."

Ist eine solche Taktik keine List jener im Westen, die grundsätzlich gegen einen Dialog mit dem Osten sind?

Das Argument "sowjetische Propaganda" wurde in der Sonntagssendung der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC vom 22. Februar "Diese Woche mit David Brinkley", an der auch ich teilnahm, ins Treffen geführt.

Der Moderator fragte, ob es sich nicht um einen Propagandatricks handle, der Washington in seiner Selbstgenügsamkeit einlullen solle?

Darauf entgegnete die ehemalige US-Vertreterin in der UNO, Frau Prof. Dr. Jeane Kirkpatrick, die ziemlich weit rechts steht: Michail Gorbatschows Ansprachen seien vor allem für das Inland bestimmt. Noch sei es nicht ganz klar, was sie für die Amerikaner bedeuteten.

Mrs. Kirkpatrick war vor kurzem in Moskau und lernte dazu. Es heißt, ihre Einstellung zur UdSSR verändere sich. Sie selbst veröffentlichte in der finnischen Zeitung "Helsingin Sanomat" ihre Eindrücke unter dem Titel "Gorbatschows Reformkampagne — eine Realität".

Jeane Kirkpatrick sagt, ihre Moskau-Reise sei für sie außerordentlich nützlich und interessant gewesen.

Wird George Will oder ein anderer extremrechter Journalist eine Mrs. Kirkpatrick verdächtigen, aus Naivität die sowjetische "Propaganda" zu stützen?

In der erwähnten Fernsehdiskussion antwortete Jeane Kirkpatrick auf Brinkleys Frage, ob Amerika auf den sowjetischen Zug aufspringen solle: "Wir müssen die Entwicklung in der Sowjetunion interessiert und hoffnungsvoll verfolgen."

Als weiterer Diskussionsteilnehmer brachte Ex-Minister James Schlesinger eine "realpolitische" Note ins Gespräch: Es werde Gorbatschow gelingen, das System wirksamer zu machen, aber ob Amerika das brauche?

William Hyland vom New-Yorker Rat für internationale Beziehungen gab sei-

nerseits zu bedenken, daß "Gorbatschow auf Hindernisse stoßen wird", daß aber "eine wiederauferstandene Sowjetunion gefährlich sein kann". Deshalb sei es schon jetzt geboten, sich für diesen Fall eine Versicherungspolice zuzulegen, d. h. das Wettüben fortzuführen. Außerdem kam Hyland zu folgender negativer Verallgemeinerung: "Ob liberal oder konservativ, die UdSSR wird ihre Interessen stets im Auge behalten."

Hyland gehört zu denen, die nichts hören wollen. Die sowjetischen Verhaltensweisen bleiben für ihn so, wie sie ein gewisser "Mr. X" im Juli 1947 in der Hyland nahestehenden Zeitschrift "Foreign Affairs" im Juli 1947 schilderte. Jawohl, 1947. Das wären 40 Jahre Deuteleien und Unterstellungen. Besagter "Mr. X", der sich als George Kennan zu erkennen gab, hat eine in der Presse festgehaltene Evolution durchgemacht und setzt sich jetzt energisch für die sowjetisch-amerikanische Verständigung ein. Aber auch heute finden sich in Washington Menschen, darunter solche, die im Kellergerosch des Weißen Hauses und im "Exekutivhaus" daneben tätig sind, für welche die damalige tendenziöse Auslegung der sowjetischen Absichten der Wahrheit letzter Schluß ist.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU förderte die allseitige Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft. In bezug auf internationale Beziehungen bedeutet neues Denken die Aufgabe der Autarkie bei der Suche nach den Wegen zur nationalen Sicherheit und den Übergang zur Konzeption einer von allen gemeinsam gewährleistetten allumfassenden internationalen Sicherheit.

Für Nationalismus und ideologische Herrschaftsansprüche ist die Welt heute viel zu zerbrechlich. Die Kernwaffen müssen liquidiert werden. Unser Land, das im Westen nukleare Supermacht genannt wird, ist bereit, von diesem Sockel herabzusteigen und sich unter die anderen Länder und Staaten zu mischen. Man frage Paris oder London nach einer solchen Bereitschaft, ganz zu schweigen von Washington!

Wie hat man sich also heute zur Sowjetunion zu verhalten?

O. Nathan, Rektor der Universität Kopenhagen, schlägt die Formel vor: "Was Gorbatschow recht ist, ist uns allemal billig."

Egon Bahr (BRD) äußert sich ähnlich: Er sei überzeugt, daß man lieber Gorbatschow testen solle als neue Bomben.

Ein Leser der amerikanischen Wochenschrift "Newsweek" schrieb in

der Ausgabe vom 26. Januar: "Es ist betrüblich, daß die USA Gorbatschows Bemühungen um eine offenere Gesellschaft in der UdSSR nicht ausnutzen können, ohne somit zur Festigung des Weltfriedens beizutragen. Solange Reagan im Weißen Haus einer Regierung vorsteht, die sich irgendwo zwischen Realität und Zweite-Garnitur-Filmen verloren hat, wird Gorbatschow im Mittelpunkt der internationalen Szene stehen."

In amtlichen US-Kreisen herrscht noch immer dogmatischer Antisowjetismus, der sie vernünftigen Argumenten unzugänglich macht. Um das Bild abzurunden, wollen wir noch die Meinung des State Department zitieren, der Mrs. Rosanne Ridgway, stellvertretende Außenministerin, bei Lesungen im Repräsentantenhaus des US-Kongresses Ausdruck gab: Die Aufmerksamkeit, die man in der UdSSR den inneren Veränderungen angedeihen lasse, zeuge davon, daß die UdSSR jetzt weniger an die Erweite-

rung ihres auswärtigen Einflusses denke. Gegenwärtig sehe sie, setzte Mrs. Ridgway fort, auf seiten der UdSSR, nach deren innere Veränderungen akzentuierender Politik zu urteilen, keinen Wunsch, die eigene Einflußsphäre auszuweiten.

Bestimmend für Washingtons Politik ist heute noch immer der alte, blinde Antisowjetismus. In einem Heft der "Foreign Affairs" vom vorigen Jahr nannte Prof. John Lukacs aus Philadelphia in seinem Artikel aufschlußreiche Angaben über die amerikanische "Tendenz, im Kommunismus die Wurzel allen Übels zu sehen". Sein Beispiel: Vor mehr als 130 Jahren sei das Buch eines gewissen George Fitzhugh "Soziologie des Südens" erschienen, ein Buch zur Verteidigung der Sklaverei als soziale Institution. Das Kommunistische Manifest war damals in Amerika kaum bekannt. Nichtsdestoweniger schrieb Fitzhugh, die Alternative zur Sklaverei sei der Kommunismus.

Und noch einmal Lukacs: "Die ideologische Vorstellung von der Sowjetunion bedroht die Perspektiven der amerikanischen Staatspolitik."

Der Westen ist auf die Veränderungen in der UdSSR nicht vorbereitet. Jetzt wirft man uns vor, Differenzen unter die westlichen Verbündeten zu tragen. Aber die Differenzen entstanden objektiv, weil auf die Entwicklung bei uns unterschiedlich reagiert wird. Bundesaußenminister Genscher (BRD) forderte den Westen auf, Gorbatschow und seine neue Politik beim Wort zu nehmen, "mit allen sich daraus ergebenden Folgen". Wenn die USA diese Meinung nicht teilen — was hat Moskau damit zu tun?

Alles in allem müßte der Westen nun entscheiden, ob er die gleiche Richtung wie die UdSSR einschlagen will: die Richtung auf eine Welt ohne Kriege, ohne Gewalt und Kernwaffen. Eben diese Ziele bestimmen das Verhalten der Sowjetunion.

POST

ECHO

POST

ECHO

Für alle nützlich

Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU verkündete Umgestaltung setzt alle Lebensbereiche des Sowjetstaates umfassende Veränderungen voraus: wirtschaftliche, politische und soziale.

Die Umgestaltung ist ins zweite Jahr eingetreten, und bereits kann man, wie mir scheint, über ihre Effektivität urteilen. Sie ist keine Schönheitskur. Für die Sowjetbürger bringt sie große Wandlungen im geistigen Leben und in der Arbeitsmoral. Rasch verändern sich heute Großstädte und abgelegene Siedlungen, Landwirtschaft und Industrie. Die umfassenden Friedensinitiativen der UdSSR zeugen von ihren verstärkten außenpolitischen Aktivitäten. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und anderen Staaten, darunter den Entwicklungsländern, weisen ein höheres Niveau auf.

Die Umgestaltung hat, glaube ich, noch nicht alle greifbaren Ergebnisse gebracht, die von ihr erhofft werden. Das bereits Erreichte aber stimmt zuversichtlich und stimuliert zu aktiverem Handeln. Ich hoffe, daß dieser

Prozeß dem Wohl nicht nur der sowjetischen Gesellschaft, sondern auch der ganzen Welt dient. Dazu sind freilich Zeit und gewissenhafte Arbeit erforderlich.

Farid ABDO
Afrin, Syrien

Wahrheit aus dem Sowjetland

Eins möchte ich betonen, was der Westen noch vor kurzem von der UdSSR nicht gewohnt war: die Offenheit in allem, was bei Ihnen geschieht. Der XXVII. Parteitag der KPdSU hat der Publizität nie dagewesene Ausmaße verliehen. Davon hat Ihr Land nichts verloren (wie manchmal behauptet wird), sondern doppelt gewonnen: Einmal sind die sowjetischen Menschen über negative Erscheinungen im Land besser informiert, was zu deren Beseitigung beiträgt. Zum andern schlägt die Wahrheit aus der UdSSR den westlichen Berufsleugnern, die verzerrte Vorstellungen von einem Land verbreiten, das so viel für das eigene Volk und für den Weltfrieden gemacht hat, alle Trümpfe aus der Hand.

Die Umstellung hat erst begonnen. Ich stimme diesem Prozeß schon jetzt zu und bin mit den

energischen Schritten Generalsekretär Gorbatschows und seinen Worten, daß die Umstellung einer echten Revolution gleichkommt, völlig einverstanden.

Dem Volk Lenins, das am Vorabend des 70jährigen Jubiläums der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für den Aufbau des Kommunismus — einer wirklich humanen und gerechten Gesellschaft — unbeirrt weiterkämpft, möchte ich hiermit meine Grüße entbieten.

Francisco Javier
RODRIGUEZ ABRAHAM
Peru

Der entscheidende Moment

Der neue Kurs des Sowjetstaates (oder, wie man ihn nennt, der Gorbatschow-Stil) ist neu seinem Wesen nach. Das Wesentliche ist die Bereitwilligkeit der Menschen, immer neue Aufgaben zu lösen. Schon das allein ist erfolgversprechend. Die geistigen und physischen Kräfte des Menschen sind grenzenlos, wenn er von solchen Zielen inspiriert wird.

Arne GUSTAVSSON
Stockholm, Schweden

In Moskau tagt der 18. Gewerkschaftskongreß.

Am Kongreß beteiligen sich 5000 Delegierte und über 300 Gäste aus 134 Ländern, die 187 nationale, 9 internationale und regionale Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen sowie die UNESCO und die Internationale Arbeitsorganisation vertreten.

Aktionseinheit

Gennadi JANAJEW

Sekretär des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften

Wenn man über die internationalen Verbindungen der Sowjetischen Gewerkschaften schreibt, muß man zunächst die Frage nach dem Sinn und den Zielen unserer Arbeit behandeln.

Klare Vorstellungen darüber sind wichtig, denn diese Ziele werden häufig verschwiegen oder bewußt verfälscht. In dem in New York erschienenen Buch "Gewerkschaften in der sowjetischen Globalstrategie" heißt es z. B.: "Die Sowjets betrachten die Aktionseinheit internationaler, regionaler und Branchengewerkschaften als ein Mittel, um den Westen zu schwächen".

Pseudotheoretische Konstruktionen über die heimtückischen Absichten der Sowjets seien vorerst dem Gewissen des Verfassers aus dem Nationalen Zentrum für strategische Information überlassen. Die erwähnte Publikation illustriert die Versuche des Großkapitals, die Lösung des Hauptproblems der weltweiten Gewerkschaftsbewegung zu diskreditieren, nämlich die Organisation von Aktionseinheit der nationalen Gewerkschaften und eine Entwicklung des Dialogs und der Zusammenarbeit, in erster Linie im Kampf für den Frieden.

Die heutige Situation in der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist widersprüchlich. Jede der drei Gewerkschaftszentralen — der Weltgewerkschaftsbund, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Weltverband der Arbeitnehmer, hat ihre in vielen Aspekten übereinstimmende Plattform über die wichtigsten Fragen des Friedenskampfes formuliert. Die Forderung, das Wettrüsten auf der Erde einzustellen und die Militarisierung des Weltraums zu verhindern, sowie nukleare, chemische und andere Massenvernichtungswaffen unter Verbot zu stellen, wird gegenwärtig von allen internationalen und regionalen Gewerkschaftsvereinigungen und von der überwiegenden Mehrheit der nationalen Gewerkschaften mit unterschiedlicher politischer Orientierung erhoben.

Man muß allerdings feststellen, daß es an gemeinsamen praktischen Aktionen mangelt.

Die Gewerkschaftsbewegung hat vom kalten Krieg nicht nur die organisatorische Zersplitterung geerbt. Es erwies

sich, daß das Konfrontationsdenken viel stärkere Wurzeln geschlagen hat, als man dachte. Dieses Denken wird von Einrichtungen wie dem "Zentrum für strategische Information" oder der "Heritage Foundation" reproduziert und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung verbreitet. Hierbei tut sich besonders die AFL/CIO, der Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften, hervor.

Die Verbindungen, die die sowjetischen Gewerkschaften zu den Gewerkschaftsvereinigungen in 145 Ländern unterhalten, unsere Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation, im Weltgewerkschaftsbund und in den internationalen Branchengewerkschaften verfolgen das Ziel, eine Atmosphäre des Vertrauens herbeizuführen, sowie Dialog und Zusammenarbeit zu fördern.

Die Formen der Zusammenarbeit sind mannigfaltig. Im vergangenen Jahr z. B. haben wir das "Friedensschiff" aus Japan sowie repräsentative Gruppen von Werktätigen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Griechenland, Zypern, Dänemark und Luxemburg empfangen.

Die Sowjetischen Gewerkschaften beteiligen sich aktiv an weltweiten Aktionen unter dem Motto "Werktätige und Gewerkschaften für Frieden und Arbeit" und am Aufbau eines Internationalen Zentrums für den Schutz der Rechte der Werktätigen und der Gewerkschaftsfreiheit. Der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften und seine Forschungszentren leisten ihren Beitrag zur Erforschung sozialökonomischer Folgen des Wettrüstens auf der Erde und im Weltraum. Wir glauben, daß nur durch gemeinsames Handeln der Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung und durch ihren Druck auf die Kräfte des Militarismus und der Reaktion gute Ergebnisse zu erwarten sind.

Dialog und abgestimmte Aktionen sind auch bei der Lösung anderer globaler Probleme, die gegenwärtig vor der Welt der Arbeit stehen, notwendig. Zu nennen wären die Gefahren der Ökologiekrisis, die Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf Arbeit und Produktion, die Herstellung gerechter internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Das beste Mittel, die Posi-

tionen der Gewerkschaften zu festigen und gegenseitige Verständigung und das Vertrauen in weltpolitischen Angelegenheiten zu verbessern, ist die Solidarität. Die Verantwortung der internationalen Arbeiterbewegung für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Lösung anderer Grundprobleme der Gegenwart stand im Mittelpunkt der Unterredungen Michail Gorbatschows mit Vertretern der Arbeiterklasse, der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, und stellte den Kern seiner Ansprache auf dem Kongreß der Sowjetischen Gewerkschaften dar.

Eine Delegation des WGB überbrachte dem Genossen Gorbatschow eine Botschaft, in der auf die Beschlüsse des 11. Weltgewerkschaftskongresses eingegangen wird. Sie lauten kurz gefaßt: Verhinderung eines Weltkrieges, Einstellung des Rüstungswettlaufs und neue politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern als wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung sozialer Probleme.

Angesichts der extremen Aggressivität des Kapitals, das die Leistungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Massenarbeitslosigkeit und die reformistische Ideologie dazu mißbraucht, den Spielraum der Gewerkschaften einzuzengen, ist die Einheit der Organisationen der Werktätigen objektiv notwendig.

Dies wird recht langsam und auf Umwegen erkannt. Die überkommene Denkart ist bei einigen leitenden Gewerkschaftsfunktionären des Westens immer noch stark verwurzelt.

Es ist ein Gebot der Zeit, daß die Gewerkschaften in Wissenschaft, Technik und Umweltschutz konkrete Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit in Europa und auf anderen Kontinenten erörtern müssen. Wir müssen nach Wegen suchen, um der arbeiterfeindlichen Politik der multinationalen Konzerne eine Abfuhr zu erteilen und um bei der Konzipierung von Plänen für eine Umstellung einzelner Industriebranchen auf Zivilproduktion ein Wort mitzureden.

Wir sind für umfassende, gleichberechtigte und respektvolle Zusammenarbeit mit allen Organisationen der Werktätigen. Heute entstehen reale Möglichkeiten für den Übergang von vereinzelten Erklärungen und Aktionen zu parallelen und gemeinsamen Aktionen — sektoral, regional und international. Das alte Konfrontationsdenken muß überwunden werden.

*Die Botschaft des 11. Weltgewerkschaftskongresses wurde auch an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar übergeben. Der USA-Präsident Reagan hat eine WGB-Delegation nicht empfangen.



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

König Hussein: NICHT NUR MÖGLICH, SONDERN AUCH NOTWENDIG

König Hussein des Haschemitischen Königreichs Jordanien

Zwar sind die Menschen an sich anständig und friedliebend, aber die Menschheit als Ganzes war in ihrer gesamten überlieferten Geschichte von Krieg und Gewalt gezeichnet. Kriege wurden wegen angeblicher nationaler Ziele geführt, ungeachtet der menschlichen Leiden beim Opfer wie auch beim Aggressor.

Göttliche Offenbarungen und menschliche Ideen wurden vorgeschlagen, um einer solchen Entwicklung zu steuern. Leider war der friedlichen Beilegung von Konflikten wenig Erfolg beschieden. Unser Jahrhundert erlebte die beiden größten und verheerendsten Kriege der Geschichte; im zweiten Weltkrieg wurden Nagasaki und Hiroshima durch Atomexplosionen vernichtet. Der Anbruch der nuklearen Ära brachte die nüchterne Erkenntnis mit sich, daß es so nicht weitergehen kann. Heute steht die eigentliche Existenz der Menschheit auf dem Spiel. Die Massenvernichtung in den beiden japanischen Städten 1945 war ein Impuls mehr zur allgemeinen Suche nach einem wirklich effektiven Mechanismus der internationalen Zusammenarbeit und kollektiven Sicherheit, nach der Aufgabe des Kurses auf Krieg und Gewaltanwendung. Auf den vom Krieg hinterlassenen Brandstätten entstand die Organisation der Vereinten Nationen, um einen solchen Mechanismus zu schaffen. Mehr noch, die UNO hätte das kollektive Gewissen der Menschheit sein sollen.

Wir glauben daran, daß die strikte Einhaltung der Prinzipien der UNO-Charta und die freiwillige Erfüllung der Resolutionen der Organisation durch deren Mitgliedstaaten die beste Garantie für unseren Planeten und das Überleben der Menschheit sind.

Somit ist eine kernwaffenfreie Welt nicht nur möglich. Sie ist der katego-

rische Imperativ, das wichtigste Gebot des Nuklearzeitalters. Unter diesen Umständen kann es keinen begrenzten oder gar gewinnbaren Krieg geben. Der logische Abschluß der atomaren Apokalypse wäre die unbedingte gegenseitige Vernichtung von all und jedem.

Folglich muß die Menschheit sich weiter um die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen bemühen. Die Abrüstung, besonders die nukleare, muß für jeden Staat, jede Organisation und jeden Menschen das Thema Nr. 1 sein. Die Billion Dollar, die jährlich für die Waffenproduktion ausgegeben wird, müßte den dringendsten Erfordernissen der Menschheit dienen. Es ist eine äußerst gefährliche Illusion zu meinen, die Anhäufung von Atomwaffen, die Perfektionierung der Trägermittel und

die Erhöhung der Zerstörungskraft solcher Waffen würden die Sicherheit festigen. Im Gegenteil, mit der Zeit wird das nukleare Wettrüsten immer mehr Staaten in diesen unheilvollen Wettstreit hineinziehen.

Die für alle zugängliche Atomenergie könnte vorsätzlich oder aus Versehen jene Gefahr, die die meisten Menschen der Erde bannen wollen, Wirklichkeit werden lassen. Wir unterstützen alle Anstrengungen zur Reduzierung und letztendlichen Vernichtung von ABC-Waffen, fordern aber zugleich, daß die Sicherheit der nichtnuklearen Staaten gegen die atomare Bedrohung garantiert wird. Besonders wichtig ist das für den Nahen Osten, wo Israel sich bereits Zutritt zum "nuklearen Klub" verschafft hat, und für Afrika, wo das südafrikanische Rassistenregime in den Besitz von Kernwaffen gelangt.

Wir bauen darauf, daß die Erkenntnis dessen, wie gefährlich die uns alle bedrohenden Kernwaffen sind, die kollektiven internationalen Anstrengungen zur Erlösung der Menschheit aus dieser Bedrohung fördern wird. Dann können wir unsere reichen Ressourcen zur Lösung unserer aktuellen Aufgaben nutzen.

Karl Bildt: BALANCE BEDEUTET STABILITÄT

Karl Bildt ist ein namhafter schwedischer Politiker, Riksdagsabgeordneter, Vorsitzender der Gemäßigten Koalitionspartei.

Was die Menschheit an Kenntnissen erwirbt, bleibt ihr für immer. Die Erkenntnisse der Kernphysik haben dazu geführt, daß wir jetzt immer in einer Welt leben werden, in welcher ihre Anwendung zu destruktiven Zwecken nicht auszuschließen ist.

Deshalb denke ich nicht, daß eine kernwaffenfreie Welt möglich ist. Statt dessen sollten wir ein internationales Stabilitätssystem schaffen, in welchem der Frieden weder von solchen Waffen noch von dem Risiko bedroht wäre, daß ein weiterer Staat in ihren Besitz gelangt.

Stabilität setzt Balance voraus. Eine auf

der Balance beruhende militärische Stabilität begünstigt auch eine politische Zusammenarbeit. Fehlendes Gleichgewicht im militärischen Bereich könnte dazu verleiten, diesen Umstand zu politischen Zwecken auszunutzen. Das würde den Frieden gefährden.

Wenn die USA und die Sowjetunion ihre ballistischen nuklearen Offensivsysteme radikal reduzieren und darüber hinaus die strategischen Defensivsysteme wesentlich begrenzen, ergäbe das eine weit bessere Basis für eine Welt, die stabiler wäre als unsere heutige.

Frans Lurvink:

VERTRAUEN SCHAFFEN

Frans Lurvink ist Präsident des Ost-West-Kommunikationszentrums (Alerdinck-Fonds, Niederlande).

Für mich ist die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt Problem Nr. 2., die Aufgabe aber, eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen Ost und West zu schaffen, das wichtigste Problem. Die Ursachen des Wettrüstens sind zu beseitigen. Sie bestehen darin, daß sich die beiden Systeme nicht nur stark voneinander unterscheiden, sondern vor allem darin, daß die Menschen, die in ihnen leben, die fremde Denkweise nicht verstehen, nicht begreifen, wie das entgegengesetzte System funktioniert.

Drei Jahre organisierte ich Begegnungen von Journalisten aus Ost und West. Bei jedem Treffen überzeugte ich mich davon, daß die Amerikaner die Russen nicht verstehen und umgekehrt. Doch beide Völker haben viel gemeinsam. Beide Staaten sind, politisch gesehen, jung. Wir Westeuropäer haben eine längere Geschichte, und deshalb verstehen wir, wie mir scheint, die Russen ebenso wie die Amerikaner besser.

Eine kernwaffenfreie Welt ist vor allem eine Welt, in der gegenseitiges Verständnis herrscht, in der die Vertreter beider Systeme erkennen, wie sich das entgegengesetzte System entwickelt und wie es funktioniert. Wenn ein solches Verständnis da ist, wird man sehen, daß im Grunde die Unterschiede zwischen Ost und West nicht so stark sind, daß sie überwunden werden können. Dann werden die Nuklearwaffen überflüssig sein.

Ich meine, daß die Nuklearwaffen vernichtet werden müssen. Sie bedrohen nicht nur die Menschen in Ost und West, sondern die ganze Menschheit. Wenn Ost und West sie nicht gemeinsam beseitigen, wird es unmöglich sein, Kernwaffen z. B. in Libyen, Ägypten, Israel, Pakistan und Indien zu verhindern. In 20, vielleicht schon in 10 Jahren würden dann Dutzende von Ländern Nuklearmächte sein - darunter kleine Staaten, in denen nicht selten jedes Jahr die Regierung wechselt. Und das wird viel gefährlicher sein als Nuklearwaffen in den Händen Gorbatschows und Reagans. Sie sind doch vernünftige Leute.

Ost und West müssen dafür sorgen, daß die Welt zusammenrückt. Sie sind verpflichtet, zu Vereinbarungen zu kommen, Übereinstimmung zu erzielen und zu erklären, daß Kriege nicht mehr möglich sind.

Ein weiterer Grund für die Anhäufung von Waffen im Westen ist die Unkenntnis

"NEUE ZEIT" 9.87

darüber, was sich in der Sowjetunion tut. Bei uns ist die Auffassung verbreitet, die Sowjetunion sei nicht „transparent“ genug. Das macht uns nervös und, da wir nicht wissen, was vor sich geht, rüsten wir für alle Fälle auf.

Michail Gorbatschow, der eine Politik

Rudolf Agsten:

POLITISCHER WILLE ERFORDERLICH

Dr. sc. Rudolf Agsten ist Mitglied des politischen Ausschusses und Sekretär des Zentralvorstandes der LDPD, Mitglied des Präsidiums der Volkskammer der DDR

Wie stelle ich mir die Grundlagen der internationalen Stabilität vor? Zumindest nicht militärisch. Im nuklear-kosmischen Zeitalter kann kein internationales Problem mit Gewalt gelöst werden. Militärische Auseinandersetzungen würden die Vernichtung der Menschheit bedeuten. Das neue Denken muß davon bestimmt sein, daß nur durch ein friedliches Miteinander dringende globale Probleme zum Wohle aller Menschen gelöst werden können. Von dieser Haltung ist das Vorgehen der sozialistischen Staaten in der internationalen Arena bestimmt.

Internationale Stabilität ist erreichbar, wenn auch die herrschenden Kreise der USA und anderer Staaten zu der Einsicht

der Offenheit verfolgt, leistet hier etwas überaus Wichtiges. Das ist vielleicht sogar bedeutsamer als eine Vereinbarung über Nuklearwaffen. Er zeigt uns die Sowjetunion so, wie sie in Wirklichkeit ist - mit Fehlern und mit Problemen, die gelöst werden müssen. Das schafft Vertrauen.

Die Nuklearwaffen sind zweifelsohne gefährlich, tödlich, doch auch konventionelle Waffen sind nicht harmlos. Deshalb müssen die einen wie die anderen abgebaut werden. Wir müssen es lernen, in einer Welt ohne Kriege zu leben, müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß das anders schon nicht mehr möglich ist.

gelangen, daß die friedliche Koexistenz, die übrigens nicht nur den sozialistischen Ländern Vorteile bringt -, wie das oft behauptet wird -, sondern auch im Interesse der kapitalistischen Staaten liegt, die einzige Alternative für die Existenz der Menschheit ist.

Es wäre dann möglich, durch ein ganzes Geflecht bi- und multilateraler Abkommen auf ökonomischem, wissenschaftlichem, kulturellem Gebiet gemeinsam an die Lösung so wichtiger Fragen zu gehen, wie sie heute infolge des raschen Tempos der wissenschaftlich-technischen Revolution der äußerst angespannten Lage in den Entwicklungsländern usw. stehen.

Rasheeduddin Khan:

EINE RENAISSANCE DES DENKENS TUT NOT

Rasheeduddin Khan ist Professor an der Jawaharlal-Nehru-Universität, Delhi, und Teilnehmer des Moskauer Friedensforums.

Ich habe ein zwiespältiges Gefühl, wenn ich an die heutige Lage denke. Erstens empfinde ich Angst vor einem möglichen Nuklearkrieg, der unausweichlich ist, wenn die Führer der Großmächte das wahnsinnige Wettrüsten nicht beenden. Diesem Wahnsinn liegt nicht nur ein anormales Denken zugrunde, sondern auch die perverse Doktrin der garantierten gegenseitigen Ver-

nichtung. Meine Angst erklärt sich auch dadurch, daß das Wettrüsten nicht nachläßt, sondern immer neue Formen annimmt. Ein Beispiel dafür ist die Militarisierung des Weltraums hinter dem Feigenblatt SDI.

Andererseits lassen mich positive Veränderungen hoffen. Die Sowjetunion hat eine ganze Reihe von Abrüstungsinitiativen ergriffen. Es sei nur an Michail



**GIVE
PEACE
A
CHANCE**

Plakat von M. Morita (Japan)
zum internationalen Wettbewerb
"Für Frieden und sozialen Fortschritt"

Gorbatschows Erklärung vom 15. Januar v. J. erinnert, die die USA und die anderen NATO-Länder sehr aufmerksam studieren sollten. Auch die Vorschläge der „Sechs von Delhi“, die auf die Einstellung der Kernwaffentests, den Abbau der Nukleararsenale und die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums gerichtet sind, seien da erwähnt.

Eine kernwaffenfreie Welt ist einstweilen noch ein Ideal. Natürlich werden Atomwaffen gegenwärtig nicht eingesetzt, und das Schwergewicht liegt auf der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Doch, wie Erfahrungen von Havarien in Kernkraftwerken gezeigt haben, sind tragische Zwischenfälle nicht ausge-

schlossen. Obigens sind selbst gewöhnliche chemische Prozesse gefährlich, siehe z. B. die Katastrophe von Bhopal. Und auch konventionelle Waffen sind eine große Gefahr, würden ja bei deren massivem Einsatz riesige Brände ausbrechen. Dabei würden die fast allgegenwärtigen Kunststoffe bei ihrer Verbrennung die Atmosphäre vergiften.

Die Hauptgefahr geht jedoch von den Nuklearwaffen aus. Deshalb bin ich dafür, daß unser Planet von ihnen befreit wird.

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist der politische Wille der Führer der Welt. In Genf und Reykjavik hat die Sowjetunion ihre Fähigkeit gezeigt, Vorurteile zu überwinden. Leider läßt sich von der US-Administration nicht das gleiche sagen. Sie spricht nach wie vor von der „Aggressivität“ und einem „Expansionismus“ der UdSSR. Daher rührt auch die falsche Politik der USA. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit diesen Kurs ändern könnte, würde die ganze Menschheit gewinnen. Doch viele Amerikaner wissen nichts von der Friedensliebe der Sowjetunion, ja wissen überhaupt kaum etwas von der UdSSR.

Deshalb ist die weltweite Verbreitung wahrheitsgetreuer Informationen eine sehr wichtige Voraussetzung für die nukleare Abrüstung. Das Bildungssystem muß gleichfalls seinen Beitrag leisten, indem es die Werte des Friedens und der Koexistenz propagiert. Ich würde sagen, daß eine Renaissance der Weltkultur not tut. Die Vielgestaltigkeit und der Pluralismus der Welt in Kultur, Wirtschaft, Ideologie und die Unterschiede im sozialen Bereich müssen anerkannt und akzeptiert werden. Das Prinzip, die Menschen zu überzeugen, nicht aber sie zu etwas zu nötigen, muß sich weltweit durchsetzen. Es heißt, Kriege würden ihren Anfang in den Hirnen der Menschen nehmen. Ich meine, daß auch eine kernwaffenfreie Welt in den Köpfen der Menschen geboren werden muß. ■

Niko Schwarz:

UNGEHEURER WIDERSINN

Niko Schwarz ist Mitglied des Redaktionsrates der Zeitung "La Hora" (Uruguay)

Jeder normale Mensch möchte an eine Zukunft ohne Kriege denken können.

Worin besteht der ungeheuerliche Widersinn der heutigen Weltlage? Wissenschaft und Technik bieten früher undenkbar Möglichkeiten, die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern, Seuchen und andere Krankheiten endgültig zu beseitigen, mit Hunger und Analphabetentum, dieser Hinterlassenschaft der Ausbeuterregimes, des Kolonialismus und Neokolonialismus, Schluß zu machen. Die moderne Technik könnte all diese Gebrechen — und die Menschheit dazu beseitigen.

Wir Lateinamerikaner haben zwei sehr

konkrete Aufgaben. Die erste: durch Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe einen Krieg in Mittelamerika und eine US-Invasion in Nikaragua zu verhindern. Die zweite: eine unmittelbare Ausdehnung der nuklearen Gefahr auf den Süden unseres Kontinents, was durch Anlegung von Militärstützpunkten auf den Malwinen und auf der Osterinsel der Fall sein könnte, nicht zuzulassen. Auf diesem Wege versuchen die militaristischen Kräfte den Tlatelolco-Vertrag, den Vertrag über den kernwaffenfreien Status Lateinamerikas, zu umgehen.

Das Moskauer Hotel Kosmos wurde an jenem Morgen und in den drei nachfolgenden Tagen seinem Namen voll gerecht. Es beherbergte rund 1000 Abgesandte aus über 80 Ländern, Repräsentanten aller Bereiche der Kunst und der Wissenschaften. Das war ein wahrhaft kosmisches Treffen. Aufsteigende Filmstars und Hollywood-Alstars gaben sich hier ein Stelldichein. Da wird Gregory Peck am Hoteleingang von Teenagern mit Autogramm Wünschen attackiert. Da sieht man in der Hotelhalle die Sängerin und Komponistin Yoko Ono, gelassen, einsam, aufmerksam. Da geht fast unbemerkt wie die meisten Teilnehmer des Moskauer Forums der Filmregisseur Milos Forman vorbei.

Mir fällt ein, daß ich hier an hochprominenten Menschen vorbeilaufe, ohne mir die Frage zu stellen „Who's who“. Nun sehe ich genauer hin und erkenne Maria Schell, Gian Maria Volonte, Marina Vlady, deren Schönheit inzwischen noch erhabener wirkt. In Costa Gavras erkenne ich einen Menschen, der seinen Worten gestenreich Nachdruck verleiht. Hier ist die gesamte Filmwelt präsent, den dämonischen Mephisto-Darsteller Klaus Maria Brandauer eingeschlossen. Mir imponiert Peter Ustinov, der immer von TV-Teams umringt ist. Er beantwortet die Fragen halb russisch und halb englisch. Ich bewundere seine tiefen Kenntnisse und seinen Charme. Die Meinung, Schauspieler seien schön, aber seicht, stimmt ganz gewiß nicht. Dieses weitverbreitete Vorurteil wird auf dem Forum widerlegt.

In das Kosmos gehören auch Kosmonauten. Da sehe ich, wie sich der Himmelsbote Georgi Gretschko mit einem Schriftsteller unterhält, der fest davon überzeugt ist, die Erde sei kein Himmereich, könne es aber werden. Da ist Graham Greene. Beim Abschlüßtreffen im Kreml sagte er, überzeugter Katholik, daß er sein Leben lang das Geschehen in Lateinamerika sehr aufmerksam verfolgt habe, wo Christen und Marxisten zusammenarbeiten.

Ich erwähne lauter Schauspieler und Schriftsteller. Doch beim Forum funktionierten, geeint durch das übergreifende Thema, acht parallele Arbeitsgruppen. Es fanden — je nach Berufen — acht Rundtischgespräche statt. So brachte im Saal der Wissenschaftler ein Professor von der Harvarduniversität seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß der homo sapiens sein Wissen zum Schaden seiner Artgenossen einsetzen kann, wenn er es für die Produktion tödlicher Waffen mißbraucht.

In einem anderen Tagungsraum ging es darum, daß nicht allein der Mensch, sondern auch das Haus, die Natur, in der er lebt und ohne die seine Existenz undenkbar ist, gefährdet wird. Wir alle müssen Umweltschützer sein.

Das Kosmos bot dieser Tage allen Berufen, allen Ideologien und allen Religionen Platz, die sich einem Ziel

Der chilenische Publizist Volodia Teitelboim berichtet über das Moskauer Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit".

In einer friedlichen Welt leben

Volodia TEITELBOIM

verpflichtet fühlen: Das Menschengeschlecht darf nicht ausgerottet werden. Eine solche Gefahr ist am Ende des 20. Jahrhunderts entstanden, da die Kriegsmaschine und der Militär-Industrie-Komplex vom profitträchtigsten Geschäft aller Zeiten angelockt und geblendet werden. Sollte dieses makabre Geschäft klappen, dann befinden sich im anbrechenden dritten Jahrtausend möglicherweise keine Dollars mehr im Umlauf, weil es keine Menschen mehr geben wird.

Kernwaffen sind ein beachtliches Argument, wenn es gilt, die bestehende ungerechte Situation aufrechtzuerhalten, in der die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer eine Zeitbombe darstellt. Bei diesem Thema erinnerten sich die Forumsteilnehmer an Fidel Castro. Im Saal sahen und hörten sie Michail Gorbatschow: „Kann man in einer Welt leben, in der drei Viertel der Länder unbezahlbare Schulden haben und eine Handvoll Staaten die Rolle allmächtiger Wucherer spielt?“

Als ich Grundlagen der Philosophie und der formalen Logik studierte, wurde uns als Beispiel eines Axioms die traurige Formel „Alle Menschen müssen sterben“ vorgelegt. Die Tragik unserer Zeit besteht darin, daß alle Menschen womöglich gleichzeitig sterben müssen. Durch nukleares Bombardement können sie in wenigen Stunden oder Tagen vernichtet werden.

Michail Gorbatschow brachte in seiner Ansprache vor den Forumsteilnehmern den Gedanken zum Ausdruck, daß der Kernwaffenkrieg der Unsterblichkeit des Menschen und der Menschheit, ja dem ganzen Menschengeschlecht ein Ende setzen wird. Das ist keine rein philosophische Idee. Die Menschheit muß schließlich die Wahrheit darüber erfahren, womit sie heute konfrontiert wird. Er sagte wörtlich: „Der 'nukleare Schutzbrief' ist weder narrensicher noch unbefristet. Jederzeit kann er in ein Todesurteil für die Menschheit umschlagen. Je mehr Atomwaffen, desto geringer die Gewähr, daß sie sich bändigen lassen.“

Wenn sich Präsident Reagan mit dem Gedanken trägt, den Krieg von der Erde auf den Weltraum auszudehnen, dann mutet das wie ein schlechter Film an. Auch das kam bei der Diskussion im Kosmos zur Sprache. In Ermangelung eines Abkommens, das die Galaxis vor

nuklearer Vernichtung retten würde, machte der USA-Präsident das Angebot, ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über die Abwehr von Marsmenschen zu schließen.

Das Kosmos-Hotel ist so groß, daß man sich leicht im Labyrinth seiner Korridore verlaufen kann. Ich geriet durch Zufall an einen "runden Tisch", der offensichtlich nicht für mich bestimmt war. Nach anfänglicher Verwirrung konnte ich nach und nach das Thema der Diskussion ausloten. Glücklicherweise begriff ich sofort, in welcher Sprache sie geführt wurde, denn auf der Tribüne stand gerade ein Wissenschaftler aus Argentinien. Anschließend wurde Akademiemitglied Andrej Sacharow das Wort erteilt, und da erst wurde mir klar, daß hier keine Schauspieler und keine Schriftsteller tagen. Ich hörte mir seine knappen Ausführungen mit großem Interesse an.

Auf dem Forum fanden die unterschiedlichsten Meinungen aufgeschlossene Zuhörer, denn man hoffte, durch den Dialog den Weg zum Überleben der Menschheit zu finden. Schließlich gelangte ich in die Arbeitsgruppe, in der Graham Greene das Wort ergriff. Er sprach, wie alle Teilnehmer, frei, mit einem guten Schuß englischen Humors. Danach sprach der amerikanische Schriftsteller Norman Mailer. Das Leitmotiv des Forums, betonte er, sei die Notwendigkeit, ein neues Bewußtsein, ein Friedensbewußtsein als Gegenpol zum Rüstungswahn entstehen zu lassen. Hochrüstung widerspreche dem Sinn des menschlichen Daseins. Der Verfasser von "The Naked and the Dead" und "The Executioner's Song" forderte, die Kulisse zu wechseln, d. h. jenes Bild, jene Vorstellung von der Sowjetunion zu revidieren, die in den USA unter maßgeblicher Beteiligung verschiedener, mit einigen Entscheidungsbefugnissen ausgestatteter Politiker geschaffen worden ist.

Man darf nicht vergessen, daß es Präsident Reagan war, der die UdSSR als Reich des Bösen bezeichnete. Ob scherzhaft oder ernst, jedenfalls erklärte er bei der Sprechprobe zu einer Rundfunkansprache, daß er Rußland in 5 Minuten bombardieren lassen werde.

In den USA funktioniert eine Angst produzierende Maschine. Ich las in der „International Herald Tribune“ einen Artikel von John Mack, dem Direktor des

Zentrums für psychologische Forschungen im Nuklearzeitalter. Er schrieb über die TV-Serie "Amerika", die die Vereinigten Staaten von 1997 — 10 Jahre nach der Russeninvasion — schildert. Diese wahnsinnige, aber recht gängige Story veranlaßte den amerikanischen Wissenschaftler dazu, sich über die Verantwortung der Massenmedien im Atomzeitalter Gedanken zu machen.

Norman Mailer spricht vom Bann der Klischees, die Angst und Völkerhaß verbreiten. Der Klischees, die die Idee suggerieren, eines Tages werde man auf den Knopf drücken müssen, um das zu verhindern, was in diesem Streifen gezeigt wird. Sicher ist Szenariumwechsel angezeigt. Es muß ein Szenarium eines wahren und gefahrlosen Friedens geschaffen werden. Damit können wir der Apokalypse entgehen. Der amerikanische Autor fügte noch hinzu, daß er aus folgender Überzeugung zum Forum gereist war: Die Vorschläge Michail Gorbatschows bieten große Möglichkeiten, um die Verkäufer des nuklearen Todes daran zu hindern, ihr Unterfangen zu vollbringen. Mailer will keine atomare Kollision. Er meint, man könne das fatale Ende vermeiden.

Ein anderer, ebenfalls prominenter amerikanischer Autor - Gore Vidal, erinnerte in seinem Redebeitrag daran, daß Reagan seinerzeit mehrmals CIA-Agenten in Hollywoodfilmen verkörperte. Einer seiner Helden behauptete, der Gegner könne einen Stabilisator entwickeln, um die Anziehungskraft der Erde zu festigen. Seit 50 Jahren ist immer wieder das gleiche Ammenmärchen zu hören, bemerkte Gore Vidal. Michail Gorbatschow dagegen rufe in ihm die Erinnerung an Franklin D. Roosevelt wach, den er in seiner Jugend bewundert habe.

Im „Kosmos“ waren unterschiedliche Meinungen zu hören. Hier wurde völlig frei über jedes Thema gesprochen. Hier herrschten wildeste Phantasie und nüchterne Realität. Als Phantasie könnten die Skeptiker übrigens die abschließende Ansprache des sowjetischen Parteichefs bezeichnen: Er rief erneut dazu auf, ohne Kernwaffen an die Schwelle des dritten Jahrtausends zu treten. Das bedeutet, in den verbleibenden 13 Jahren müssen wir den Weg für allgemeine Abrüstung freilegen. Schwerter zu Pflugscharen - dieser Wunsch war schon immer da. Heute geht es nicht mehr um Schwerter, nicht um Davids Schleuder, auch nicht um Don Quichottes Lanze. Es geht um Atombomben. Wir stehen heute vor der Wahl: Kernwaffen zu vernichten oder die Menschheit auszulöschen. Die Teilnehmer des Moskauer Forums zogen das erstere vor. Dies war nur ein erster Schritt. Es müssen noch Tausende Schritte in der ganzen Welt gemacht werden. Ein Dialog zwischen Menschen, Völkern und Ländern muß in Gang gebracht werden. Das Haßszenarium muß durch Friedensszenarien ersetzt werden.

AFGHANISTAN

Versöhnung
und ihre
Gegner

• DER KURS DER REGIERUNG DER DR AFGHANISTAN AUF NATIONALE VERSÖHNUNG ALLER AFGHANEN FINDET BREITE UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEVÖLKERUNG.

Seit dem 15. Januar, als die von Kabul verkündete Waffenruhe in Kraft trat und die Regierungstruppen das Feuer einstellten, legen Duschmanen, die sich noch gestern in den Bergen versteckten und von dort Überfälle verübten, fast täglich in verschiedenen Provinzen ihre Waffen nieder. Oft sind es ganze Trupps, die vom Angebot der Regierung Gebrauch machen. Wie der Außenminister der DR Afghanistan, Abdul Wakil, auf einer Pressekonferenz am 20. Februar in Moskau mitteilte, sind es fast 15 000 Mann. 400 bewaffnete Gruppierungen halten den Waffenstillstand ein. Hunderte von regierungsfeindlichen Gruppierungen haben Kontakt mit den Behörden aufgenommen.

Auch die Zahl derjenigen, die aus dem Ausland in die Heimat zurückkehren, hat stark zugenommen. Obwohl man die Flüchtlinge in Pakistan und im Iran daran zu hindern sucht, sind 25 000 Menschen bereits zurückgekehrt. Um ihre Aufnahme zu organisieren sowie die erforderliche materielle und andere Hilfe zu leisten, wurde ein Sonderamt beim Ministerrat der DR Afghanistan gebildet. Ein Korrespondent der „Washington Post“, der Lager für afghanische Flüchtlinge in Pakistan besuchte, schrieb, daß dort „neue Gefühle, eine wachsende Ungeduld“ ihrer Bewohner, zum normalen Leben zurückzukehren, sehr deutlich würden.

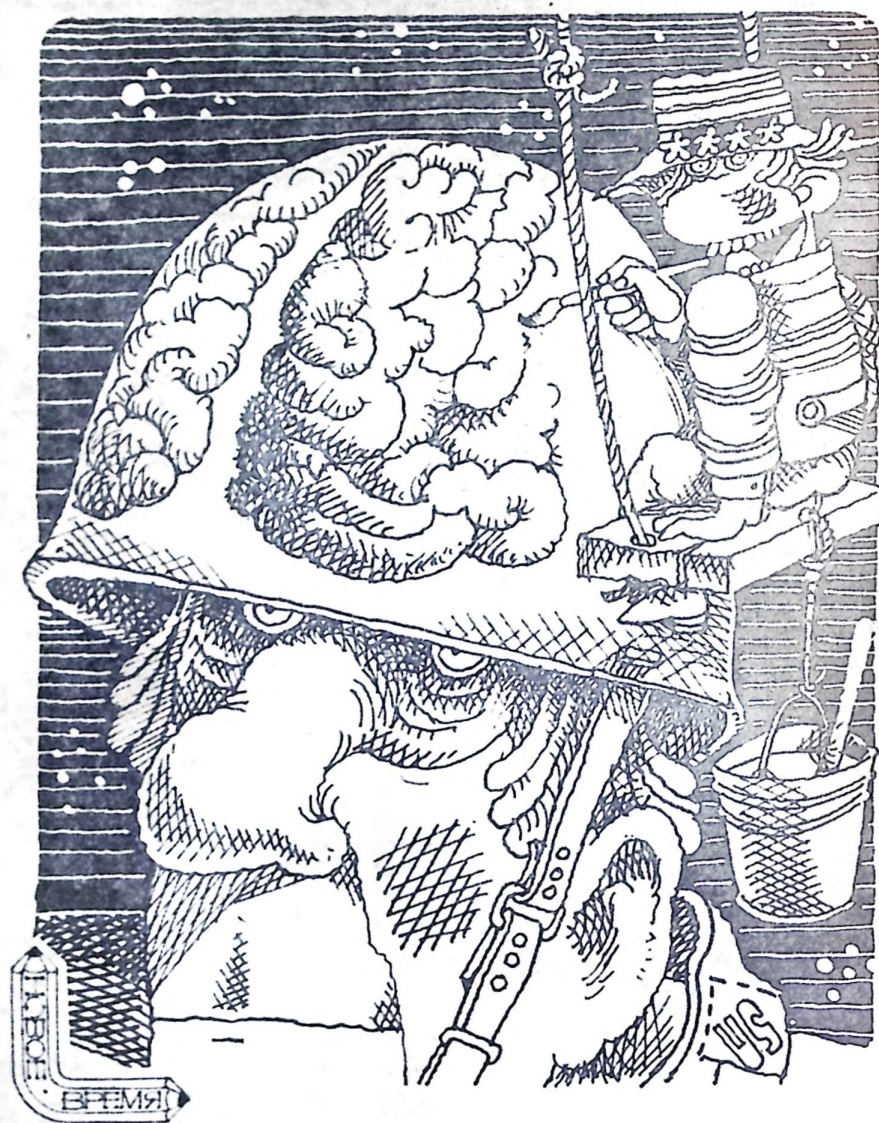
Auf Grund der Amnestie wurden in Afghanistan viele freigelassen, die seinerzeit feindselige Handlungen gegen die Volksmacht verübten. Die afghanische Regierung erlaubt es Mitarbeitern des Internationalen Roten Kreuzes, in Haft gehaltene Gefangene zu

besuchen, mit ihnen unter vier Augen zu sprechen. Als wichtiges Ereignis wurde von religiösen Kreisen die Eröffnung eines Islamischen Forschungs- und Lehrzentrums in Kabul aufgenommen.

Die Demokratische Volkspartei und die Regierung Afghanistans demonstrieren ihren guten Willen und ihre feste Absicht, Frieden und Ruhe im Lande mit politischen Methoden, durch einen umfassenden nationalen Dialog und den Kompromiß mit allen Patrioten zu erreichen.

Und die andere Seite? Die Anführer der fanatischsten konterrevolutionären Organisationen, die sich in Peshawar (Pakistan) eingenistet haben, wiesen prompt die Vorschläge für eine Feuereinstellung, einen Dialog und die Bildung von aus verschiedenen Kräften bestehenden Leitungsorganen, bis hin zu einer Koalitionsregierung, zurück. Die ihnen hörigen Duschmanenbanden in Afghanistan selbst beschießen weiterhin Verwaltungszentren, überfallen Garnisonen und verübten Diversionsakte. So

geht auf ihr Konto eine starke Explosion unweit der Botschaft Indiens in Kabul, sie ermordeten den Vorsitzenden des Provinzversöhnungsausschusses in Kunduz, und im Raum von Khost schossen sie ein Passagierflugzeug ab - 36 Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen dabei um. Die extremistischen Kreise wollen durch ihren Terror den sich ausweitenden nationalen Dialog zum Scheitern bringen. Dabei finden sie die volle Unterstützung Washingtons, das die Waffenlieferungen,



„Militarisierung des Denkens! Ganz im Gegenteil! Ich habe es ja üblicherweise mit Intellektuellen zu tun...“

Zeichnung: W. Arsenjew

einschließlich Stinger-Raketen, an sie verstärkt. Am 17. Februar wurde auf einer Sitzung der Sondergruppe des US-Kongresses für Afghanistan direkt davon gesprochen, daß die amerikanische Unterstützung für die Duschmanen weitergehen wird.

Natürlich müssen die Regierungstruppen da entschieden antworten. Und das tun sie! Der Generalsekretär des ZK der DVPA, Najib, sagte vor dem Obersten Sonderausschuß für nationale Versöhnung:

„Wer mit uns weiter die Sprache der Waffen spricht, den erwartet ein vernichtender Schlag... Der Feind zwingt uns zurückzuschießen... Doch trotz seiner feindseligen Tätigkeit werden wir den gewählten Weg zur Herstellung eines wirklichen Friedens gehen...“

Dieser kühne Weg muß auch eine politische Regelung in der Region beschleunigen, insbesondere zu einem Erfolg der afghanisch-pakistanischen Verhandlungen beitragen, deren 7. Runde in Genf begonnen hat. Die Sowjetunion ist, wie erneut bei dem kürzlichen Besuch des Vorsitzenden des Ministerrats der DR Afghanistan, S. A. Keshtmand, in Moskau bekräftigt wurde, bereit, allseitig zur schnellstmöglichen Regelung der Lage um Afghanistan beizutragen. Je schneller sie erreicht wird, desto eher werden die sowjetischen Truppen aus der DR Afghanistan nach Hause zurückkehren.

Jetzt sind jene am Zug, die um nichts in der Welt ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afghanischen Volkes aufgeben wollen.

A. USWATOW

USA--VR POLEN

Von der Illusion zur Realität

● WASHINGTON HOB SEINE SANKTIONEN GEGEN POLEN AUF.

Präsident Reagan gab die Aufhebung der beiden letzten, für die polnisch-amerikanischen Beziehungen belastendsten Wirtschaftsank-

nen, die über fünf Jahre in Kraft waren, bekannt. Mit diesem Beschluß verzichteten die USA auf die diskriminierenden Zollsätze, die den polnischen Export in die USA behinderten. Gleichzeitig wurde das Verbot für die Gewährung von Krediten an Polen aufgehoben.

Der Beschluß der US-Administration bekräftigte im Grunde den Bankrott der langjährigen Politik der Sanktionen, der Erpressung und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens. Mit mehr als einem Dutzend Verbote für verschiedene Seiten der bilateralen Zusammenarbeit versuchten die USA, die Entwicklung der VR Polen zu bremsen. Dieses Ziel waren auch die Forderungen der US-Administration an ihre europäischen Verbündeten untergeordnet, den Dialog mit Polen zu beenden, sowie die direkte Unterstützung Washingtons für die staatsfeindlichen, antisozialistischen Kräfte.

Die antipolnische Tätigkeit der Reagan-Administration hat der VR Polen bedeutenden wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Doch sie von der Völkergemeinschaft zu isolieren, gelang den USA nicht. In den schweren Jahren der Krise wurde Polen finanzielle und materielle Hilfe von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten zuteil. Diese Hilfe wurde zu einem wichtigen Faktor für die weitere sozialökonomische Entwicklung der VR Polen. Auch die Verbündeten der USA stellten ihre politischen und ökonomischen Interessen dem Druck Washingtons entgegen. Das zeigt die Zusammenarbeit Polens mit den skandinavischen Ländern, mit Belgien, Großbritannien, Frankreich und Japan. Das verdeutlichen auch die Ergebnisse des kürzlichen Italien-Besuchs von Wojciech Jaruzelski.

Auch die Politik der Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten Polens erlitt eine Niederlage. Es wird eine Rückkehr zu der Situation vor dem August 1980 ebenso wie zu der Lage, die im Dezember 1981 entstand, nicht geben. Die Entwicklung führte zu nationaler Eintracht

in der polnischen Gesellschaft auf den Prinzipien der sozialistischen Demokratie.

Die Regierung der VR Polen nimmt die Aufhebung der unrechtmäßigen Sanktionen mit Befriedigung zur Kenntnis. Ihre Beseitigung betrachten wir als Grundlage für eine weitere Verbesserung der polnisch-amerikanischen Beziehungen. Mit der Aufhebung der diskriminierenden Maßnahmen muß ein Faktor verschwinden, der die Ost-West-Beziehungen belastete. Die VR Polen ist ebenso wie alle sozialistischen Staaten an der Entspannung und an einer Rückkehr zu den Prinzipien der gegenseitig vorteilhaften ökonomischen Partnerschaft interessiert.

W. LOZINSKI,

Kommentator der Zeitung „Trybuna Ludu“

Warschau

NAHER OSTEN

„Alte Freunde“ schüren Hader

● DIE ARABISCHEN VÖLKER HABEN ES SCHON VOR LANGEM AM EIGENEN LEIB ERFAHREN: SOBALD SICH EIN ISRAELISCHER MINISTERPRÄSIDENT ZU EINEM BESUCH NACH WASHINGTON BEGIBT, VERSCHÄRFEN SICH IM NAHEN OSTEN JÄH DIE SPANNUNGEN.

Das bestätigt auch die US-Visite Shamirs, dem im Weißen Haus besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Präsident Reagan nannte den Gast einen „alten Freund“ und seinen Besuch ein „Symbol für die engen und besonderen Beziehungen“ zwischen den USA und Israel. Auch Shamir, der Reagan den Titel eines „Führers der freien Welt“ verlieh, blieb nichts schuldig.

Man beließ es nicht bei gegenseitiger Lobhudelei. Der Präsident erklärte, daß die USA Israel den Status eines „wichtigen Verbündeten“ zuerkennen, wobei es faktisch

die gleichen Rechte erhält wie die NATO-Länder. Tel Aviv wird amerikanische Waffen und Kriegsmaterial noch günstiger erhalten, die US-Hilfe beim Bau israelischer Militärstützpunkte und Tel Avivs Teilnahme an der amerikanischen Rüstungsforschung werden verstärkt. Israel aber erhält auch so von den USA ca. 3 Md. Dollar jährlich - mehr als irgendein anderes Land.

In ihrem Schlußkommunique betonten Reagan und Shamir die „Gemeinsamkeit der Ziele und Interessen“ im Nahen Osten. Sensationslüsterne westliche Medien jedoch räumten einer Differenz in den Positionen der „alten Freunde“ unverhältnismäßig viel Platz ein. Die USA hatten sich verschwommen für eine internationale Nahostkonferenz ausgesprochen, deren Einberufung schon seit langem von der Sowjetunion und vielen arabischen Ländern vorgeschlagen wird. Israel aber besteht darauf, daß an einer solchen Konferenz die UdSSR, die PLO und Syrien nicht teilnehmen sollten. Damit wäre der Sinn einer solchen Konferenz hinfällig. Diese angebliche Differenz und die als sensationell hingestellte veränderte Haltung der USA sind eher ein Propagandatrick, um die arabische Öffentlichkeit zu betrügen. Mit Geld und Waffen räumt Washington Tel Aviv ein Vetorecht in Fragen einer Nahostregelung ein. Reagan, der die schüchterne Billigung einer internationalen Konferenz durchblicken ließ, versicherte Shamir sogleich, die USA würden die „Anstrengungen Israels für seine Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität auch weiterhin unterstützen. Erneut wurde Israels Forderung nach „direkten bilateralen Verhandlungen“, die angesichts der Okkupation der arabischen Gebiete eine Kapitulation der Araber nach dem Muster von Camp David bedeuten würden, vorbehaltlos unterstützt.

Dabei sei gesagt, daß die strategische Zusammenarbeit zwischen Amerika und Israel über den Rahmen des Nahen Ostens hinausgeht. Die „alten Freunde“ sind sich in ihrem Antisowjetismus einig. Shamir

unterstrich die Bereitschaft Israels, sich auf das aktivste am „Sternenkriegs“-Programm zu beteiligen. Stolz wies er auf seinen Beitrag zur Verschärfung der internationalen Spannungen hin und erinnerte an die Bereitschaft, auf israelischem Territorium eine starke Relaisstation für die „Voice of America“ zuzulassen.

Bekanntlich war es gerade Shamir, damals Außenminister im Kabinett Begin, der 1982 vor der Libanon-Invasion in Washington grünes Licht für die Aggression erhalten hatte. Heute bereitet Washington selbst eine bewaffnete Provokation gegen Libanon vor. Die 6. US-Flotte wurde zusammengezogen, die Marineinfanterie ist landebereit. Ist es da etwa denkbar, daß bei Shamirs jüngstem Washington-Besuch nicht von einer Koordinierung der Operationen gegen das libanesischen und das palästinensischen Volk die Rede gewesen sein soll? In diesem Sinn wird die amerikanische und die Weltöffentlichkeit bearbeitet. Der Sprecher des State Department gab die Verantwortung für die Tragödie in Libanon zynisch der Regierung und dem Volk dieses Landes, wobei er erklärte, die dort herrschende „wilde Anarchie“ isoliere Libanon von der übrigen Welt. In Wirklichkeit aber ist es ein offenes Geheimnis, daß gerade die USA und Israel lange Jahre den Volksgruppenhader in Libanon schürten und den Brudermord für sich zu nutzen suchten. Niemand glaubt, die jetzige Zuspitzung der Lage im Lande sei ein „Zufall“ - und das zur gleichen Zeit, da die USA einen Vorwand für eine Intervention brauchen.

Riefen nicht deshalb die Meldungen von der Entsendung syrischer Truppen nach Westbeirut solche Enttäuschung in Washington und Tel Aviv hervor, weil das zu einer Normalisierung beitragen kann und zweifelsohne eine bewaffnete Einmischung der „alten Freunde“ in den Libanon-Konflikt erschweren wird?

Bereits nach Shamirs USA-Besuch tauchten Meldungen über eine verstärkte Konzentration israelischer Truppen an der libanesischen Grenze

auf, begleitet von offenen Invasionsdrohungen. Die „Armee des Südlibanon“, eine Söldnerbande, provoziert neue Zusammenstöße mit den libanesischen nationalpatriotischen Kräften.

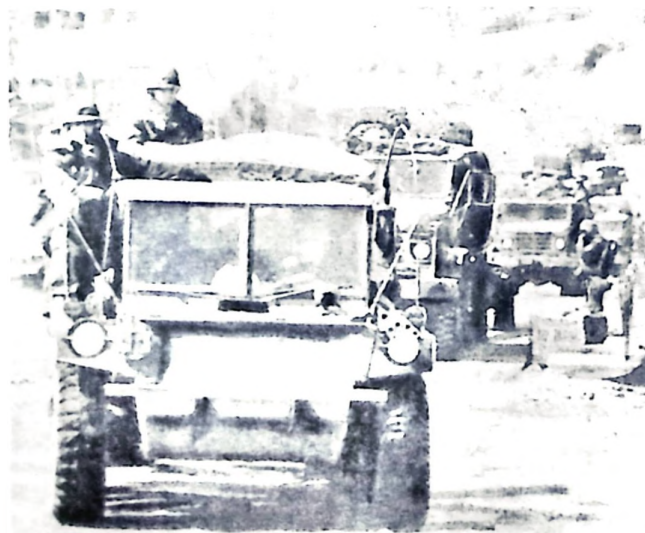
Alles spricht dafür, daß die Partner der „strategischen Allianz“ erneut die Übereinstimmung der Ziele und Methoden im Nahen Osten demonstrieren, wobei sie auf den Staatsterrorismus und die Politik der Stärke setzen.

A. OSTALSKI

USA--SÜDKOREA

„Team Spirit '87“

● IM FEBRUAR BEGANN DER TRADITIONELLE MILITARISTISCHE MARATHON „TEAM SPIRIT“.



Bei einem amerikanisch-südkoreanischen Manöver

Foto aus: „Time“ (USA)

Daran werden 200 000 amerikanische und südkoreanische Militärangestellte, Fliegergruppen und eine Luftlandeeinheit der 7. US-Flotte teilnehmen... Für das Manöver werden Truppenverbände von US-Stützpunkten

in Japan, auf den Philippinen und auf Hawaii in den Süden der koreanischen Halbinsel verlegt. „Team Spirit“ wird bis Anfang Mai Südkorea beherrschen.

Zwölf Jahre hintereinander werden nunmehr in dieser Region ihrem Umfang nach beispiellose gemeinsame Manöver abgehalten. Während an den ersten „Team Spirit“-Manövern '76 ca. 46 000 Mann teilnahmen, sind es bei den jetzigen Kriegsspielen fast 5mal soviel.

Das Durchspielen von Präventivschlägen, die, wie offizielle Pentagon-Vertreter erklärten, Bestandteil des Szenarios von „Team Spirit '87“ sind, erinnert immer mehr an die Generalprobe einer Aggression. Davon zeugt insbesondere die bei den Übungen geplante Verlegung von Kontingenten der US-Eingreiftruppe nach Südkorea.

Die Bedeutung von „Team Spirit“ geht weit über den Rahmen der Fernost- und der

Weder in Westeuropa noch auf dem Territorium Japans würde man dem Pentagon erlauben, fast zwei Monate lang derartige Manöver durchzuführen. Das ist nur in Südkorea mit dessen proamerikanischem Regime möglich, das ständig falschen Alarm wegen einer „Bedrohung aus dem Norden“ schlägt.

Eine „Bedrohung aus dem Norden“ ist tatsächlich gegeben - doch keine militärische. Gemeint ist die Friedensoffensive der KDVR, die Söul zu einem konstruktiven Dialog auffordert, um die Spannungen auf der Halbinsel und in der Region insgesamt abzubauen. Und Söul? Im Februar v. J. gab Südkorea als Antwort auf die Initiative Pjöngjangs, keine großen Militärübungen zu veranstalten, den Beginn von „Team Spirit '86“ bekannt. Als die KDVR vorschlug, die Halbinsel zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, wurden einige Monate später Pläne der USA bekannt, auf südkoreanischem Territorium Lance-Raketen, die Atomsprenköpfe tragen können, zu stationieren...

Am Tag des Beginns des Manövers, dem 19. Februar, führte der Stabschef der Landstreitkräfte Südkoreas, Pak Hee Doo, in Tokio Gespräche mit der Führung des Nationalen Verteidigungsamtes Japans. Der Söuler Gast unterstützte demonstrativ die militärischen Anstrengungen Nippons.

Zum Besuchsprogramm des südkoreanischen Generals gehört ein Abstecher zu einem Manöver der 7. Division der japanischen Landstreitkräfte, die auf Hokkaido stationiert ist, unter „erschweren Schneebedingungen“. Die Zeitung „Sankei Shimbun“ konstatierte, daß dort Ende v. J. japanisch-amerikanische Manöver stattfanden, an denen erstmals in Südkorea stationierte Einheiten der US-Streitkräfte teilnahmen.

Die Drahtzieher von „Team Spirit“ ignorieren also nach wie vor die Forderung der Völker, im asiatisch-pazifischen Raum für wahre Sicherheit und Zusammenarbeit zu sorgen.

S. TICHOMIROW

„NEUE ZEIT“ 9.87

Der 26. Februar wird als Tag internationaler Solidarität mit dem gegen die Reaktion kämpfenden Volk Kolumbiens begangen.

Wenn der „Condor“ kreist...

Alexander BARYSCHEW

„Ja, daran muß man sich gewöhnen“, sagten in Bogota viele Kolumbianer einem Korrespondenten des französischen „Monde“, Marcel Niedergand. Diese Äußerung, schreibt der Journalist, der die Situation in Kolumbien genau kennt, „drückt die Hoffnungslosigkeit und zugleich den Überlebenswunsch der hiesigen Allgemeinheit aus, die sich nicht abgefunden hat, aber sich auch keine Illusionen über das Ende des teuflischen Rotierens macht“.

Mit dem teuflischen Rotieren meint er die Morde und Entführungen, die in diesem lateinamerikanischen Land um sich greifen. Nachdem Präsident Virgilio Barco Vargas (Liberaler Partei) vor einem halben Jahr ans Staatsruder trat, haben die Gewaltakte überhandgenommen. Das Internationale Rote Kreuz und kolumbianische Organisationen geben an, daß zahlreiche Politiker, Gewerkschafter, Journalisten, Anwälte und Geistliche jeden Monat den Tod finden oder spurlos verschwinden.

„Wer ermordet wen? In dem Durch-

einander von Morden, revolutionären Stimmungen und Racheakten ist es schwer, eine Antwort darauf zu finden“, schreibt Niedergand. „Gewalt ist ein fast alltägliches, allgemein anerkanntes Hauptmerkmal Kolumbiens, das allerdings hin und wieder von Behörden, Politikern, der Kirche und Intellektuellen verurteilt wird.“ Manche namhaften Reaktionen behaupten, die Ursache der Gewaltakte sei der „Expansionismus einiger Länder“. Hierbei scheut man auch vor wüsten antikommunistischen Anwürfen nicht zurück. Natürlich kann man Niedergands Behauptung nicht zustimmen, daß die Gewalt etwas Alltägliches und Anerkanntes, daß sie beinahe ein nationaler Wesenszug der Kolumbianer sei.

Tatsächlich kam die Gewalt in Kolumbien nicht erst heute oder gestern auf. In den letzten 30 Jahren ist es dort andauernd zu bewaffneten Konflikten gekommen. Wiederholt sind bewaffnete Bauern gegen die Regierungstruppen vorgegangen. Liegt die Gewalt aber im Charakter des von Natur aus friedlichen, häuslichen und vernünftigen kolumbianischen Bauern? Selbstverständlich nicht! Meistens, wenn nicht sogar immer war er gezwungen, die Hacke mit dem Gewehr zu vertauschen, um seine Zwergparzelle gegen den Zugriff der Großgrundbesitzer zu verteidigen und sich deren Terror und



Diese Politiker der Patriotischen Union sind Opfer der rechtsextremen Gruppen geworden. Die KP Kolumbiens appelliert: „Nieder mit der Gewalt Herrschaft“

standrechtlichen Erschießungen zu erwehren. Zu Tausenden sind Bauern im Kampf für ihr Recht auf Grund und Boden gefallen. Die „Gewalt“ der Bauern war notgedrungen Selbstschutz.

Auf die Frage, wer heute wen ermordet, schreibt Niedergand nicht ohne Grund: „Größte Besorgnis erregen die Morde und Attentate, deren Opfer Spitzenfunktionäre der Patriotischen Union sind. Deren Vernichtung ist zum System geworden.“

In der Tat sind die gegenwärtigen Exzesse und Morde ausgesprochen politisch und richten sich gegen die Patriotische Union, eine Koalition der Linken (einschließlich der Kommunisten). Am 28. Mai 1985 gegründet, ist sie heute der drittstärkste politische Faktor nach den beiden traditionellen bürgerlichen Parteien, der Liberalen und der Konservativen, deren Vertreter abwechselnd den Präsidenten stellen.

Schon drei Monate nach der Gründung der Union waren 70 Opfer zu beklagen, und in den letzten Monaten sind rund 300 ihrer aktiven Mitglieder ermordet worden, darunter ein Abgeordneter des Unterhauses, ein Senator, vier Mitglieder von

Protestkundgebung gegen den Terror der Reaktion in Bogota
Foto aus: „Voz“ (Kolumbien)



Departements-Legislativen und 20 Stadträte. 13 Abgeordnete der Patriotischen Union sind in Lebensgefahr.

Blutige Spur

Am 11. Januar wurde in der Stadt Boyaca die Leiche des Obmanns der Stadtorganisation der Patriotischen Union, Antonio Cordovas, gefunden. Sein Stellvertreter gab an, daß Cordova einen Tag vorher in La Sierra von der Polizei festgenommen und dem Sicherheitsamt (der politischen Polizei) überstellt worden war.

Die Leitung der Patriotischen Union nannte den Fall einen der vielen Morde nach dem "Condor"-Plan. Das läßt an die strenggeheime übernationale Terrororganisation denken, die in Lateinamerika unter diesem Namen bekannt ist. In der Presse waren mehrmals Verbindungen der "Condor" mit US-Geheimdiensten enthüllt worden. Meistens schickt sie Deckorganisationen vor, darunter Geheimdienste und lokale Terrorbanden. Sie verfügt über einen "Ausrottungsdienst" gegen Personen, die der Reaktion unerwünscht sind. Die Morde an Linken weisen deutlich den Stil dieser Organisation auf.

Todesschwadronen und ihre Komplizen

Spricht man in Lateinamerika von der Verantwortlichkeit für Verbrechen, so macht man gewöhnlich einen Unterschied zwischen "materiellen" und "moralischen" Verbrechen. Mit den "moralischen" meint man die Anstifter eines Verbrechens und diejenigen, die sie decken. Die "materiellen" sind diejenigen, die die Verbrechen verüben. In welchen kolumbianischen Kreisen sind die einen wie die anderen zu suchen?

Die unmittelbaren Mörder sind, wenn es sich bei den Opfern um führende Mitglieder der Patriotischen Union handelt, die extremrechten Todesschwadronen, die sich "rote Barette" oder "große Nadeln" nennen. In Kolumbien sind mindestens 12 solche paramilitärischen Gruppen bekannt. Für ihre Verbrechen sind sie kaum jemals bestraft worden.

Für ihre "moralischen" Leiter hält man in Bogota führende Angehörige der Streitkräfte. Beobachter meinen, daß die Morde vielfach Einmischungen des Militärs ins politische Gebaren folgen. Die Vorbilder sind Pinochet und die argentinische Militärjunta. Diese Militärs waren gegen den Waffenstillstand, den der vorige Landespräsident, Belisario Betancur, im August 1984 mit den "Revolutio-

nären Streitkräften Kolumbiens" und anderen kolumbianischen Parteien schloß.

Da wurde der Belagerungszustand aufgehoben und eine politische Amnestie erlassen. Viele führende Militärs lehnten Verhandlungen mit den Guerillas ab und verlangten, daß diesen mit Waffengewalt "ein Ende gemacht wird", weil das "der einzige Weg zu Frieden im Land" sei. Auf diesem Boden fanden sich das reaktionäre Offizierskorps mit den politischen Rechtsgruppierungen zusammen. Unlängst stellte der Generalstaatsanwalt Verbindungen von 59 Militärs mit der extremrechten Organisation "MAS" fest. Ihre Namensliste liegt vor, aber kein einziger ist aus der Armee entlassen worden.

Die Zeitschrift "Monde diplomatique" folgert, daß auch in einflußreichen Kreisen des Landes viele für eine "Austilgung der Opposition" sind.

Antidemokratische Verschwörung

Ein Nahziel des jetzigen politischen Terrors besteht darin, die unter Betancur eingeleiteten Aussöhnungsverhandlungen zu sprengen. Dieser war davon ausgegangen, daß die Gewalt tiefgehende soziale, wirtschaftliche und politische Ursachen habe und ihr nur mit politischen Reformen ein Ende bereitet werden könne.

Die Gegner dieser Auffassung behaupteten, Betancur habe "den Sieg der bewaffneten Opposition überlassen". Das kostete ihn den Rückhalt selbst in der eigenen Konservativen Partei.

Wenn behauptet wird, die Morde in Kolumbien seien einfach auf Zusammenstöße zwischen Rauschgifthändlern oder auf "Racheakte" aufständischer Organisationen gegeneinander zurückzuführen, so ist das völlig unhaltbar. Die gedungenen Mörder haben eine einzige Zielscheibe: die Patriotische Union. Die Gegner der Demokratisierung befürchten, diese Koalition, die sich konsequent für eine politische Aussöhnung zwischen der Regierung und den Guerillas einsetzt, werde zu mächtig. Hinter den Mördern stecken Personen, die daran interessiert sind, den Prozeß der nationalen Aussöhnung zu torpedieren. Die Morde an Mitgliedern und Anhängern der Patriotischen Union stellen, wie Präsident Barco erklärte, "eine Verschwörung gegen die Eintracht und die demokratischen Einrichtungen im Lande" dar.

Man gewinnt den Eindruck, daß die Rechten darauf ausgehen, die Regierung zu schwächen und sie auch aus außenpolitischen Beweggründen mit den demokratischen Kräften zu entzweien. Sie tun damit der Regierung Reagan einen Gefallen, die über die tatkräftige Beteiligung Kolumbiens an der Contadora-Gruppe ungehalten ist, und suchen es in Gegensatz zu Nicaragua zu bringen.

An einem heißen Januarmorgen starteten zwei Hubschrauber mit Vertretern des diplomatischen Korps, mit einheimischen und ausländischen Journalisten vom Phnom-Penher Flughafen Pochentong und nahmen Kurs auf den Landeswesten, in die Provinz Battambang. Unser Weg führte in die Stadt Poipet, unmittelbar an die Grenze zu Thailand. Einst war das ein Grenzüberschlagspunkt, über den eine Bahnlinie und eine Autostraße führten, die Kampuchea mit dem westlichen Nachbarn verbanden. Über Poipet wurde ein intensiver Handel abgewickelt. Jetzt leisten dort Soldaten der Volksrevolutionären Armee Kampuchea (VRAK) und vietnamesische Freiwillige Dienst und verteidigen die Grenzen der VR Kampuchea gegen ständige Versuche von Banden der Khmer-Reaktionäre, von Thailand aus zu subversiven Aktionen tief in die Republik einzudringen.

Das geschichtssträchtige Land von Angkor ist aus der Vogelperspektive überaus malerisch. Die sich gelb verfärbenden Reisfelder, die azurblauen Flüsse und Bewässerungskanäle, die von smaragdgrünem dschungelbewachsenen Berge, die Dörfer und Städte, wo Menschen leben, die so viel Leid erfahren haben. Ein Volk, das ein neues Leben aufbaut und gegen jene kämpft, die es stören wollen, in Frieden zu leben und zu arbeiten. Die vorderste Linie dieses Kampfes verläuft jetzt an der Grenze zu Thailand.

Die Hubschrauber landeten auf dem Fußballplatz eines Dörfchens, 10 km von Poipet entfernt. Weiter ging es in einem Bus mit dem poetischen Namen "Rose von Battambang" in Begleitung zweier Schützenpanzerwagen Richtung Grenze. Längs der Straße waren auf beiden Seiten Rodungen und verbrannte Grasflächen zu sehen. Unser Begleiter von der VRAK erläuterte, dies seien übliche Vorsichtsmaßnahmen. Die Wegsträucher hatte man beseitigt, um den Pol-Pot-Banden die Möglichkeit zu nehmen, sich an die Straße und die daneben gelegene Bahnlinie vorzuschleichen und diese zu verminen. Die Straße wird streng bewacht, da über sie die Versorgung der an der Grenze stationierten Einheiten erfolgt - Lebensmittel, Munition und sogar Wasser werden herbeigeschafft.

In der Ferne waren die Überreste von Häusern zu sehen, leere Fensterhöhlen. Wir gelangen nach Poipet. Hinter uns steht ein einst schönes, mit Basreliefs tanzender Apsaras geschmücktes Gebäude. Früher befand sich dort die Bank der Stadt, berichten unsere Begleiter, jetzt aber sind dort Soldaten der VRAK untergebracht. Zivilisten gibt es in der Stadt so gut wie nicht.

Vor uns tauchten zwei Masten mit wehenden Fahnen, der VR Kampuchea und des Königreiches Thailand, auf. Die Entfernung zwischen ihnen beträgt weniger als 100 Meter. Von dem auf einem

* In Kolumbien betätigten sich schon lange Guerillagruppierungen wie die "Bewegung des 19. April" und die "Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens".

Eine Grenze wird sicher

Reportage von der kampucheanisch-thailändischen Grenze

Baum eingerichteten Beobachtungspunkt beobachten uns thailändische Soldaten durch den Feldstecher - offenbar sehen sie zum ersten Mal so viele Ausländer auf der kampucheanischen Seite der Grenze. Auch wir betrachten sie. Die thailändischen Soldaten, die die auf sie gerichteten zahlreichen Fotoapparate, Video- und TV-Kameras bemerkten, eilten zu ihrem Mast, um ihre Fahne einzuholen. „Sie wollen Ihnen nicht die Freude machen, sie unter der Flagge festzuhalten“, sagte der stellvertretende Chef des VRAK-Militärbezirks, zu dem dieser Grenzabschnitt gehört.

Wenig später war von thailändischer Seite die Lautsprecherstimme eines Ansa-



So wurden im vergangenen Jahr in Phnom Penh die Angehörigen des vietnamesischen Freiwilligenkontingents verabschiedet, die den kampucheanischen Brüdern in schwerer Stunde zu Hilfe kamen.

Telefoto: Reuter-TASS

gers zu hören, der etwas auf Thai verlas. „So geht das mehrmals am Tage“, erklärt unser Gesprächspartner, „sie führen Propagandasendungen mal auf Thai, mal in der Khmersprache durch. Die Soldaten haben sich schon lange daran gewöhnt. Sie ignorieren die Lautsprecherübertragungen, um so mehr, als sich ihr Inhalt nicht gerade durch besondere Abwechslung auszeichnet. Sie versuchen die kampucheanisch-vietnamesische Freundschaft zu diskreditieren und erzählen, wie schön es in Thailand sei.“

Wir fragten, ob es an diesem Grenzabschnitt stets so ruhig sei. „In dieser Region ist es relativ ungefährlich, sonst hätten wir Sie nicht hergebracht“, antwor-

tet der Vertreter des kampucheanischen Oberkommandos lächelnd. „Nichtsdestoweniger dringen Flugzeuge und Hubschrauber der thailändischen Luftwaffe häufig genug auch hier in unseren Luftraum ein und führen provokatorische Spionageflüge über dem Territorium der VR Kampuchea durch. Die gefährlicheren Abschnitte sind weiter südlich und nördlich, dort, wo sich auf thailändischer Seite Pol-Pot-Banden befinden. Von Zeit zu Zeit versuchen sie in unser Land einzudringen und dann, wenn die Provokation nachts erfolgt, wird es taghell: Die thailändische Artillerie gibt den Grenzverletzern Feuerschutz.“ Eben deshalb, sagte er abschließend, werde längs der Grenze eine Schutzlinie gebaut.

Man bot uns an, einen Abschnitt dieser Linie zu besuchen. An der Grenze ziehen sich ein Graben und ein Wall mit Unterständen und Feuerpunkten entlang. Die Zugänge zu den Verteidigungsanlagen sind zur Grenze hin vermint. An anderen Grenzabschnitten liegen Stacheldrahtsperrn, und der Damm ist mit Bambusspitzen geschützt.

Die Linie ist noch nicht fertiggestellt, ihr Bau wird erst gegen Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Führung der VR Kampuchea und der Armee widmet dieser Frage große Aufmerksamkeit. Bedeutende finanzielle Mittel und die erforderlichen Materialien werden bereitgestellt und Arbeitskräfte aus verschiedenen Provinzen hierher geschickt. Nach ihrer Fertigstellung wird die Linie ca. 600 km lang sein.

Wie man uns sagte, ist diese Maßnahme notwendig, um das Eindringen konterrevolutionärer Banden von Thailand aus zu verhindern. Die Linie ist rein defensiv und bedroht keineswegs die Sicherheit des Nachbarstaates.

Die Aufstellung und Ausbildung spezieller Grenztruppen soll ein anderer wichtiger Beitrag zum zuverlässigen Schutz der Grenze werden. Jetzt üben Soldaten der VRAK diese Funktion aus.

Der Dienst an der kampucheanisch-thailändischen Grenze ist kompliziert und gefährlich. Jeweils anderthalb bis zwei Jahre sind die Soldaten hier ohne Urlaub, oft dem Beschuß des Gegners ausgesetzt. Es gibt Versorgungsprobleme, nicht selten kommt es zu Malariaerkrankungen. Auch die psychologische Kriegführung der Pol-Pot-Banden und anderer Khmer-Reaktionäre, die Provokationen des thailändischen Militärklüngels wie die kürzliche Einnahme von Höhen auf kam-

pucheanischem Territorium durch thailändische Soldaten sind zu berücksichtigen.

Nachdem wir uns über die Lage unmittelbar an der Grenze informiert hatten, interessierten wir uns für die Situation in der Grenzprovinz Battambang, der Reiskammer des Landes. Auf unsere Fragen erhielten wir im Provinzzentrum Battambang, der zweitgrößten Stadt der Republik, Antwort. Natürlich wirken sich die grenznahe Lage der Provinz und militärische Provokationen auf das Leben der einheimischen Bevölkerung aus. Nichtsdestoweniger ist die Gesamtlage sowohl in der Stadt als auch auf dem flachen Lande ruhig. Keinerlei Spuren von Kämpfen sind zu sehen, erst recht keine Zerstörungen in der Stadt. Saubere, gepflegte Straßen, zahlreiche Cafés, unzählige Läden und viele Fahrräder auf den Straßen. Es gibt einen Flugplatz, der, würde man den Sendungen des „Rundfunks des Demokratischen Kampuchea“ glauben, schon längst nicht mehr existieren dürfte.

Doch in der Provinz wüten tatsächlich Pol-Pot-Banden, die nachts Ortschaften und Armee-Posten überfallen, die einheimische Bevölkerung ausplündern und ermorden und die Bahnlinie verminnen. Allen Provokationen des Feindes wird eine Abfuhr erteilt.

Nach der Zerschlagung der Stützpunkte der Pol-Pot-Banden und der anderen Khmer-Reaktionäre 1984-1985 endeten alle Versuche des Gegners, seine Positionen wiederherzustellen, erfolglos. Im vergangenen Jahr wurden in der Provinz 1400 Mitglieder reaktionärer Khmer-Gruppierungen vernichtet: Die Banditen haben schon seit langem die Hoffnung verloren, hier noch eine Art Stützpunkt oder Aufmarschgebiet zu schaffen. 1688 ehemalige Konterrevolutionäre legten freiwillig die Waffen nieder und gingen zur Volksmacht über.

Die Umtriebe des Feindes vermochten den Arbeitsrhythmus der Provinz jedoch nicht zu stören. Die Bauern bestellten in der Regenzeit mehr als 200 000 Hektar mit Reis. Die Anbauflächen anderer Nahrungs- und technischer Kulturen werden größer. Die bedeutendste Jutefabrik des Landes versorgt nicht nur Battambang, sondern auch andere Regionen der Republik. Das Kraftwerk der Provinz deckt den Strombedarf.

Bei dem Besuch der kampucheanisch-thailändischen Grenze konnten wir uns ein weiteres Mal davon überzeugen, daß die neuen Prozesse in der kampucheanischen Gesellschaft unumkehrbar sind und das Volk eine Rückkehr des Pol-Pot-Regimes nicht wünscht und nicht zulassen wird. Trotz der Hilfe, die die Konterrevolutionäre aus dem Ausland erhalten, werden sie sich keinen Platz in Kampuchea erobern können.

A. SMELJAKOW

Phnom Penh

Mich würde interessieren, wie das, was in der UdSSR vor sich geht — Umbau, Demokratisierung, Publizität —, im Ausland aufgenommen wird. Beispielsweise in Frankreich. Vieles verbindet uns mit diesem Land. Zudem ist dort, soviel ich aus Ihren Veröffentlichungen weiß, der Antisowjetismus weit verbreitet.

J. ORLOW
Mytistschi, Gebiet Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER



Es diskutiert der Korrespondent
der "Humanite" in Moskau,
Bernard FREDERICK

Der Umbau und sein Widerhall

Es ist, besonders für einen Kommunisten, eine einzigartige Chance, heute in Moskau zu leben. Wir sind Zeugen einer Revolution.

Vor 70 Jahren waren es 10 Tage im Oktober, die die Welt erschütterten. Seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU ist ein Jahr vergangen. Die 365 Tage erschüttern bereits die Sowjetologen, die von allen bürgerlichen Klassen bezahlt werden, weil die Entwicklung in Ihrem Lande ihnen große Sorgen bereitet. Erschüttert sind auch einfache Menschen und Regierungsvertreter, die die Möglichkeit einer adäquaten Aufnahme von Realien noch nicht verloren haben. Viele sehen, daß wieder Hoffnung aufkommt. Sie kommt aus dem Osten.

Wie schon vor 70 Jahren wird sie von einer Friedensbotschaft ausgestrahlt, die eine revolutionäre Gesellschaft an die Menschheit adressiert. Generationen lebten und kämpften mit dem berühmten Leninschen Dekret über den Frieden. Die französischen Poilus verließen die Schützengräben, soweit sie in jenem immensen Gemetzel überleben konnten, weil sie erkannten: Es gab die Hoffnung, daß der erste Weltkrieg auch der letzte sein werde. Eben deshalb verbanden sie ihre Friedenssehnsucht sofort mit dem Schutz der jungen Sowjetmacht. Ein Name steht für sie und jene Epoche: Henri Barbusse.

Das heutige "Dekret über den Frieden" ist Michail Sergejewitsch Gorbatschows Erklärung vom 15. Januar

v. J. Von ihr geht eine reale Hoffnung aus, die Hoffnung auf eine Welt ohne Kernwaffen, ohne Angst davor, unweiderbringlich im atomaren Inferno ausgelöscht zu werden.

Die Friedensbotschaft an die Völker und Regierungen der Erde hat schon in konkreten Handlungen, die ihr folgten, Gestalt angenommen. Da war die einseitige Einstellung von Nukleartests, die allen ehrlichen, aber zweifelnden Menschen vor Augen führte: Stille auf atomaren Prüfgeländen ist möglich. Da war der Beginn eines Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan und der Mongolei. Da waren die Bemühungen

um die Demontage von Kernraketen in Europa.

Ich frage mich, ob nicht am westlichen Rand Eurasiens Frankreich, das gewohnheitsmäßig seiner Sicherheit zu sicher ist, im Schutz seiner "Force de frappe" schlummert, wie es einst im Schutz der Maginot-Linie schlummerte? Hat Frankreich gleich vielen anderen den warmen Hauch aus dem Osten gespürt? Die französischen Friedensanhänger, die gemeinsam mit ihren Mitstreitern auf allen Kontinenten um die Erhaltung unseres Planeten ringen und auf das vollständige und überall durchzuführende Verbot von Nukleartests, auch der französischen Tests auf dem Pazifik-Atoll Mururoa, hinwirken, sehen in der Politik Moskaus eine neue Unterstützung.

Wenn man sagt, ihr Kampf sei schwer, ist damit wenig gesagt, denn sie schwimmen gegen den Strom in einem Land, dessen regierende Politiker, gleich, ob rechts oder sozialdemokratisch, heute faktisch die Fünfte Kolonne der USA in Europa abgeben. Das amtliche Paris gefällt sich in der Rolle von Reagans Steigbügelhalter, dessen Antisowjetismus dumm, aber um so militanter ist. Die Allianz von Sozialisten und Konservativen beschränkt sich nicht auf ihren Beitrag zu den militärischen Anstrengungen, sie erlaubt, ja sie fördert die aktive Beteiligung großer Firmen an SDI-Forschungen.

Der Antisowjetismus wird heute um so gehässiger, als seine Ideologen wissen, daß die Veränderungen in der UdSSR

nicht mehr wegzureden sind. So verstecken sich unsere politische Obrigkeit und die ihr hörigen bürgerlichen Massenmedien hinter formelhaft-ledernen Stellungnahmen.

Gefangene ihrer eigenen Schemata, die Frankreichs Volk, Arbeiterklasse und Intelligenz über die Realien des Sozialismus, vor allem des Sozialismus in der UdSSR, täuschen sollen, sind sie weder fähig noch gewillt, in der revolutionären Umgestaltung in der UdSSR etwas anderes als Propagandatricks zu sehen. Wenn sie das sagen, ist das Gleisnerei, denn wenn man die Dinge beim Namen nennt, haben sie es mit der Angst bekommen.

Eine Zeitlang wurde hie und da behauptet, die Oktoberrevolution habe ihren kreativen Impuls eingebüßt. Heute sieht man: Ja, die Periode, die bei Ihnen heute als Stagnationszeit bezeichnet wird, half den Antikommunisten objektiv, die sowjetische Wirklichkeit zu diffamieren.

Das April-Plenum des ZK der KPdSU, ihr XXVII. Parteitag und das Januar-Plenum stellten die Fähigkeit des sozialistischen Systems in der UdSSR unumstößlich unter Beweis, sich einer strengen Selbstprüfung zu unterziehen, ohne die man nicht vorankommen kann. Ich kenne keinen einzigen Staat, keine Gesellschaft oder politische Partei, die einen so großen Mut an den Tag gelegt hätten, wie es die KPdSU und die Sowjetunion getan haben, um Fehler zuzugeben und entschlossen mit dem Umbau des ganzen Gebäudes zu beginnen. Man denke daran, in welch dichtes Lügengespinnst die französische Bourgeoisie die Niedermetzelung der Pariser Kommune, die ungeheuerliche Ausbeutung der Arbeiterklasse und den Völkermord der Zeit des Kolonialismus gehüllt hatte.

Die revolutionäre Perestroika entfaltet sich im Alltag. Und Alltag ist jener Rohstoff, mit dem ein Korrespondent zu arbeiten hat. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU 1986 war ich Sonderkorrespondent der "Humanite". Nunmehr bin ich in Moskau akkreditiert und lebe hier schon seit fünf Monaten. Gewiß keine sehr lange Zeit, um behaupten zu dürfen, man habe den Sinn aller heutigen Veränderungen erkannt, all die Rätsel der berühmten russischen Seele enträtselt und könne jetzt Prognosen aufstellen. Immerhin habe ich in dieser

Zeit begreifen: Ich bin Zeuge eines historischen Moments, einer entscheidenden Wende.

Die Erweiterung der Demokratie und die Publizität geben Aufschluß über das wahre Wesen der sozialen Beziehungen, darunter konfliktgeladener Beziehungen, in der sowjetischen Gesellschaft, die sich in Bewegung gesetzt hat. Einerseits ist es uns gegeben, heute die weitverzweigten Wurzeln des Landes zu verfolgen, die in die tiefe Vergangenheit reichen und dort gespeist werden. Die Vergangenheit wird aufrechterhalten, in Politik, Literatur, Kunst — aber nicht um ihr in einem Anfall von Nostalgie nachzuträumen, sondern um mit dem alten Wein den Durst des Lebens nach getanem Werk zu stillen, dieses Leben voller Schlafensfreude fortzuführen; fortzuführen auch die Geschichte, die nie ganz weiß, ganz schwarz oder ganz rot ist.

Inzwischen erkennen wir allmählich anhand jener Reformen, die vor unseren Augen Wirklichkeit werden, wie die Sowjetunion morgen aussehen wird. Schon begreift man die Dialektik von Innen- und Außenpolitik besser: Behauptung des Friedens und Entwicklung der wirtschaftlichen und intellektuellen Potenzen des Landes. Alles ist eng miteinander verbunden. Auch in der Demokratie, im Appellieren an die Initiative der Menschen, an die Publizität. Ob es sich um die internationale Sicherheit oder die Perestroika handelt, der Standpunkt der sowjetischen Führung bleibt einheitlich: Ablehnung jeglicher Demagogie, Übereinstimmung von Wort und Tat, Vertrauen zu den Menschen, zu ihrem Verstand und ihrem Intellekt. Das neue Denken, das auf dem Moskauer Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit" eben erst weite Anerkennung gefunden hat, ist in kurzer Zeit zum Schlüsselkonzept des revolutionären, marxistischen Denkens geworden. Dieses Denken setzt sich in der UdSSR, ja überall dort durch, wo Frauen und Männer für "Brot, Frieden, Freiheit" kämpfen. Wie mir scheint, stimmt das in gewissem Maße mit der Position der französischen Kommunisten überein, die in jüngster Zeit eine neue Sicht auf die wechselnde Realität und den Klassenkampf in Frankreich entwickelt haben. Die Umgestaltung in Ihrem Lande, Genosse Orlow, verleiht der Arbeiterklasse, der Jugend und der revolutionär gesinnten Intelligenz Frankreichs neue Kräfte, weil sie die Vitalität des Sozialismus manifestiert. Sie zeigt, wie modern die unvergänglichen revolutionären Werte sind.

Inspirierend

Noch nie war das Interesse für das Leben in der UdSSR bei uns in der Tschechoslowakei so groß wie nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU. Es machte einen unauslöschlichen Eindruck auf mich, wie die sowjetischen Kommunisten die Lösung aktueller Fragen auf neue Art anpacken. Auf dem Parteitag wurde offen von Schwierigkeiten und Mängeln gesprochen. Ein Jahr ist vergangen, und heute demonstrieren die Sowjetbürger bei der Umsetzung der Parteitagebeschlüsse ein kühnes und zugleich realistisches Herangehen an ihre inneren Probleme. Natürlich möchte ich, daß die Welt die Kernwaffenlast abwälzt und daß die sowjetischen Vorschläge in den USA Anklang finden.

Als Leiter einer Brigade der sozialistischen Arbeit interessieren mich besonders die auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU ausgesprochenen Gedanken über die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, über erhöhte Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Betriebe für die Endresultate ihrer Arbeit. Mir imponiert, daß als Hauptreserve der Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Fortschritt bezeichnet wird. Die Mitglieder meiner Brigade und alle Mitarbeiter unseres Forschungsinstituts für Kunstharze und Lacke verfolgen interessiert, wie wissenschaftlich-technische Erkenntnisse in der sowjetischen Volkswirtschaft angewandt werden. Es kommt zu tiefgreifenden Veränderungen, die auch für uns beispielgebend sind. Denn neuem Denken und Erneuerungen, die der Trägheit und dem alten Trost kühnes Vorgehen und der Gleichgültigkeit aktive Interessiertheit entgegensetzen, müssen auch wir erst Bahn brechen.

Wir arbeiten daran, daß sich die Oberleitung, moderner Technologie in unserer Produktion ebenfalls beschleunigt. Damit unsere Erzeugnisse nur von ausgezeichneter Qualität sind und den höchsten Anforderungen genügen, muß die Produktion auf modernste Ausrüstungen umgestellt wer-

den. Es geht jedoch nicht nur um die Ausrüstungen. Die Beschleunigung hängt stark von unserer Arbeit, unserem Berufsethos ab. In unserem Zweig darf kein noch so geringes Zurückbleiben zugelassen werden. Deshalb strebt meine technische Gruppe danach, alle Aufträge bestens auszuführen.

Die Orientierung auf Beschleunigung kann sich nicht auf die Wirtschaft beschränken. Bei der Lösung der Aufgaben unserer Völker müssen die schöpferische Initiative der Werktätigen und ihre Aktivität eine große Rolle spielen. Heute diskutieren wir diese Fragen offen in der Brigade, weil auch in der Bewegung der Brigaden der sozialistischen Arbeit am meisten Formalismus und Wortgeklänge zu fürchten sind.

Der Kurs des XXVII. Parteitages der KPdSU ist inspirierend. Wir wollen alles tun, um die Lösung der Brigaden der sozialistischen Arbeit in die Tat umzusetzen: Sozialistisch arbeiten — sozialistisch leben.

Vaclav KOCZI
Pardubice, CSSR

Das Volk redet mit

Die Maßnahmen der Partei zur Umgestaltung kommen sehr rechtzeitig und sind notwendig. Jeder von uns beteiligt sich an diesem umfassenden revolutionären Prozeß und wird sich infolgedessen ebenfalls verändern, moralisch sauberer und geistig reicher werden. Unsere humanen sozialistischen Prinzipien und Moralnormen werden ihren ursprünglichen Wert erlangen.

Die von der Partei verkündete Wahrheit, Publizität und Offenheit finde ich begeistert. Offenheit ist ja das Kriterium der Achtung sich selbst und seinem Partner gegenüber, besonders wenn der Partner im Dialog das ganze Volk ist.

Die weitere Demokratisierung aller Aspekte im Leben unserer Gesellschaft, vor allem in der Produktion, erfordert ein hohes Verantwortungsbewußtsein und wird uns neue große Möglichkeiten erschließen.

W. BOGOMASOWA
Tbilissi, Georgische SSR

LESER ALS REPORTER

Für Frieden, gegen "Sternenkriege"! Unser Leser Leon Forer [USA] hat Ende 1986 in Washington Teilnehmer eines Antikriegsmarsches fotografiert.



"Eine Tragödie kann in Minuten, im 21. Jahrhundert sogar in Sekunden geschehen... Wir treten in die Zeit einer neuen technologischen Revolution ein, in welcher der Computer zum allgemeinen Gott wird, den, wie ich betonen möchte, auch die Militärs anbeten. Man stelle sich folgende hypothetische Situation vor: Ein Computerfehler — und der Kampfeinsatz der Raketen endet mit einem sinnlosen Gemetzel, mit dem Untergang der menschlichen Zivilisation. Die Friedenschancen — wie hoch sind sie in diesem Labyrinth der neuen Technik!"

Friedrich DÜRRENMATT

Computerfehler

Imaginäre Szenen und reale Analysen

Juri BATURIN

1. SZENE

Ein amerikanisches Kosmodrom. Der Start eines unbemannten friedlichen Satelliten zu Forschungszwecken wird vorbereitet. Wenige Sekunden nach dem Start explodiert er. Eine Havarie...

Auf einem Symposium über Computertechnik, das im März 1986 in Kalifornien stattfand, unterzeichneten 36 der 61 Teilnehmer eine Erklärung, worin es u. a. heißt: "Der in der Strategischen Verteidigungsinitiative vorgesehene Schutz von Leben, Häusern und Eigentum des amerikanischen Volkes vor nuklearer Vernichtung erfordert überaus zuverlässige Computersysteme von beispielloser Komplexität. Als Experten für die Zuverlässigkeit von Computertechnik sind wir fest überzeugt, daß ein diesen Forderungen entsprechendes System technologisch nicht realisierbar ist."

Ein Urteil aus berufenem Munde. In der Tat liegt die größte Gefahrenquelle von SDI nicht in den Laser- oder Teilchenwaffen, sondern darin, daß alle Gefechtsysteme unter Kontrolle eines Netzes von Computerprogrammen funktionieren sollen. Systemunterlagen sind für die US-Kriegspläne von entscheidender Bedeutung. Dem Institut für Verteidigungsforschung in Washington zufolge hängen 80 Prozent der in den USA im Entwicklungsstadium befindlichen Waffensysteme in hohem Maße von ebendiesen Unterlagen ab. Im Jahre 1984 wurden 11 Md. Dollar für militärische Compu-

tersysteme ausgegeben, davon 8,5 Md. für die Software; 1985 waren es schon 11 Md. Dollar. Die Assoziation für elektronische Industrie der USA meint, daß sich dieser Betrag bis 1990 mehr als verdoppeln und rd. 20 Prozent aller Rüstungsausgaben des Pentagon ausmachen werde.

Dabei erhöht die SDI-Programmunterstützung die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearkriegs aus Versehen. Wir wollen nur einige Risikofaktoren nennen.

Der Faktor Komplexität

"Es gibt einige fundamentale Gründe, aus denen die Zuverlässigkeit nie groß genug sein kann, damit man sicher ist, daß das Star-War-Programm wirklich funktioniert", meint David L. Parnas, ein prominenter Fachmann für Mammutprogrammierung. Die Organisation zur SDI-Realisierung (SDIO) berief ihn in den Beratenden Ausschuß für die Programmierung der Gefechtsführung. "Pro Ausschusssitzung wurde mir ein Tageshonorar von 1000 Dollar plus Spesen versprochen", erzählt D. Parnas. "Als jemand, der beides zu schätzen weiß — Geld und wissenschaftliche Herausforderung —, konnte ich dieser Versuchung zunächst nicht widerstehen." Aber nach genauerer Einsicht in die Arbeit, die von ihm erwartet wurde, lehnte er ab und legte zugleich acht technische Gutachten vor,

worin erläutert wurde, warum das Programm nicht wie erforderlich funktionieren könne.

Man stelle sich den Stamm eines großen Baumes vor. Er hat Zehntausende Äste und jeder Ast seine Zweige. Das wäre in groben Zügen ein Modell dessen, wie ein Programm bei der Realisierung eines Weges von den Wurzeln bis zum Zweigende in eine der genannten Zehntausende alternativer Varianten mündet. Das Ganze wird dadurch kompliziert, daß Computerprogramme im Unterschied zu einem Baum zahlreiche "Zweiglein" an jedem der "Zweige" haben und daß sich die "Zweiglein" wieder mit anderen "Zweigen" verflechten. Es ist unmöglich, alle Abzweigungen absolut im Blickfeld zu behalten, damit die Regeln der Programmierungslogik nicht verletzt werden und damit jede Abzweigung bereit ist, die ihr von allen anderen angeschlossenen Abzweigungen zugeführten Daten richtig abzuarbeiten.

Anerkanntermaßen wird das Programm für das Star-War-System zumindest 10 Mio Befehle speichern; einige Fachleute sprechen von 100 Mio Befehlen. Man stelle sich vor, daß ein Buch von zehn Millionen Wörtern zu schreiben ist. Wenn man einige davon falsch gebraucht, ist das peinlich, aber nicht weiter schlimm. Im Programm dagegen müssen alle "Wörter" unfehlbar gesetzt werden und koordiniert wirken.

Eine Shuttle-Raumfähre braucht rd. 3 Mio Befehle, darunter die von

"NEUE ZEIT" 9.87



Computern auf der Erde, die den Start lenken und den Flug überwachen. Dieses Programm wurde jahrelang ausgearbeitet, endlos auf der Erde überprüft und hat viele erfolgreiche Flüge ermöglicht. Trotzdem kam es gerade wegen Programmfehler zu Fehlstarts. Der tragische Untergang von "Challenger" bestätigte die Unzuverlässigkeit der Computer: Noch 15 Sekunden vor der Explosion gaben sie kein Alarmsignal. Diese Katastrophe wies auf einen weiteren Risikofaktor hin.

Der Faktor Ungewißheit

Wie ginge das "Challenger"-Drama oder ein Satellitenunfall in unserer ersten Szene aus, wenn ein solcher Unfall nach Stationierung von Weltraumangriffswaffen passierte? Eine Antwort darauf gibt die

2. SZENE

Ein militärischer Roboter auf einer Raumplattform mißt die Intensität eines Lichtblitzes, seine Koordinaten und andere Parameter und leitet daraus, ohne sich erst Gefühlen hinzugeben, die Entscheidung ab, raumgestützte Waffen einzusetzen.

"NEUE ZEIT" 9.87

SDI: Ein Computerfehler kann eine Katastrophe zur Folge haben.

Aus: "Stern" (BRD)

Wer könnte auch in einer solchen Situation genau wissen, ob die Explosion auf einen Defekt in den Systemen des Flugkörpers zurückzuführen oder ob dieser durch gegnerische Waffen vernichtet worden war? Das wird für immer ungewiß bleiben, weil Computer, die das System der raumgestützten Waffen lenken, auf die Explosion augenblicklich reagieren würden: Waffeneinsatz! Das wäre einer der durchaus wahrscheinlichen Zufälle, die zu einem Nuklearkrieg führen könnten.

Der Faktor Tests

Dieser Risikofaktor rührt von der Unmöglichkeit her, das ganze System unter realen Bedingungen zu testen. Die Computerprogramme enthalten unvermeidlich Fehler und Mängel. Festzustellen sind sie nur, indem man das ganze Programm durchlaufen läßt und dabei beobachtet, was falsch ist, darauf die fehlerhaften Teile des Programms korrigiert und es wiederholt. Das SDI-System läßt sich jedoch nicht überprüfen. Man mag noch so lange daran

arbeiten und es noch so sehr perfektionieren, es wird trotzdem niemals erprobt werden können. Ausnahme: der Krieg.

SDIO-Mitarbeiter sagen, es werde nicht nötig sein, das SDI-Programm unter realen Bedingungen zu testen, weil man es stückweise überprüfen und an Imitatoren korrigieren könne. Wie sie erklären, testen sie alle Programmblöcke, bevor sie sie ins System eingeben. "Was geschieht aber", fragt D. Parnas, "wenn sie nicht alle Umstände antizipiert haben, mit denen das Programm konfrontiert werden könnte?.. Man kann nicht zurückgreifen, den Fehler feststellen und den Nuklearkrieg erneut durchspielen."

Programmierer können ihrer Testresultate niemals absolut sicher sein. Ihre ewige Geißel sind kleine Fehler, die das ganze System durcheinanderbringen können. Nach Meinung von Fachleuten ist jeder in einem Programm festgestellte letzte Fehler in Wirklichkeit der vorletzte.

Der holländische Computerwissenschaftler Edgar W. Dijkstra sagte gelegentlich: "Ein Test kann die Anwesenheit eines technischen Fehlers nachweisen, nie aber seine Abwesenheit." Die Programmunterstützung ist der

Zement, mit dem das gesamte SDI-System gebunden wird. Es kann aber auch über ihn stolpern. Schon minimale Fehler entwerfen das gesamte System.

Der Faktor

Wechselwirkung

SDI ist ein provozierendes System, weil die Sowjetunion, falls es zu seiner Realisierung kommt, gezwungen sein wird, darauf mit einem "Anti-SDI-System" zu antworten. "Solange die Sowjets nicht mit uns zusammenarbeiten und uns sagen, welche Charakteristiken zu beachten sind, könnten sich die Kennungs-Algorithmen der Software als falsch erweisen", schreibt D. Parnas. Es ist offensichtlich, daß weder die USA noch die UdSSR ihre militärischen Geheimnisse einander verraten werden. Somit wird gegen die Regeln verstoßen, die für das Einfahren in Wechselwirkung stehender Systeme und die Durchführung gemeinsamer Großversuche gelten. Dann muß aber von zwei einander gegenüberstehenden nicht eingefahrenen und nicht angepaßten Systemen gesprochen werden. In solchen in Wechselwirkung stehenden Gesamtheiten erhöht sich die Ausfallwahrscheinlichkeit beträchtlich. Im Ergebnis sinkt die Zuverlässigkeit der militärisch-technischen Systeme, während sich die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Kriegsausbruchs erhöht.

Der Faktor Zeit

Da das SDI-System darauf eingestellt ist, in Sekundenschnelle zu reagieren, wird nicht einmal genug Zeit bleiben, um "den Präsidenten zu wecken", wie sich ein SDIO-Mitarbeiter ausdrückte. Computer werden zwischen Tausenden Gefechtsköpfen und Zehntausenden Attrappen unterscheiden müssen (nach einigen Angaben werden Informationen über 300 000 Objekte eintreffen). Computer werden die Flugbahnen aller Gegenstände in den Grenzen der sogenannten Gefahrenwolke berechnen. Computer müssen die Hauptziele bestimmen und daraus die passende Strategie ableiten. Computer werden die Waffen ins Ziel lenken und überprüfen, ob die Raketen und Gefechtsköpfe des Gegners vernichtet sind. Und all das, laut amerikanischen Berechnungen, innerhalb von 100–300 Sekunden. Gerade soviel braucht der Leser, damit vor ihm die

3. SZENE

Wenige Sekunden nach der in der 1. Szene beschriebenen Situation treffen die SDI-Computer Entscheidungen, die in einem konventionellen Krieg von zahlreichen Aufklärungsexperten, Generalen, den Vereinten Stabschefs und dem Oberbefehlshaber im Laufe von Tagen, Wochen, ja Monaten erarbeitet wurden. Der "Sternenkrieg" hat begonnen.

Die schicksalsträchtige Entscheidung wird also ausschließlich von Automaten gefällt. Eine einzige Störung genügt, damit kein Mensch mehr die Katastrophe abwenden kann.

Nach einem Gutachten von Pentagon-Sachverständigen stellen die eigenen Mitarbeiter eine nicht geringe Gefahr für die militärischen Computersysteme dar. So störte ein US-Militärangehöriger systematisch das Funktionieren eines Computers. Der Faktor Sabotage erweckt besondere Besorgnis im Lichte von Angaben eines Sonderberichts über die Möglichkeit eines Nuklearkrieges aus Versehen. In dem Bericht, den eine von J. Phelps geleitete Forschergruppe der Universität Ohio vorbereitete, wird darauf hingewiesen, daß seit dem zweiten Weltkrieg wenigstens 439 Angehörige der US-Streitkräfte infolge von Geisteskrankheiten aus dem aktiven Armeedienst entlassen wurden. Für Gruppen, die in den Raketenruppen dienen sollten, gab es keine spezielle psychiatrische und psychologische Untersuchung.

Welche Chancen hat also der Frieden? Wir wollen sie einmal überschlagen.

Der Faktor

Zuverlässigkeit

Angenommen, daß die Zuverlässigkeit des SDI-Systems in bezug auf jeden Risikofaktor gleich 0,95, d. h. fast 100prozentig, ist. Das ist ein sehr hoher Wert für komplizierte Systeme und unsere Annahme für SDI also sehr "günstig". Wie Berechnungen zeigen, ergibt das winzige "fast" eine allgemeine (auf die Gesamtheit der Faktoren bezogene) Zuverlässigkeit von 0,73. Selbstredend müssen nicht alle Fehler und Störungen zum Waffeneinsatz führen. Nehmen wir also den Mittelwert von 0,84 an.

Man stelle sich vor, daß man sich ein Fernsehgerät zu dem einzigen Zweck kauft, einmal täglich die Nachrichten zu hören. Erfährt man dabei, daß das angebotene Gerät etwa 6mal im Monat ausfallen kann (das entspricht der Zuverlässigkeit von 0,84), wird man sicherlich auf den Kauf verzichten und das Angebot zu Recht als Betrug zurückweisen. Wenn man also in der Presse liest, SDI sei ein Bluff, so handelt es sich dabei nicht um journalistische Übertreibungen, sondern um das Wesen der Frage.

Nachdem D. Parnas dem Beratenden SDI-Ausschuß den Rücken gekehrt hatte, wurde er von James J. Horning, dem Mitarbeiter einer großen Computerfirma, ersetzt. Horning bezog einen etwas anderen Standpunkt als Parnas: "Ich kann nicht ohne weiteres behaupten, daß in den 90er Jahren kein Programm entwickelt werden kann, das ein Abwehrsystem gegen ballistische Raketen zu lenken imstande ist. Es kommt darauf an, wieviel Funktionalität, Koordination und Zuverlässigkeit ein solches Programm aufweisen muß. Der Bereich, in dem das größte Opfer gebracht werden dürfte, ist wahrscheinlich die Zuverlässigkeit."

Wie verwundbar die Software ist, zeigen folgende Beispiele:

— Als die von den USA 1979 zur Venus gestartete Raumsonde ihr Ziel verfehlte, flog eine halbe Milliarde Dollar ins All hinaus. Die Ursache: Im Programm der Bahnkorrektur der Sonde war ein Komma mit einem Doppelpunkt verwechselt worden.

— Eine Abart des Navigationsprogramms für den F-16-Jäger würde dazu führen, daß sich die Maschine bei jedem Überfliegen des Äquators überschlägt. Dieser Mangel wurde beim Testen des Modells am Computer festgestellt. Wie viele latente, "schlummernde" Fehler gibt es außerdem noch?

— Der experimentelle amerikanische H-29-Jäger hat eine Flügelaerodynamik, bei der drei Bordcomputer die Quer- und die Längsneigung der Maschine 40mal in der Sekunde korrigieren müssen. Wenn es in der Software der drei Computer gleichzeitig zu einer Störung kommt, muß das Flugzeug in der Luft zerfallen.

Wenden wir uns wieder dem Ausbruch eines "Sternenkrieges" zu.

4. SZENE

Die Katastrophe ist schon vollendete Tatsache, es wird jedoch noch gekämpft.

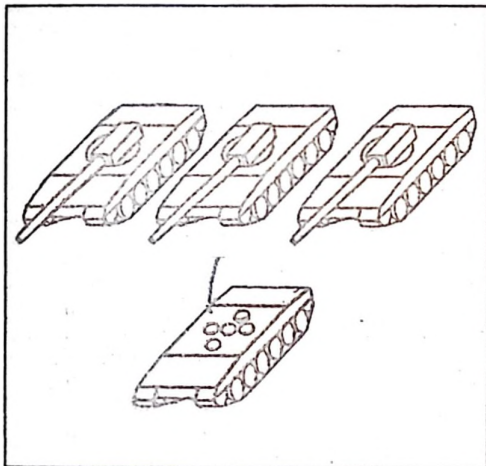
SDI hat seine Rolle bereits gespielt. Jetzt tritt die "Strategische Computerinitiative" (SCI) in den Vordergrund: ein weiteres milliardenschweres Pentagon-Programm zu dem Zweck, eine neue (die fünfte) Generation von Computern zu entwickeln, die sehen, hören, sprechen, spezielle Kenntnisse und einen Intellekt haben können. Ginge es nach der DARPA (Verwaltung für perspektivische Forschungsplanung im US-Verteidigungsministerium), müßte die völlig neue Computertechnologie hauptsächlich auf die Erfordernisse der Streitkräfte orientiert werden.

Der Pilot eines heutigen Jagdflugzeugs verfügt nur soweit über seine Maschine, wie es ihm der Computer erlaubt. Der Pilot kann ein Risiko, das den Flugeigenschaften der Maschine nicht entspricht, nicht eingehen. Mehr noch, es ist möglich zu erreichen, daß das Flugzeug auf Befehle, die denen des Computers widersprechen, nicht reagiert. Die EDV-Anlage kann den Handbetrieb abschalten und genauso automatisch die Raketen in Gefechtsbereitschaft versetzen.

Vorläufig können die Computer noch nicht denken, sprechen oder Gedanken lesen. Aber schon arbeitet die McDonnell Douglas im SCI-Rahmen an einem Computersystem, das die Hirnwellen des Piloten abtasten, den Puls, die Herzmuskelkontraktionen und sonstige lebenswichtige Funktionen seines Organismus überwachen kann und daraufhin die Kampffähigkeit des Piloten bewerten und

ihm nicht mehr und nicht weniger Informationen zuführen wird, als er im Moment verkraften kann. Das übrige soll ein von der DARPA geplanter "Co-Pilot" erledigen: ein Roboter, der gesprochene Befehle des Piloten ausführt und ihm ebenfalls in gesprochenen Worten antwortet.

Im SCI-Rahmen verwandelt sich die Fähigkeit eines Systems zur Datenerfas-



Eine von der Zeitschrift "Wehrtechnik" (BRD) vorgeschlagene Variante der Gefechtsführung

zung und -aufbereitung (von Militärs C-hoch-drei-System genannt: Command, Control, Communication), die Entfaltung von Konflikten auf verschiedenen Gefechtsfeldern zu überwachen, in einen äußerst wichtigen Kampffaktor. Indessen haben solche CCC-Systeme durch wiederholte "Entdeckung" falscher Überfälle ebensooft Gefechtsalarm ausgelöst.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre machten sich US-Experten Sorgen wegen zahlreicher Störungen im Worldwide Military Command and Control System (Wimex) des Pentagon. John Bradley, ehemaliger Chefingenieur für Erprobungen des Computernetzes dieses Systems, wies warnend darauf hin, daß es nicht so zuverlässig sei, als daß sich die militärische Führung darauf verlassen könnte. Seinen Schätzungen zufolge erfahre die Presse höchstens von einem von je 10 Fällen blinden Alarms. Nachdem 1979 Wimex-Computer ans Luftverteidigungssystem Nordamerikas (NORAD) angeschlossen worden waren, wurden die US-Kernwaffenkräfte nach Auslösung eines blinden Alarms mehrmals in Gefechtsbereitschaft versetzt. Die strategischen Fliegerkräfte stiegen auf, und die Vorbereitung zum Raketenstart begann. Nicht besser funktioniert das in den Waffenbestand der U. S. Army aufgenommene riesige Nachrichtensystem BETA. In einem Bericht, den der Verteidigungsausschuß des US-Kongresses im

Oktober 1980 veröffentlichte, hieß es, daß das NORAD-Kommando in nur anderthalb Jahren wegen verschiedener technischer Mängel insgesamt 151mal falschen Alarm wegen eines "Kernwaffenüberfalls" auf die USA gab. In einem darauf eingeleiteten Kontrolltest von Wimex funktionierten die Computer 12 Stunden lang mit Störungen.

SCI sieht ferner die Schaffung ganzer Armeen von "Zinnsoldaten", computergesteuerten Robotern, vor. Die Seestreitkräfte haben bereits Roboter entwickelt: das Modell NT-3 für schwere Lasten und das Modell ROBERT-1, das Brände, Kampfstoffe und gegnerische Technik fixiert und einen Wortschatz von 400 Wörtern hat. Außerdem kann dieser Roboter selbständig den Aufladepunkt erreichen, wenn seine Batterien leer sind. Die lauthals ausposaunte Expedition zum Ort des Untergangs der berühmten "Titanic" 1986 verfolgte das verborgene Hauptziel, den neuen militärischen Unterwasserroboter "Jason Junior" zu erproben.

Die Grumman Corp. arbeitet an einem "Ranger", der "sieht", wohin er sich begibt, und beim Marsch im unbekannten durchschnittenen Gelände Hindernisse umgeht. Bei weiterer Perfektionierung könnte der Roboter gegnerische Stellungen aufspüren und als Panzerautomat im Kampf eingesetzt werden.

Der Roboter "Odecs" der Firma Odetics kann Geschütze be- und entladen, Sicherungslinien umgehen, das gegnerische Feuer fixieren und darauf antworten.

Die DARPA entwickelt einen Computer"strategen", der anhand der Analyse von Daten, die ihm Radaranlagen und künstliche Erdsatelliten zuführen, den Kommandeuren helfen wird, ein kompliziertes Seegefecht unter Einsatz einer Angriffsträgergruppe und der vielen zu ihr gehörenden Ober- und Unterseeschiffe zu führen. Dieses Gefechtsführungssystem muß imstande sein, nicht überprüfte Angaben zu berücksichtigen, die wahrscheinliche Entwicklung vorauszusagen sowie aufgrund von Erfahrungen die Strategie des Vorgehens und Szenarien auszuarbeiten. Das sind bereits unverkennbare Ansätze zu logischen Entscheidungen. Die DARPA setzt sich offen für eine massierte Einführung des künstlichen Intellekts als allgemeines Mittel zum Fällen militärischer Entscheidungen ein und schlägt vor, diesen Prozeß auch auf die Kontrolle über die strategischen Nuklearraketen auszudehnen.

Und so sieht man vor seinem inneren Auge unwillkürlich die wahrhaft apokalyptische

5. SZENE

Von einem Computer"strategen" gelenkte militärische Roboter vernichten die wenigen noch lebenden Menschen.

Die Friedenschancen erweisen sich übrigens als noch geringer, wenn man an sogenannte Hacker denkt, Fachleute für

Programmierung und EDV-Technik, die heimlich in fremde Computersysteme eindringen.

Schon 1973 vermochte es ein Amateur, sich ans ARPANET-Computernetz des US-Verteidigungsministeriums anzuschließen.

Der Faktor Sabotage

Eine Gruppe von Hackern aus Milwaukee drang in den Computer des Nuklearen Zentrums von Los Alamos ein. Eine weitere Gruppe klinkte sich ins Computernetz des US-Verteidigungsministeriums ein, entdeckte den Geheimkode und versuchte die Programme abzuändern. Nichtsanktionierter Zutritt zur EDV könne, wie die US-Presse zugibt, in den Start amerikanischer Raketen oder in den Kampfeinsatz anderer Waffen gipfeln. Eine solche Situation bildete den Vorwurf zum Film "War Games". Ein Schuljunge schaltete sich mit seinem Hauscomputer in den Computer zur Raketenlenkung ein und ist drauf und dran, einen dritten Weltkrieg auszulösen. Die Drehbuchautoren Walter Parkes und Larry Lasker beteiligten sich zwei Jahre lang an einem Forschungsprogramm, das mit strategischen US-Kernwaffen zusammenhing. Parkes schrieb: "Man möchte glauben, daß der Kernwaffenschutz in guten Händen liegt; aber je mehr Einblick wir gewannen, desto mehr sahen wir, daß die Situation nicht immer kontrollierbar ist."

Eine solche Gefahr ergibt sich nicht nur aus der Handlungsweise einzelner Menschen, sondern ist auch angesichts möglicher Provokationen dritter Staaten sehr real. So wurde bei der Untersuchung des Falls J. Pollards, eines Mitarbeiters der US-Seeaufklärung, der für Israel spionierte, festgestellt, daß unter den an Tel Aviv verkauften Geheimnissen auch Chiffren und Programme von Computern für die Lenkung von Panzern, Raketen und Kampfflugzeugen sowie die Codes der im Mittelmeer stationierten 6. US-Flotte waren.

• • •

Vor kurzem "vernichtete" ein Computer in Schweden Tausende Bürger. Die Arbeit an ihrer "Wiederbelebung" dauerte ziemlich lange und kostete Millionen Dollar. Das kam, als ein Operator die Angaben über die Gesamtzahl der Einwohner des betreffenden Gebiets und über die Sterbefälle der letzten Zeit abrief. Das Gerät nahm das Divis zwischen zwei Zahlen für ein Minus. Bei der Datenverarbeitung erhielt der Computer einen unbegreiflichen Wert und löschte ihn, "ohne lange nachzudenken".

Wenn ein militärischer Computer die Menschheit, "ohne lange nachzudenken"; auslöscht, wäre das um keinen Preis mehr wiedergutzumachen. Eine Wiederbelebung wird nicht stattfinden.

Vielleicht haben wir noch Zeit. Wir sollten allerdings nicht Zuschauer, sondern handelnde Personen sein.

Europa- taumel

Alexander LEBEDEV

Im Ausland wird sowjetischen Journalisten manchmal vorgeworfen, daß sie von Demonstrationen und Streiks zuviel hermachen. Das stimmt nicht. Diese Erscheinungen gehören ja nun einmal zum Bild der großen kapitalistischen Länder. Während wir in Spanien waren, marschierten erregte Oberklassenschüler und Studenten in den Straßen Madrids und Barcelonas auf. Die Brutalität der einschreitenden "Ordnungshüter" reizte die Jugend nur noch mehr.

In Moskau zurück, erfahre ich aus Presse und Fernsehen, daß die Jugend noch immer rebellierte, daß sich die Bewegung ausdehnt und von den Gewerkschaften unterstützt wird.

Proteste der Schüler und Studenten

Die Forderungen? Eine radikale Reform und umfassende Demokratisierung des Schul- und Hochschulwesens und Niederlegung der klassenmäßigen Schranken. Die Bewegung der Jugend bringt zweifellos die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zum Ausdruck, die sich unter Franco angehäuften und auch in den Jahrzehnten nach Franco, selbst unter der sozialistischen Regierung, nicht behoben worden sind.

Die Schüler und Studenten lehnen sich auf, weil sie mit der Garantie, sich sozial nützlich machen zu können, ins berufliche Leben treten wollen. Den meisten steht jedoch die Arbeitslosigkeit bevor.

Zur Zeit hat Spanien rund 3 Millionen Arbeitslose, um ein Drittel mehr als 1982, beim Regierungseintritt der Sozialisten, und ungefähr ebensoviel wie Großbritannien, das allerdings um 50 Prozent mehr Einwohner hat. In Spanien haben 21 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung keine ständige Beschäftigung. Über anderthalb Millionen beziehen nicht einmal Arbeitslosengeld. An Kirchenportalen und belebten Plätzen der Stadtzentren sieht man bettelnde junge Männer. Indes hat sich die Zahl der supermodernen

Bankgebäude seit 10 Jahren etwa verzehnfacht, und die Spanier spötteln: Je ärmer das Land, desto zahlreicher die Banken.

Die Regierung beruft sich darauf, daß das der Preis für die Belebung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Inflation sei. Diese ist in der Tat seit 1982, als sie 14 Prozent ausmachte, zurückgegangen und lag voriges Jahr bei 8,3 Prozent. Die Argumente der Regierung für ihre Wirtschaftspolitik ähneln frappant denen des Kabinetts Thatcher in gleicher Situation. In Spanien sind doch aber die Sozialisten an der Macht.

NATO und EG

Mir fällt ein Gespräch mit einem spanischen Kollegen ein. Damals wurde über die Aufnahme Spaniens in die EG entschieden. Er war begeistert — endlich seien die Spanier hundertprozentige "Europäer". Damals jubelten viele, denn sie glaubten, die EG-Mitgliedschaft helfe ihnen aus der langjährigen internationalen Isolierung hinaus.

Mir scheint, der "Europataumel" legt sich allmählich. Mit der Ernüchterung tritt die Unzufriedenheit in den Vordergrund, namentlich weil man jetzt auf alles Spanische als auf etwas Zweitrangiges herabsehe. Die Spanier werden von den anmaßenden transnationalen Konzernen bedrängt.

Die Spanier sehen jetzt auch die Außenpolitik ihres Landes mit anderen Augen. In den ersten Jahren nach Franco gewann sie durch weitgehende Selbständigkeit sowohl im Bereich der traditionellen Diplomatie Spaniens als auch anderwärts Sympathien. In Lateinamerika, im Mittelmeerraum, besonders bei vielen arabischen Staaten, und auch in Europa nahm Madrids Ansehen wesentlich zu.

In Spanien, auch bei einem Teil seiner herrschenden Kreise, war man für die

positive Neutralitätspolitik (etwa eine spanische Variante des Gaullismus), für eine rege Zusammenarbeit mit der dritten Welt und eine stärkere Entspannung im Verhältnis zum Osten. Der Beitritt zur NATO widersprach dieser Einstellung. Allerdings beriefen sich die NATO-Anhänger darauf, daß die NATO-Mitgliedschaft eben zur allgemeinen "Europäisierung" gehöre, ja sogar eine zusätzliche Garantie gegen einen Rückfall in die Diktatur darstelle. Die Gegner wiesen auf das bedauernswerte Beispiel Griechenlands hin, dem seinerzeit trotz der NATO-Mitgliedschaft der Umsturz der schwarzen Obristen nicht erspart blieb.

Anfang der 80er Jahre nahm die Führung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei gegen die Beteiligung des Landes an der NATO Stellung. Felipe Gonzalez versprach damals auf einer Massenkundgebung in Madrid, Spanien aus der NATO herauszubringen.

Später vollführte er einen Stellungswechsel. Zwar hielt die Regierung voriges Jahr das versprochene Referendum ab, die zur Abstimmung gebrachte Frage war jedoch sehr zweideutig formuliert und mit einer Vorrede versehen, die drei Bedingungen für das Verbleiben Spaniens in der NATO enthielt: Nichtbeteiligung an der Militärstruktur der NATO, Verbot, Kernwaffen auf spanischem Boden zu stationieren und zu horten sowie sie nach Spanien zu befördern, und schließlich eine allmähliche Reduzierung der Militärpräsenz der USA in Spanien.

Für die NATO-Mitgliedschaft stimmte beim Referendum eine unwesentliche Mehrheit. Und was ist aus den Bedingungen geworden?

Nach Ansicht der Führer der Friedensorganisationen ist die Nichtbeteiligung an der Militärstruktur der NATO nur eine reine Formalität. Die militärische Zusammenarbeit wird immer enger.

Anfang Februar fanden in Madrid schleppende spanisch-amerikanische Verhandlungen über die Stützpunkte statt. Im Mittelpunkt standen zwei: Torrejon bei Madrid, wo 79 F-16-Bomber stationiert sind, und der Marinestützpunkt in Rota. Über diesen wurde kaum diskutiert. Es ging um Torrejon. Madrid verlangt, daß die US-Flugzeuge allmählich gegen noch modernere, in den USA gebaute, aber den spanischen Luftstreitkräften angehörende ausgewechselt werden. Das will Washington auf keinen Fall.

Vorläufig sind die Verhandlungen festgefahren. Noch einige Runden stehen bevor. Die spanische Regierung hat gewarnt, falls kein Kompromiß zustande komme, werde sie den bilateralen Vertrag mit den USA über militärische Zusammenarbeit, der im Mai 1988 abläuft, nicht verlängern. Die Kündigung muß ein halbes Jahr vorher eingereicht werden. Es geht hart auf hart. Die US-Regierung hat im Kongreß für militärische Hilfe an

"NEUE ZEIT" 9.87

Spanien im laufenden Rechnungsjahr um 50 Prozent weniger als zugesagt beantragt. Voriges Jahr waren die Militärkredite bereits um 75 Prozent gekürzt worden. Washington drückt auf Spanien, aber Madrid bleibt fest.

Jedenfalls sieht es, nach Presse und Fernsehen zu urteilen, so aus. Ein spanischer Kollege wertet die Situation anders. Die spanisch-amerikanischen Beziehungen seien besser, als man sie darstelle, aber etwas schlechter, als Washington sie sich wünsche. Jedenfalls werde man sich schließlich einigen. (So denken hier auch viele andere.)

Spanier, mit denen ich sprach, haben nicht den geringsten Zweifel, daß auf den Stützpunkten schon Kernwaffen stationiert sind, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß US-Schiffe mit Kernwaffen regelmäßig spanische Häfen anlaufen. Bestimmt ist es kein Zufall, daß sich Gonzalez so entschieden dagegen verwahrt hat, ins Regierungsprogramm ein Verbot gegen das Befahren spanischer Gewässer durch mit Kernwaffen bestückte Schiffe aufzunehmen. Er rief aus: "Alles, bloß kein zweites Neuseeland!" Damit gab er eindeutig sein Verhalten zur Stellungnahme der neuseeländischen Regierung lange zu verstehen, die der Parteifärbung nach mit seiner eigenen verwandt ist.

Prof. Velarde und die Mini-Bombe

Foto aus: "El Pais" (Spanien)



Schwellenstaat Spanien

Während ich in Madrid war, brachte "El Pais" Ergebnisse einer Untersuchung, die dem nuklearen Problem eine neue, beinahe pikante Nuance verleiht. Man erfährt, daß Spanien bald eine Nuklearmacht werden kann. Auch früher war gemeldet worden, daß dort schon in den 70er Jahren einschlägige Arbeiten im Gange waren.

Wie aus von "El Pais" veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, handelt es sich um etwas anderes: um eine eigene Atombombe, wenn auch nur eine kleine, taktische (die nötigen Träger sind bereits vorhanden). Als Franco mit de Gaulle darüber sprach, nannten die Franzosen die spanische Bombe niedlich. Mag sie aber noch so klein sein, sie ist eine Atombombe mit allen Potenzen einer solchen. Die Verniedlichung ist also fehl am Platze.

Höchstwahrscheinlich wird in NATO-Kreisen insgeheim schon der Boden für den Ausbau des westeuropäischen "Nuklearklubs" bereitet. Selbst wenn das unter dem Vorwand geschieht, eine von den USA unabhängige Verteidigung stärken zu wollen, kann dieser Vorbehalt für die Warschauer Vertragsstaaten kaum grundsätzlich ins Gewicht fallen.

"El Pais" schrieb übrigens, die Regierung habe für eine supermoderne Forschungszentrale 40 Mio Peseta jährlich bereitgestellt. Leiter ist der mit dem Generalstab liierte Prof. Dr. Guillermo Velarde. Die Zentrale betreibt nach dem SDI-Programm nukleare Forschungen, auch solche, die einen nuklear gepumpten Laser betreffen.

Kein Wunder, daß die Spanier über solche Meldungen erregt sind. Noch ist Palomares nicht vergessen, wo seinerzeit eine Atombombe, die sich von einem US-Bomber löste, nur rein zufällig nicht explodierte.

Der 15. März und Pazifisten

Die Antikriegsorganisationen bereiten eine Großaktion vor. Am 15. März, dem Jahrestag des Referendums über die NATO-Mitgliedschaft, wollen sie zu Hunderttausenden zum Stützpunkt in Torrejon demonstrieren.

Die Assoziation für Frieden und Abrüstung, die Anti-NATO-Kommissionen, die Assoziation 2000, das Zivilprogramm, die Antikriegsorganisationen der Grünen, die Friedenskomitees der Arbeiterkommissionen u. a. wirken unabhängig voneinander. Die Praxis nötigt sie aber, ihre Aktionen aufeinander abzustimmen, und das besorgt das Koordinationskomitee der Antikriegsorganisationen.

Sie haben ihre Unterschiede, und manche Wortführer halten diese für grundsätzlich. Trotz des Ausgangs, den das vorjährige Referendum nahm, haben die meisten z. B. die Losungen "Austritt Spaniens aus der NATO" und "Für Neutralitätspolitik", die naturgemäß auch eine Schließung der US-Stützpunkte bedeutet, noch jetzt beibehalten. Die Leiter der Zivilplattform halten den Beschluß über die NATO-Mitgliedschaft für unwiderruflich und begnügen sich mit der Forderung, die Stützpunkte aufzulösen und den kernwaffenfreien Status Spaniens zu respektieren.

Die Aktion im März wird zeigen, was die spanische Antikriegsbewegung ausrichten kann. Aber schon das, was wir gesehen haben, beeindruckt. Die Anti-NATO-Kommissionen und anderen Vereinigungen sind zwar noch klein, aber fähig, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Wichtig ist, daß sich die Gewerkschaften immer reger an Antikriegsaktionen beteiligen. Allerdings steht die Antikriegsbewegung in der Hauptsache links vom Zentrum. Vermutlich aber gibt es auch in anderen politischen Kreisen ziemlich viele, die gegen die drohende Atomkriegsgefahr sind und erkannt haben, daß Spanien in militaristische Abenteuer des Pentagons auch im Mittelmeerraum einbezogen werden kann. Bemerkenswerterweise ist die, wie es heißt, von den Sozialisten beeinflusste Bewegung für Frieden, Abrüstung und Freiheit aktiver geworden.

In Spanien regt sich das Interesse für Probleme der Weltpolitik, die früher abstrakt zu sein schienen. Für vieles ist natürlich die Wirtschaft bestimmend. Schwer vorstellbar, daß Arbeitslose oder Menschen, die es werden können, ja auch solche, deren Lage letzthin verunsichert worden ist, sich keine Gedanken über folgendes machen. Spaniens Wirtschaft ist keineswegs im Aufschwung begriffen, aber die Rüstungsausgaben steigen viel schneller als alle anderen Aufwendungen. Sie haben sich seit 1982 fast verdoppelt (Zunahme von 368 370 auf 704 007 Mio Peseta).

Und doch machen sich die Spanier nicht nur wegen der wirtschaftlichen Mißstände Gedanken über Krieg und Frieden. Wie sie selbst sagen, fühlten sie sich früher wie auf dem Hinterhof Europas und spürten die nukleare Gefahr nicht allzu sehr. Jetzt haben sie sie an ihrer eigenen Schwelle. Das Referendum, bei dem Hunderttausende gegen die NATO-Mitgliedschaft protestierten, hat deutlich einen Stimmungsumschwung erkennen lassen.

Ja, in gut 10 Jahren hat sich viel verändert, besonders in der politischen Atmosphäre. Mir scheint, die Spanier haben trotz ihrer vielen Probleme und Differenzen (wo gäbe es die nicht?) ein neues Selbstbewußtsein gewonnen und suchen nach eigenen Lösungen für diese Probleme.

Madrid--Barcelona--Moskau

Strategische Buletten

Feindbilder in Film, Literatur und Imbißkultur

Die Amerikaner erblickten im Fernsehen ihren Feind, ihren Erzfeind, den Todfeind aller Amerikaner, die Ausgeburt alles Bösen.

Das Fernsehpublikum saß ihm nicht unverhört gegenüber. Es war auf sein Kommen vorbereitet worden. Der Feind ist so, wie er dargestellt wird: böse, grausam, primitiv und habgierig, er hat breite Backenknochen und schmale Augenschlitze und trägt sowjetische Uniform.

Er ist gekommen, um das Land zu besetzen, seine Denkmäler zu verbrennen, seine Heiligtümer zu zerstören, die Kinder zu ermorden und die Frauen zu vergewaltigen. Im Bewußtsein des Zuschauers nimmt der Gedanke noch festere Form an, daß Amerikas Feind die Sowjetunion ist. Die Leute, die den Entschluß faßten, den Film "Amerika" vorzuführen, hatten wahrscheinlich genau darauf gerechnet.

Er ist, Rezensionen zufolge, vom Standpunkt der Kunst ausgesprochen schwach. Gezeigt wurde er trotz der Proteste vieler namhafter amerikanischer Politiker und anderer Persönlichkeiten sowie der UNO, die sich dadurch verletzt fühlte. Der Film ist Anlaß zu einem Gespräch, das offenbar schon an der Zeit ist: ein Gespräch darüber, warum die Amerikaner und nicht nur sie in der UdSSR und im Sowjetvolk einen Feind sehen.

Wie bildet sich so eine Vorstellung?

"Wenn ich an die UdSSR denke, kommt mir als erstes der Gedanke, daß sie unsere Feinde sind", sagte ein Schulmädchen aus Nordkarolina zu einem ABC-Korrespondenten. "Man hat uns immer gesagt, daß sie schlecht und wir gut sind."

Eine gezielte und konsequente Erziehung, seitdem die Nachricht von der Oktoberrevolution in Washington eintraf; mit einer kurzen Unterbrechung im zweiten Weltkrieg. Bertolt Brecht erzählt aus seinen Erinnerungen: "... zwei Jahre nach Beendigung des Kriegs war nämlich an die Künstler in den großen Filmstudios Hollywoods die Weisung ergangen, Filme gegen den Alliierten Amerika im Kriege, die Sowjetunion, herzustellen. Die Industrie hatte große Summen dafür bereit-

gestellt, und einige Drehbücher waren in Auftrag gegeben worden. Aber merkwürdigerweise kamen sie nicht zustande. Die guten Film Autoren zeigten sich abgeneigt, die schlechten unfähig. Nicht alle guten Film Autoren waren fortschrittlich, aber die Bevölkerung war noch nicht bereit, die Helden von Stalingrad, die Amerika so viele Opfer erspart hatten, beschimpfen zu lassen. Sie mußte erst bearbeitet werden."

Das ließ nicht auf sich warten. Den Anfang machten 1946 Politiker in Fulton. Gute Verfasser hielten sich fern, schlechte traten vor. Der Gedanke, daß der Kreml die Weltherrschaft erringen wolle, schlug in der Massenkultur tiefe Wurzeln. Die TV-Reihe "Amerika" entstand nicht auf leerem Fleck. Ihm waren einige wüste Kassenfilme vorausgegangen: "Rambo II", "Weiße Nächte", "Rote Flut", "Invasion in die USA", "Rocky IV" und "Der dritte Weltkrieg" (er fing damit an, daß russische Sabotageagenten eine für Amerika lebenswichtige Pipeline abschneiden, was sich direkt mit der offiziellen Propaganda deckte). In jedem dieser Filme ist dieselbe Feindgestalt anwesend — hirnlos, böse und unabänderlich in sowjetischer Uniform. Sogar in "Rocky", in dem Boxer auftreten, steht der Gegner des amerikanischen Sportlers in so einer Uniform im Ring. Er ist der "sowjetische Boxer Ivan Drago", der beim Publikum derartigen Abscheu erwecken soll, daß die Schlussszene — Rocky mit dem Sternenbanner im Ring über dem geschlagenen Drago — als der rechtmäßige Sieg des Guten über das Böse empfunden wird.

Wie erklärt sich der Kassenerfolg solcher Filme? Mit Wahrheitstreue? Mit ästhetischen Vorzügen?

In der Massenkultur gelten andere Wertmesser. In diesem Falle liegt der Erfolg an der Fähigkeit der Filmemacher, den Zuschauer zum Miterleben zu bringen und bei ihm den begreiflichen Wunsch zu wecken, daß der "Fremde" unterliegen soll. Das Publikum solcher Filme ist dazu erzogen, den Sieg des amerikanischen Helden über "die Russen" zu bejubeln. Ahnt es aber, daß das auf der

Bildwand nichts als eine böse Karikatur ist? Nach der "Informiertheit" der Amerikaner über die UdSSR zu urteilen, gewiß nicht. Alles, was der amerikanische Durchschnittszuschauer im Kino oder Fernsehen sieht, stimmt mit dem in Zeitungen und Büchern Gelesenen und dem von den Spitzenpolitikern seines Landes Gehörten überein.

Die Massenkultur hatte fast das ganze antisowjetische Arsenal aus den Reden der Spitzenpolitiker übernommen. Während sich diese politische Redekunst weitgehend kompromittiert und das ihr geschenkte Vertrauen mißbraucht hat, gewinnen die politisierte Literatur und Filmproduktion mit denselben Motiven ein breites Publikum.

Leser und Zuschauer vertrauen dem politischen Filmwerk und Roman, die versprechen, geheime Triebfedern von Geschehnissen bloßzulegen. Das bildhaft Geschilderte hinterläßt in den Köpfen eine tiefere Spur als Zeitungsartikel und Fernsehkommentare. Gleitet das Auge des westlichen Lesers gleichgültig über die Zeitungsseite mit Klischees über die "sowjetische Bedrohung" hinweg, so bleibt von der fast krimihaften Schilderung, wie "die Russen" Europa erobern, wie sie mit Hilfe der Antikriegsbewegung die westliche Gesellschaft von innen her zerstören, vieles im Bewußtsein hängen.

Derartige Romane erscheinen in Hunderttausend- oder sogar Millionenauflagen, wie sie sonst Verlagsanstalten der USA und Westeuropas unbekannt sind, und finden überall ihre Leser: in Flughäfen, Apotheken, an Bushaltestellen, auf Bahnhöfen — überall, wo billige Taschenbücher zu haben sind.

Ein geduldiger Forscher könnte, wenn er wollte, eine vollständige Liste aller Romane aufstellen, die wie Fortsetzungen der antisowjetischen Schimpfreden Washingtoner Politiker geschrieben sind.

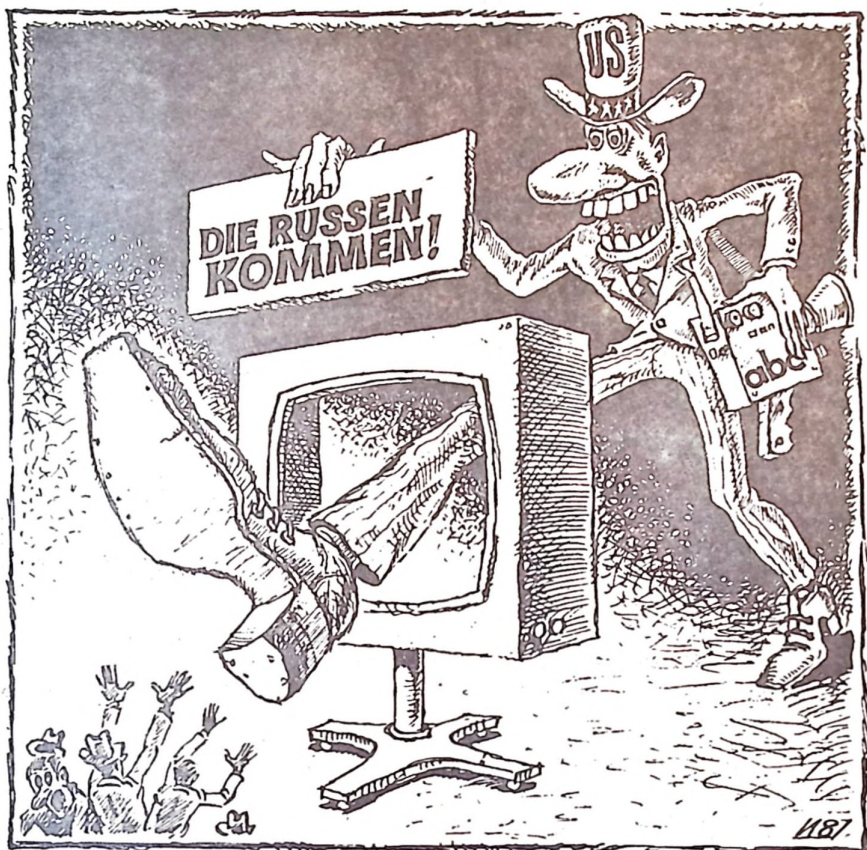
An erster Stelle figuriert natürlich das sattem bekannte Thema "sowjetischer Weltherrschaft". Am bekanntesten sind die Bücher von Frederick Forsyth. Er steht an der Spitze der Bestsellerliste.

Nehmen wir den Roman "Teuflische Alternative". Die UdSSR rüstet zur Ausführung des "Boris"-Plans. Mit dem Gusto Forsyths für Details schildert er, wie Panzerkolonnen in die BRD eindringen, Landungstruppen die wichtigsten Städte Westeuropas erobern und die Sowjetarmee mühelos fast ganz Europa besetzt.

Noch "aktueller" ist der neueste Roman von Forsyth, "Das vierte Protokoll". Kaum haben die britischen Labouristen erklärt, sie würden, falls sie zur Macht kämen, die nukleare Abrüstung durchsetzen, da erschien dieser Roman. Und was für einer! Kein trockenes politisches Traktat, sondern eine hochdramatische Erzählung.

Moskau spinnt wieder einmal Intrigen.

"NEUE ZEIT" 9.87



Zeichnung: I. Smirnow

Der "Aurora"-Plan, dieses Mal nicht im Welt-, sondern im Regionalmaßstab, umfaßt die Besetzung Großbritanniens. Sie läuft ohne besondere Mühe ab. Die Briten sind reif, den Russen in die Hände zu fallen. Sowjetische Agenten brauchen am Tag vor den Parlamentswahlen nur eine Atombombe zu zünden, dann würden alle für eine Labourregierung stimmen, die die US-Stützpunkte schließen, aus der NATO austreten, die Soldaten nach Hause schicken und vor Moskau kapitulieren würde.

Allen Drurys Roman "Der Thron des Saturn" handelt von Versuchen der Russen, die Herrschaft über den Weltraum an sich zu reißen. Er klingt neben Reagans SDI "außerordentlich aktuell", namentlich, wenn man bedenkt, daß der Verfasser seine Leser davon überzeugen will, daß man mit den Russen keinerlei Verhandlungen über den Weltraum führen dürfe.

Zu den jüngsten Neuheiten zählen zwei Romane von Tom Clancy, "Jagd nach dem Roten Oktober" und "Ein roter Sturm springt auf", die Millionenauflagen erlebt haben. Was wird den Lesern geboten? Die Sowjets stehen am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und entschließen sich, um der Katastrophe zu entgehen, zu einer Invasion im Persischen Golf — sie brauchen Erdöl. Um dabei nicht gestört zu werden, beschließen sie,

die Macht der NATO vorher durch Besetzung der BRD und Islands zu erschüttern und dann die US-Flotte im Nordatlantik anzugreifen.

Der Antisowjetismus ist nicht allein in Literatur und Filmkunst tief eingedrungen. Auch in die Reklame, die davon lebt, feststehende Begriffe auszunutzen und neue einzubürgern. Mit antisowjetischen Karikaturen wirbt man bereits für Klopse. Frau Marion Dönhoff, die Herausgeberin der "Zeit" (BRD), schreibt: "Mit wieviel Erfolg die 'bösen Russen' als Sündenbock für alles aufgebaut worden sind, wird in dem Vulgär-Antikommunismus deutlich, der eine große Schnellrestaurant-Kette dazu verleitet, antirussische Klischees in ihrer Werbung zu verwenden."

Die Massenkultur ist natürlich nur ein Spiegelbild. Der Antisowjetismus entstammt, wie John Mack von der Harvard University schreibt, der Feindschafts-ideologie. Und weiter: "Diese widerspiegelt einen versimpelten Begriff von den komplizierten politischen Beziehungen und zielt darauf ab, alle bösen Absichten und feindseligen Aktionen der Gegenseite zuzuschreiben, die Aggression und Zerstörung, die das eigene Land verübt, hingegen als etwas Unmerkliches, Berechtigtes oder vernünftig Erklärbares darzubieten. Die Verantwortung für die unangenehmen Folgen hat jemand anders

zu tragen." Der Weltgeschichte ist bekannt, daß viele Regimes einen derartigen Feind — Ausgeburd des Bösen und Ursache allen Unglücks des eigenen Landes — brauchten. So ein Feind war sehr bequem, er ersparte einem das Eingestehen eigener Verbrechen und Irrtümer und nötigte die Menschen, sich mit Schwierigkeiten und Mängeln abzufinden, denn alle Kräfte wurden für den Kampf gegen den Feind verbraucht.

Die Zeitschrift "Nuclear Times" schreibt: "Obwohl Politiker und Beamte verschiedener Staatsämter ihren Antisowjetismus wie eine Auszeichnung zur Schau stellen, sind sie nicht geneigt, offen über die systematischen Versuche der US-Regierung zu sprechen, die Kalte-Kriegs-Stimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zu schüren."

Wenn man in Washington die UdSSR "das Reich des Bösen" nennt und das Thema in vielen Varianten auswalzt, dann geht man damit gebahnte Wege. Man hat sich bei seinen Staatsbürgern einer gewissen Unterstützung der eigenen Kriegsprogramme versichert. Kann man aber jetzt, wo das dritte Jahrtausend vor der Tür steht, an derart niedrige Instinkte appellieren? Im Nuklearzeitalter verstößt das gegen die politische Moral. Oder stellen wir die Frage einmal anders: Geht es in einer demokratischen Gesellschaft an, das Denken der Bürger so zu manipulieren?

Was für Filme sich die Amerikaner ansehen wollen, das ist ihre Sache. Weckt "Amerika" aber bei den Amerikanern selbst keine Besorgnis und nötigt es sie etwa nicht, darüber nachzudenken, wie sich das Feindbild im Bewußtsein der Allgemeinheit auf ihr eigenes Leben auswirkt? Im Nuklearzeitalter ist es sehr gefährlich, Charakter, Mentalität, Ziele und Absichten der Gegenseite zu verkennen.

Bei politischen Entscheidungen hat Washington infolge falscher Vorstellungen von der UdSSR und ihren Möglichkeiten schon mehrmals Fehler gemacht, z. B. mit allerlei Handelssperren.

Der Antisowjetismus als Feindbildideologie behindert nicht allein den Ausbau der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, sondern auch die Begrenzung der Rüstungen und die Bereinigung globaler Probleme der Wirtschaft und des Umweltschutzes, weil er in jedem Einzelfall eine eindeutige Verhaltensweise vorschreibt: Alles, was Moskau vorschlägt, müsse sofort abgelehnt werden. Dadurch hat fast jeder vernünftige, für beide Seiten akzeptable Vorschlag keine Chance und wird der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in für die Menschheit lebenswichtigen Fragen blockiert. Das zwingt auch andere westliche Länder und Japan dazu. Müssen nicht schon deshalb alle, die Verantwortungsbewußt an die Zukunft der Erde denken, daran interessiert sein, daß der Antisowjetismus, die verzerrte, wissentlich falsche Vorstellung von der UdSSR, zu existieren aufhört?

L. MLETSCHEIN

Spuren und Versionen

Bereits ein Jahr liegen an dieser Stelle, im Zentrum Stockholms, stets frische Blumen, brennen Kerzen. In der Nacht zum 28. Februar 1986 wurde hier der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, Ministerpräsident Olof Palme, ermordet, der sich um Frieden und Verständigung verdient gemacht hat.

Wer hat Olof Palme ermordet!

Gehen wir einmal den Spuren nach, die sich nach dem Verbrechen aufboten.

Die Hauptspur

Die Suche war, wie hier viele meinen, erfolglos, weil die "Hauptspur" im Sande verlief. Dieser "Spur" ging fast das ganze Jahr hartnäckig eine Gruppe von 140 Polizeibeamten unter Kommissar Hans Holmer nach. Dafür wurden andere Spuren unzureichend überprüft. Das beschloß die Gruppe der Staatsanwälte unter Claes Zeime, die im vergangenen Jahr zur Überwachung eingesetzt wurde. Zwischen der Polizei und der Staatsanwaltschaft kam es zu Auseinandersetzungen, die in einen Skandal auszarten drohten. Die Regierung mußte eingreifen.

Gegen Mitternacht des 4. Februar, nach vielstündiger Diskussion hinter den verschlossenen Türen der Regierungskanzlei unter Teilnahme von Ministerpräsident Ingvar Carlsson und Justizminister Sten Wickbom, wurde der Entschluß bekanntgegeben: Holmer wird die Leitung der Suchergruppe entzogen. Seine Funktionen übernimmt der Chef der staatlichen schwedischen Polizei, Holger Romander. Ihm zur Seite gestellt werden einige Berater - darunter auch Holmer, und auch einige Staatsanwälte werden ausgetauscht. Statt C. Zeime wird diese Gruppe von nun an Generalstaatsanwalt Magnus Sjöberg leiten. Mitte Februar wurde ein Parlamentsausschuß gebildet, dem vier Vertreter der Oppositionsparteien und drei der regierenden Sozialdemokraten angehören. Man wird sehen, ob diese Umbesetzungen schließlich Licht in eines der mysteriösesten Verbrechen der Gegenwart bringen können, das hier nicht selten mit der Tragödie von Dallas verglichen wird, als US-Präsident John F. Kennedy ermordet wurde.

Die „Hauptspur“ also führte zur Kurdischen Arbeiterpartei (KWP), die die schwedische Regierung als terroristische Organisation betrachtet. Sie entstand Mitte der 70er Jahre in der Türkei. Ihr Ziel ist der bewaffnete Kampf für die Schaffung

eines unabhängigen kurdischen Staates. Tausende von Kurden gingen, um sich vor den Verfolgungen in ihrer Heimat zu retten, nach Westeuropa. Nicht wenige von ihnen leben auch in Schweden.

Die Partei hat schwerste Differenzen über die Kampfmethoden. Viele Kurden, die mit dem Kurs auf Terror und Gewalt nicht einverstanden sind, verließen sie. Dafür zahlten manche mit dem Leben. Die Polizei gelangte bei der Untersuchung dieser Verbrechen zu dem Schluß, es könnte Querverbindungen zur Tragödie am Sveavägen geben. Hausdurchsuchungen, Razzien, Verhaftungen und Verhöre folgten. Großes Aufsehen erregte ein Schußwechsel im Dezember v. J. in einem Cafe in Gamlastan, einem Kurdentreffpunkt. Doch die Verhafteten sollten, wie sich herausstellte, mit der Ermordung Palmes nichts zu tun haben.

Ende Januar schien schließlich der „entscheidende Durchbruch“ bei der Untersuchung geglückt zu sein. Bei einer Razzia wurden 20 Verdächtige verhaftet. Einer von ihnen gestand ein, eine Pistole des Systems Smith-Wesson besorgt zu haben - aus einer solchen Waffe wurde Palme ermordet. Doch dann nahm er seine Aussagen abrupt zurück. Die Verhafteten mußten wieder freigelassen werden.

Oberdies begannen, wie sich jetzt herausstellt, sowohl das FBI als auch die bundesdeutschen Geheimdienste, ja auch schwedische Experten, die die bald nach dem Mord gefundenen zwei Kugeln sorgfältig untersuchten, daran zu zweifeln, aus welcher Pistole Palme ermordet wurde. Möglicherweise war das gar keine Smith and Wesson.

Zumindest gibt es keinen Beweis dafür, daß in Schweden lebende Kurden in die Tragödie am Sveavägen verwickelt sind. Doch die Kampagne in der hiesigen Presse tat das Ihre.

„Nach Palmes Ermordung habe ich wiederholt gehört, daß mir 'Terrorist' nachgerufen wurde“, sagte der Kurde Mustafa Nabaz. „Ich mußte die Arbeit aufgeben. Nein, niemand bedrohte mich. Doch ich weiß sehr wohl, wie die

Schweden das, was die Zeitungen über uns schreiben, beeinflußt...“

Die traurige Geschichte dieses Kurden, der schon viele Jahre in Schweden lebt, ist bei weitem keine Ausnahme.

Jetzt empören sich die Staatsanwälte: Holmer habe die Grenzen des Erlaubten überschritten, als er die Kurden verfolgte, er habe sich unerlaubter Methoden bedient und die staatsbürgerlichen Rechte der Einwanderer verletzt. Doch diese verspäteten Rechtfertigungsversuche, die fast eine verdeckte Entschuldigung darstellen, sind bislang wenig hilfreich. Den Kurden wird nach wie vor „Terrorist“ nachgerufen.

Hakenkreuzschmierereien

Man sieht in Schweden oft Hakenkreuze neben Aufrufen, die „Vorherrschaft der Ausländer im Land“ zu beenden. Kein Wunder - Rassismus und Faschismus sind verwandte Erscheinungen.

...Am 8. Januar 1986 wurden in Göteborg acht Mitglieder der neonazistischen „Nordischen Reichspartei“ (NRP) verhaftet. Bei der Festnahme wurde eine Liste von „Todeskandidaten“, die die NRP verurteilt hatte, gefunden. In der Spalte „Parteien“ standen an erster Stelle die Sozialdemokraten, unter den „Kandidaten“ war Olof Palme Nr. 1. In den Listen waren die führenden Parteien des Landes, viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Staatsmänner aufgeführt. Oberdies wurden dort Juden, „Neger“, Mischlinge und „Mongolen“ genannt. Wenig später fand in Göteborg der Prozeß statt. Dabei wurden Fakten, die die Öffentlichkeit schockierten, bekannt. Erpressung, Terror, Brandstiftung, Pogrome, Morddrohungen - das ist das Arsenal der NRP, die die Methoden der Nazibanden kopiert.

... In einer Sommernacht des Jahres 1985 wurde in das Göteborger Büro der



So illustrierte die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ die „Hauptspur“



Zwei Stunden nach dem Mord. Olof Palmes Blut am Tatort

Linkspartei-Kommunisten eine selbstgebastelte Bombe geworfen. Glücklicherweise gab es keine Opfer - der Brand wurde gleich entdeckt.

Der Journalist Hagge Geigert gab antinazistische Erklärungen ab und verurteilte die NRP wegen Antisemitismus. Viele Monate lang erhielt er rund um die Uhr telefonische Drohungen. Täglich bekam er Drohbriefe. Hinter dieser Kampagne stand der NRP-Führer Goeran Oredsson, der gern aus „Mein Kampf“ zitiert.

Mit ebensolchen Methoden waren die hiesigen Faschisten seinerzeit auch gegen J. Segersted-Wiberg, eine bekannte Öffentlichkeitsarbeiterin und ehemalige Riksdagsabgeordnete, vorgegangen. Während des zweiten Weltkrieges leitete sie das schwedische Hilfskomitee für die Kinder des von der Blockade eingeschlossenen Leningrad...

Die schwedischen Neonazis haben sogar ihr eigenes Presseorgan; die Zeitung „Nordisk kamp“. Viele hier fragen sich, wie die Tätigkeit derartiger Organisationen in Schweden möglich ist. Die Antwort ist offenbar, daß die Behörden von der Existenz sowohl der NRP als auch des „Schwedischen Nationalbundes“, der „Neuschwedischen Bewegung“ und der „Neonazistischen Partei“ wußten, doch nichts unternahmen, um deren Tätigkeit zu unterbinden. Und bei dem Prozeß in Göteborg war von einem Verbot solcher Organisationen nicht die Rede.

Mit Jesus gegen den Kommunismus

„Die Ermordung des Ministerpräsidenten hat ein Schlaglicht auf die Tätigkeit
„NEUE ZEIT“ 9.87

extremistischer christlicher Sekten in Schweden geworfen, die eine Hetzkampagne gegen Olof Palme führten. Ihre Bewegung ist im Aufschwung.“ Soweit ein Zitat aus der Zeitung „Dagens Nyheter“. Knappe, unvollständige Meldungen über die Tätigkeit dieser Sekten und Gruppen tauchten bald nach der Tragödie am Sveavägen auf. Und das nur, weil die Sekten die Aufmerksamkeit der Polizei fanden, da sie ihren Haß auf den Ermordeten nicht verhehlten. Eine charakteristische Besonderheit dieser buntscheckigen Sekten, die von wildem Haß auf den Kommunismus vereint sind, ist ihre Geistesverwandtschaft mit ähnlichen Organisationen jenseits des Atlantik. Aus den USA werden die Aktivitäten der schwedischen Gesinnungsgenossen offen unterstützt. Am 22. März v. J. berichtete die Zeitung „Aftonbladet“ über eine dieser Gruppen - den „Europäisch-amerikanischen evangelischen Kreuzzug“. Ihr Führer, J. C. Thorell, der aus Schweden ausgewandert ist und sich in Kalifornien niedergelassen hat, tonte: „Palme trägt die Hauptverantwortung dafür, daß Schweden abrüstet und so einer sowjetischen Intervention den Weg öffnet.“ Dieser Sektenheilige meinte allen Ernstes, Palme hätte einer „Weltregierung“ angehört, die ihre Zustimmung dazu gab, daß die UdSSR Schweden ihrem Einfluß unterwirft. Kein Wunder, daß Thorells Sekte kurz vor der Ermordung „den Herrgott um Palmes Tod bat“.

Vom gleichen Schlag ist auch eine andere Organisation - „Jesus der kommunistischen Welt“. Ihr Prototyp ist eine rechtsradikale amerikanische Organisation gleichen Namens. Ihr Ziel ist eine „missionarische Tätigkeit in den Ost-Staaten“. Ihr geistliches Oberhaupt, ein gewisser K. Bergstroem, war Anfang der 70er Jahre Berater bei diversen Militärregimes in Lateinamerika, darunter in Chile. Im letzten Frühjahr begab er sich nach Bern zu einer Zusammenrottung der Bewegung „Internationaler Widerstand“, die, gelinde gesagt, keine Sympathien für die Sowjetunion hegt. Dort verstieg sich Bergstroem zu der Behauptung, hinter der Ermordung Palmes stecke - die Sowjetunion. „Als Instrument in ihren Händen

benutzten die Russen die kurdische Organisation KWP“, verkündete der frischgebackene Prophet.

Eine weitere Sekte, die „Rettung der Menschen“, ist eine Filiale der amerikanischen Sekte „Prediger des Schicksals“. Deren Apostel verhehlen nicht, daß sie Schweden als strategisches Sprungbrett für ideologische Diversionsakte gegen die sozialistischen Länder betrachten. Die Haupttätigkeit der Sekte besteht darin, diverse Schriften ganz bestimmten Inhalts sowie Gelder zu sammeln und über den „eisernen Vorhang“ zu schleusen. „Die Liebe der konservativen amerikanischen Christen zu Schweden ist eindeutig strategisch bedingt“, meint Pastor F. Nilsson. „In unserer offenen Gesellschaft wächst heute eine geschlossene, von oben geleitete Bewegung“, erklärt er. „Auf den ersten Blick ist sie harmlos, doch hinter ihr steht eine Ideologie, die von den amerikanischen Rechten gesteuert wird und die durch die Propaganda der kommunistischen Gefahr und den Haß auf Abtrünnige gekennzeichnet ist.“

War Olof Palme nicht der „Abtrünnige“, den die „Prediger“ zum Tode verurteilt hatten?

Querverbindungen

So sind wir drei Spuren nachgegangen, die entweder von der Polizei und der Staatsanwaltschaft aufgespürt wurden oder von der politischen Logik suggeriert werden. Doch auch eine Reihe anderer Vermutungen ließe sich anstellen. Auch fanatische Einzeltäter könnten hinter dem Mord stehen (was die Untersuchung besonders komplizieren würde) oder die „Europäische Arbeiterpartei“, über die unsere Zeitschrift bereits berichtete (s. NZ 36/1986) und einige andere Terroristengruppen.

Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zwischen Palmes Ermordung und dem rätselhaften Tod des Leiters der Inspektion für Kriegsmaterial C.-F. Algeron, der Mitte Januar unter einen Tunnelbahnzug geriet (s. NZ 4/1987). Sein Tod wird auch mit illegalen Lieferungen

Smith-Wesson-Revolver. Die Mordwaffe!

Fotos aus: „Aftonbladet“ (Schweden)



schwedischer Waffen an den Iran in Verbindung gebracht.

Unklar bleibt die Rolle der rechtsextremen Kräfte, der NATO und der CIA. Hatten sie ja nicht wenige Gründe, den ermordeten Ministerpräsidenten zu hassen. Gerade davon ist die Rede in der Untersuchung „Die politischen Motive der Ermordung Olof Palmes“, die der Riksdagsabgeordnete der Linkspartei-Kommunisten Jörn Svensson am 7. November v. J. im Parlament vorlegte.

Der Abgeordnete, der die möglichen Motive des Verbrechens analysierte, kam zu dem Schluß: Den Haß der US-Administration und höchster NATO-Kreise riefen vor allem Palmes weltpolitische Aktivitäten hervor. Die Vorschläge der Palme-Kommission, heißt es in dem Dokument, drohten die amerikanischen Hochrüstungspläne zu vereiteln. Auch ist zu berücksichtigen, daß Palme großes Ansehen in der Öffentlichkeit und in politischen Kreisen der NATO-Länder, vor allem in der BRD und Holland, besaß, das aber konnte - in längerer Sicht - zu für Washington unerwünschten Veränderungen in der europäischen Strategie führen.

Wie J. Svensson konstatiert, war der Mord so sorgfältig vorbereitet und geplant, daß man vom Bestehen eines Komplotts gegen Palme sprechen kann. Alles zeige die Handschrift der US-Spionage, meint der Abgeordnete. Er betonte, daß die CIA hierfür am ehesten ehemalige Soldner aus Kommandos benutzt, die heute mit rechtsextremistischen Organisationen in Europa liiert sind. Mit dieser Behauptung deckt sich übrigens eine Meldung der Zeitung „Svenska Dagbladet“. Bereits im Januar 1986 habe jemand bei der Polizei angerufen und erklärt, ihm seien zwei Millionen Dollar Belohnung für die Ermordung Palmes versprochen worden. Das Angebot machte ein Amerikaner, ein ehemaliger Offizier und Vietnamkriegsteilnehmer. Am 8. Juni v. J. erreichte die Polizei ein anonymer Anruf: Der Mord sei das Werk der CIA.

Was sind das? Glaubwürdige Informationen oder decken sich da nur zufällig Fakten, treibt die Phantasie ihr Spiel? Eine Antwort darauf wird man erst geben können, wenn der Mörder gefunden wird...

Doch das eine sei gesagt: Seitens der Polizei wurde, zumindest offiziell, nie von einer Komplizenschaft der CIA gesprochen, ebensowenig wie von Meldungen z. B. des Londoner „Observer“, die Kugel, die Palmes Leben ein Ende setzte, stamme von Agenten des chilenischen Geheimdienstes. Auf eine solche Möglichkeit verwiesen in Schweden lebende chilenische politische Flüchtlinge. Nicht von ungefähr sagte Palme selbst, er sei vom chilenischen Geheimdienst auf die Liste der Todeskandidaten gesetzt worden.

Jetzt müssen die zuständigen schwedischen Organe alles von neuem beginnen. Viele sind befremdet: Warum wurden nicht gleich alle Zeugen befragt?

EINE "NEBENS PUR"

Die führende schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ brachte am 10. Februar einen Artikel von Bjarne Moelv, in dem es u. a. heißt:

Außerhalb der Regierungskontrolle haben sich einige die Rolle von Polizei und Spionageabwehr beanspruchende Gruppen sowie von militärischen und paramilitärischen Organisationen gebildet. Trotz aller Versuche der Regierung, mit den „Piraten“ fertig zu werden, bestehen diese Gruppierungen nach wie vor. Jetzt wurden sie zwar kleiner, doch fanatischer und offener für „Hilfe“ seitens dubioser Kreise in Schweden und im Ausland. Die fanatischsten von ihnen sahen in Olof Palme einen „Verräter der Heimat“, der als Architekt einer gewissen Politik der Anpassung gegenüber der „Supermacht“ im Osten agierte.

Die zu diesen Organisationen führende „Nebenspur“ muß untersucht werden, und sei es, um die sich verstärkenden Gerüchte, der Mörder stamme gerade aus diesem Milieu, zu zerstreuen.

Wie konnte man ein ganzes Jahr verlieren?

Jetzt erst wurde z. B. folgende Tatsache bekannt: In jener verhängnisvollen Nacht befand sich eine Frau unweit vom Tatort. Wenige Minuten nach den Schüssen (das verstand sie später, als sie von dem Mord aus den Zeitungen erfuhr), sah sie, wie ein Polizeiauto der Marke SAAB, das am Bürgersteig stand, Gas gab und schnell davonfuhr. Die Frau hörte die Worte des Fahrers, der ins Funktelefon sagte: „Aha, also dort.“ Doch der SAAB fuhr keineswegs Richtung Tatort. Die Behörden waren sehr erstaunt, warum der Fahrer in dem Wagen allein war. Der Dienstabweisung zufolge müssen in Streifenwagen zwei Polizisten sitzen. Eine diesbezügliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Schon nachdem Holmer die Untersuchung abgeben mußte, erklärte er: Ich weiß, daß sich der Verbrecher in Liege (Belgien) versteckt hält, weiß sogar, in welchem Haus. Die belgischen Kollegen des schwedischen Kommissars sind bislang zurückhaltend. „Wenn er in Belgien ist, werden wir ihn festnehmen.“

...Wohl bei keinem politischen Mord gab es so viele Versionen, so viel Rätselraten und Vermutungen. (Und der Gedanke, daß es ein politisches Verbrechen war, wird immer häufiger geäußert). Auch dies hat seine Logik und erklärt sich vor allem durch die Gestalt Palmes, der zweifelsohne eine herausragende Persönlichkeit war.

Die Filmchronik zeigt uns Palme auf der Riksdagstribüne. Er verfügte über umfassende Kenntnisse in vielen Bereichen, war ein hervorragender Redner und Polemiker. Seine Argumente, seine beißenden Stegreifbemerkungen und präzisen Charakteristiken trafen die politischen Opponenten, und kaum jemand kann bei den bisweilen leidenschaftlichen Debatten auf Siege über Palme verweisen. Palme vereinte viele hohe Eigenschaften in sich, sehr ausgedehnt waren sein Wirkungsfeld und der Kreis seiner Interessen. Und gerade deshalb achteten viele Palme und liebten ihn aufrichtig, doch es gab auch nicht

wenige, die ihn haßten. Wir meinen, daß es heute deshalb so schwierig ist, zu begreifen und zu bestimmen, welche Kräfte die Mörderhand führten...

So ist es kein Geheimnis, daß gleich nach dem Mord gewisse Leute mit Sekt anstießen, und im Oktober v. J. wurde Palmes Grab geschändet. Doch zugleich trauern Tausende von Schweden um diesen Mann, der so viel für sein Land und sein Volk getan hat.

...Wenige Tage, bevor sich der Mord jährte, besuchten wir die Kreuzung Sveavägen-Tunnelgatan. Dort, wo stets frische Blumen liegen und Kerzen brennen. Es war ein Samstag, und besonders viele Menschen waren da.

Wir hielten uns etwas abseits, beobachteten, wie einzelne Passanten und ganze Familien stehenblieben, Rosen- und Nelkensträuße niederlegten. Einige fragten wir, was die Ermordung Palmes für sie bedeutete. Wir fragten nicht nach ihren Namen oder Berufen...

„Er war ein wunderbarer Mensch. Ich stehe der Politik fern, doch ich weiß, daß er viel Gutes getan hat...“

„Ich war erschüttert, als ich erfuhr, daß er tot ist. Das war ein Schock. Jetzt läßt die Zeit den Verlust nicht mehr so stark empfinden, doch Olof fehlt uns trotzdem sehr...“

„Er war ein hervorragender Politiker, doch, wie man sagt, menschlich unterschiedlich. Übrigens kannte ich ihn nicht persönlich. Mir gefiel an ihm, daß er so energisch, fröhlich, geistreich und zugänglich für die Menschen war...“

„Bis heute kann ich es nicht glauben... Es ist unfassbar, wer könnte unseren Friedenspolitiker ermorden? Ich kann das nicht begreifen.“

...

Wer hat Olof Palme ermordet und warum? Diese Frage harrt ihrer Antwort.

N. WUKOLOW (TASS)
D. POGORSHELSKI (NZ)

Stockholm

"NEUE ZEIT" 9.87

Die Zukunft aufspüren

Das sowjetische Publikum kennt Kovacs-Filme gut. Kovacs ist fast 40 Jahre beim ungarischen Film. Seine Streifen "Schwierige Leute", "Kalte Tage", "Mauern", "Der Herr des Gestüts" und "Ein Sonntag im Oktober" zeichnen sich durch hohen Patriotismus, Sachlichkeit und den Mut aus, mit dem der Regisseur brennende soziale Probleme angeht.

Kovacs war mehrmals in der Sowjetunion. In Moskau findet er, trotz seines gedrängten Zeitplans, jedes Mal Gelegenheit, sich mit Freunden zu treffen.

"Ich habe in Ihrem Land viele Freunde", sagt er. "Zu ihnen gehören Tschuchrai, Raisman, Klimow, Panfilow, Mitta und auch georgische Filmregisseure. Uns verbindet die Filmkunst."

"Wie sind Sie Regisseur geworden?"

"Anfangs war mein Verhältnis zum Film eine Haßliebe, eine kritische Einstellung. Das war im zweiten Weltkrieg. In Ungarn aber wurden trotz des Krieges ziemlich viele Filme gedreht, und sie waren durchweg miserabel. Ich war noch ganz jung, erkannte aber schon, wie schwach und banal diese Machwerke waren. Ich fing an, mich für den Film als Kunst zu interessieren. So faßte ich den Entschluß, Regisseur zu werden. Nach dem Krieg, 1946, ging ich an die Budapester Filmschule. Meine Studienkollegen und ich träumten davon, eine neue ungarische Filmkunst zu schaffen. Das habe ich mir dann auch zur Lebensaufgabe gemacht."

"Wovon handelte Ihr erster selbständiger Film?"

"Von einer Liebesgeschichte auf dem Lande. Ich kannte das Landleben gut und wollte einen Film über etwas inszenieren, das ich am besten kannte. Als ich damit anfang, war ich schon fünfunddreißig. Vorher hatte ich jahrelang als Redakteur und als Leiter der Szenarioabteilung in einem Filmstudio gearbeitet. Meine ersten drei Filme blieben leider unbemerkt. Dafür war der vierte — 'Schwierige Leute' — ein Publikumserfolg. Das machte mir Mut."

"Was für einen Themenkreis bevorzugen Sie?"

"Ich bemühe mich zu zeigen, wieviel Möglichkeiten ein selbstbewußter Mensch hat, auf irgendeinem Gebiet etwas Besonderes zu leisten, und was für politische, soziale oder moralische Umstände ihn

daran hindern können, aus sich herauszugehen und zu zeigen, wozu er fähig und wozu er unfähig ist. In meinem Film 'Mauern' habe ich allegorisch meine Gedanken über das Geistesleben eines Menschen und darüber ausgedrückt, was ihn hindern kann, seine Fähigkeiten voll auszuschöpfen. Als Thema beschäftigt mich der Mensch als Schöpfer einer neuen Gesellschaft, der Mensch, der die Fähigkeit besitzt, die Welt zu verbessern. Ich verfolge, wie er selbst sich dabei verändert, wie sich dabei seine Weltanschauung, seine Mentalität und seine ethischen Grundsätze wandeln. In der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft tritt unter gewissen Umständen ein Augenblick ein, in dem ein neues Denken unerläßlich wird. Mich beschäftigt ganz besonders, wie es sich durchsetzt.

Das feste Vertrauen in die Fähigkeit der sozialistischen Gesellschaft, den Gipfel des Fortschritts zu erreichen, das Ver-

trauen in den Menschen, der die Ideale dieser Gesellschaft vertritt, flößt mir Kraft ein und bestätigt mich in meiner Überzeugung, daß der Beruf, den ich gewählt habe, nützlich und notwendig ist. Früher einmal dachte ich, in einem oder in zwei Jahren würden alle Probleme gelöst sein. Aber man wird älter und klüger und erkennt, daß das viel schwieriger und langsamer vor sich geht, als man geglaubt hatte.

Es kommt darauf an, daß sich die ältere Generation und die Jugend immer für alles, was auf der Erde vor sich geht, verantwortlich fühlen. In den 'Kalten Tagen' wollte ich zeigen, wie subjektive Faktoren auf einen Menschen wirken, und wie wichtig es ist, wie er selbst über sich denkt, ob er sich als Schraubchen in einer großen Maschine sieht, von dem ganz und gar nichts abhängt (Entscheidungen treffen die anderen, ich tue nur, was mir vorgeschrieben ist), oder als Persönlichkeit, die die Welt verändern kann. Wenn er anderen die Entscheidungen überläßt, bringt er sich selbst und die Allgemeinheit in Gefahr, denn er läßt ja feindlichen Kräften freie Hand. So kann die ganze Welt an den Rand einer Katastrophe geraten. Deshalb interessieren mich als Künstler vor allem Mitmenschen, die, ohne Schwierigkeiten zu fürchten, für das, was sie tun, die Verantwortung übernehmen."

"In den letzten Jahrzehnten hat Ungarn in seiner sozialistischen Entwicklung viel erreicht. Nun ja, es hat noch eine Menge Probleme. Welche halten Sie für die wichtigsten?"

"Vor 20 Jahren drehte ich den Film 'Schwierige Leute', in dem sich die Gestalten um soziale Fortschritte in allen Lebensbereichen und um eine Perfektionierung der Wirtschaft bemühen und sich

Andras Kovacs (rechts) bei Aufnahmen



für mehr Selbständigkeit der Betriebe einsetzen. Damals lief bei uns die soziale und wirtschaftliche Umstellung an. Ich kann ohne falsche Bescheidenheit sagen, daß sich die im Film zur Sprache gebrachten Stellungnahmen, an die die heutigen anklagen, als richtig erwiesen haben. Viele Probleme, die damals im Film angeschnitten wurden, beschäftigen die Menschen noch heute.

Ich halte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch psychologische Probleme für wichtig. Sie hängen zusammen. Ein Mensch muß selbstbewußt und überzeugt sein, daß von ihm, von jedem einzelnen und von allen zusammen der Fortschritt abhängt. Hinzu kommt, was ich vorhin über die Schräubchenmentalität gesagt habe. Wenn der Mensch kaum eine Wahl hat, wenn er damit vorlieb nimmt, was andere für ihn entschieden haben, dann ist sein Selbstbewußtsein geschwächt. Er hat etwas Infantiles, ist apathisch und unsicher. Ein Mensch muß über sein Leben verfügen können. Er muß Herr der Welt sein und sich für Formen der sozialen Entwicklung einsetzen, bei denen jeder daran interessiert ist, Initiative zu zeigen und Überholtes, das den Fortschritt hemmt, zu kritisieren. Und dabei muß ihm der materielle und moralische Anreiz erhalten bleiben. Das scheint mir aktuell zu sein, und darüber habe ich in meinen Spiel- und Dokumentarfilmen nach Möglichkeit etwas ausgesagt.

Ich finde einen Menschen an seinem rechten Platz oder seine Suche nach diesem Platz hochinteressant. Ebenso sein geistiges Leben. Mir gefallen Menschen, die fähig sind, in kritischen Situationen Entscheidungen zu treffen."

"Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung Literatur, Kunst und Film in der sozialen Entwicklung?"

"Natürlich verändern sie an sich nichts am Leben, sie tragen aber zu einem günstigen geistigen und moralischen Klima für den materiellen und sozialen Fortschritt bei. Die besten Bücher und Filme rufen Überzeugungen wach und schärfen den Blick für die Umwelt. Natürlich nur Werke mit wichtigen Themen. Derartige Filme sind langlebig und sprechen Geist und Gewissen an. Wenn man auch nur einen einzigen solchen Film zustande gebracht hat, kann man sich glücklich schätzen."

"Und was sagt Andras Kovacs als Zuschauer? Wessen Filme werden Sie nie vergessen?"

"Eisensteins Filme sind unvergeßlich, besonders Teil 2 seines 'Iwan der Schreckliche'. Ich empfinde Hochachtung vor den Werken Juli Raismans. Sein Vorkriegsfilm 'Die letzte Nacht' gehört zu den unvergeßlichen Werken. Ebenso Grigori Tschuchrajs 'Letzter Schuß', 'Ballade vom Soldaten' und 'Klarer Himmel'. Auch die Streifen der italienischen Neorealisten sind mir immer gegenwärtig. Bei Gedanken an diese Werke ergeht es mir ebenso, wie beim Hören guter Musik. Dann kann ich klar denken."

"Es gibt verschiedene Filme. Manche Regisseure laufen sozusagen neben dem Leben her, kurbeln und zeigen die Wirklichkeit wie im Spiegel. Andere versuchen vorauszusehen, das Entstehen neuer Probleme zu erkennen und über ihre Lösung nachzusinnen. Was liegt Ihnen näher?"

"Es ist eine wichtige Aufgabe der Kunst, also auch der Filmkunst, den Finger am Puls des Lebens zu halten, die wichtigsten Vorgänge sofort darzustellen und zu beurteilen. Nicht weniger interessieren den Künstler Themen, die schon Geschichte zu sein scheinen, aber, im zeitlichen Abstand gesehen, erstaunlich aktuell und heute notwendig sind. Selten ist es, daß ein Künstler Probleme der Zukunft in Angriff nimmt und ihren Keimformen in der Gegenwart nachspürt. Das ist am schwierigsten. Dafür entscheiden sich Schriftsteller und Filmleute, die glauben, alle Schwierigkeiten überwinden zu können."

"Viele Jahre haben Sie den Filmemachern Ungarns vorgestanden. Welches waren die wichtigsten Tendenzen in der Entwicklung der ungarischen Filmkunst?"

"Das Geschick unseres Landes, seine an Wechselfällen reiche Geschichte war und bleibt im Brennpunkt des ungarischen Films. Wir haben ziemlich viel historische Filme gemacht. Ich auch. Mein neuester Film dieser Art heißt die 'Rote Gräfin'. Er spielt zu Anfang des 20. Jahrhunderts, nach der bürgerlich-demokratischen Revolution und während der Bildung der Ungarischen Räterepublik.

Einen wichtigen Platz in unserer modernen Filmkunst nehmen Streifen über die soziale Entwicklung des Landes, über seine Wachstumsschwierigkeiten und Aussichten ein. Die aufrichtige Sorge von Partei und Regierung für das Volkswohl, für die Hebung des Lebensstandards und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie bieten den Künstlern Gelegenheit, wahrheitsgetreu auszusagen, was sie empfinden. Ohne dieses kein Vorwärtkommen. Manchmal sind die in unseren Filmen angeschnittenen Probleme nicht ganz einfach und lösen hitzige Diskussionen aus. Aber ohne die brennenden Probleme anzupacken, kann man die Wahrheit nicht zutage fördern, kann man nicht begreifen noch erläutern, wie beschwerlich der Weg unseres Landes von 1945 bis jetzt und warum er so und nicht anders war. Zweifellos ist die von der Bildwand aus gesprochene Wahrheit über die wichtigsten Probleme das Merkmal wahrer Kunst."

"Wie meinen Sie, was trägt die Filmkunst zur Festigung des Friedens bei?"

"Ich reise oft in andere Länder und erfahre dort, daß die Menschen einander sehr wenig kennen. Daher das Mißtrauen. Es ist, meiner Ansicht nach, eine Ursache der jetzigen Konfrontation. Die Filmkunst trägt viel dazu bei, gegenseitigen Argwohn zu zerstreuen und Freundschaftsbrücken zu schlagen."

J. BELKIN

"Frühmorgens klettern der Berufsjäger Robin Hurt und sein amerikanischer Kunde Andrew McMillan in eine Akazie. Sie machen bald eine der schwer zu erlegenden und scheuen Sitatunga-Antilopen aus. McMillan fixiert das Tier in seinem Zielfernrohr und bringt es mit einem einzigen Schuß zur Strecke. Abends am Lagerfeuer wird Sitatunga-Steak serviert, 'eins der seltensten Steaks der Welt', meint Hurt."

So schildert Newsweek-Korrespondent Ray Wilkinson eine Safari in einer entlegenen Region Tansanias. Bei derartigen Jagdtechnik hat die Beute keine Chance.

Zwischen 1000 und 1500 Dollar kostet ein Tag Jagen in Afrika. In dieser Summe sind bereits Löhne für die Träger, Transport, Trophäenexport usw. enthalten. An Ort und Stelle wird ein Berufsjäger gemietet, damit jeder Schuß auch garantiert ein Treffer wird. Safari ist ein Sport der Reichen.

Die Tierwelt unseres Planeten wird in erschreckendem Maße ausgedünnt. Dazu einige Fakten.

Man nimmt an, daß das doppelhörnige Rhinoceros seit über 70 Millionen Jahren die Erde bevölkert. In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zählte man in Ost-, Zentral- und Südafrika von dieser Spezies noch 65 000 Stück. 1986 waren es noch 4500.

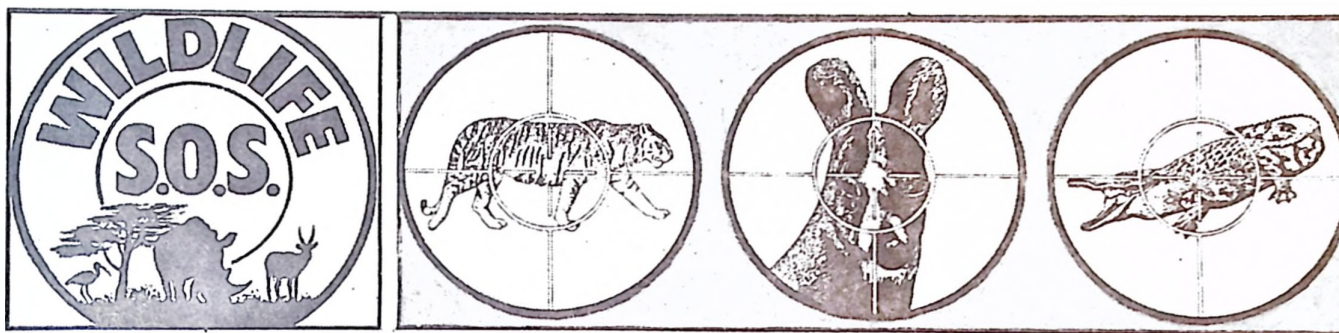
Heute leben in Afrika zwischen 700 000 und 1 Mio Elefanten. Eine ganze Menge, oder? Sehen wir uns einmal ihre 1986 veröffentlichte Abschlußstatistik an. Vor 6 Jahren lebten im Tschad 15 000 Elefanten. Heute sind es noch 3000. Von 1971 bis 1979 ging ihre Stückzahl in Uganda von 20 000 auf 3000 zurück. Im Sudan wurden 90 % dieser Dickhäuter vernichtet, in Zaïre 60 % und in einigen Landstrichen Kenias 80 %. In Somalia sind sie praktisch ausgestorben und in Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) sowie in Tansania sind sie zur absoluten Rarität geworden.

Dr. Richard Luxmoore von der Universität Cambridge bestätigt, daß einzelne Krokodilarten fast vollständig aus Lateinamerika verschwunden sind: "Die Jäger verlegen sich mehr und mehr auf die weniger begehrten Kaimane. Ihnen stellt man jetzt auf der ganzen Welt nach."

Was kostet ein Löwe?

Wenn man die Gewinnsummen aus dem Touristengeschäft zugrundelegt, ist ein König der Tiere in Kenia eine halbe Mio Dollar wert. Nach Kenia fliegt man jedoch gewöhnlich zur Fotosafari und weniger, um Tiere de facto zu erlegen. Doch leider ist es weitaus lukrativer, ein Wildtier abzuknallen, als es lediglich auf Dias zu bannen.

"NEUE ZEIT" 9.87



Schonungslose Jagd

Wilderer zerstören die Fauna der dritten Welt

Anfang der 70er Jahre kostete ein Pfund Hornmasse vom doppelhörnigen Rhinoceros im Großhandel 17 Dollar. Jetzt liegt der Großhandelspreis dafür bei 300 Dollar. Es ist auch schon vorgekommen, daß Olscheichs 13 000 Dollar für das Pfund gezahlt haben. Traditionsgemäß werden aus dem Horn des Nashorns Griffe für arabische Krummdolche, die Djambiyas, angefertigt.

Elefantenstoßzähne sind eine nicht ganz so seltene Handelsware. Es gibt eine ganze Industrie, die nach vorsichtigen Schätzungen jährlich 9 Mio Elfenbeinerzeugnisse auf den Weltmarkt wirft. Der Nippes kostet annähernd eine halbe Milliarde Dollar...

Im Himalaja leben Moschushirsche, und der Moschus, den man aus den Keimdrüsen der männlichen Tiere gewinnt, bringt den Händlern jedes Jahr 10 Mio Dollar an Profit ein. Moschus findet in der Medizin und Kosmetikindustrie Verwendung. Beim Abschub der Hirsche kann es vorkommen, daß Tiere getötet werden, die gar keinen Moschus geben. Andererseits kann sich eine Bauernfamilie mit dem Erlös aus dem Verkauf von Moschus zweier Hirsche ein Jahr lang über Wasser halten.

In Papua-Neuguinea lohnt sich die Herstellung von Krokodillederhandtaschen. Auch Schmetterlinge von exotischer Farbenpracht, wie sie dort vorkommen, stehen hoch im Kurs. Für ein seltenes Exemplar werden 7000 Dollar und mehr gezahlt. Immer mehr Schmetterlinge sterben aus.

In Peru lebt das seltene Andenvikunja, ein Lama, dessen Wolle 200 Dollar pro kg bringt.

Ein lohnendes Geschäft ist in Bangladesch die Jagd auf den bengalischen Tiger. Für ein Tigerfell werden 5000 Dollar gezahlt.

Rettet die Frösche

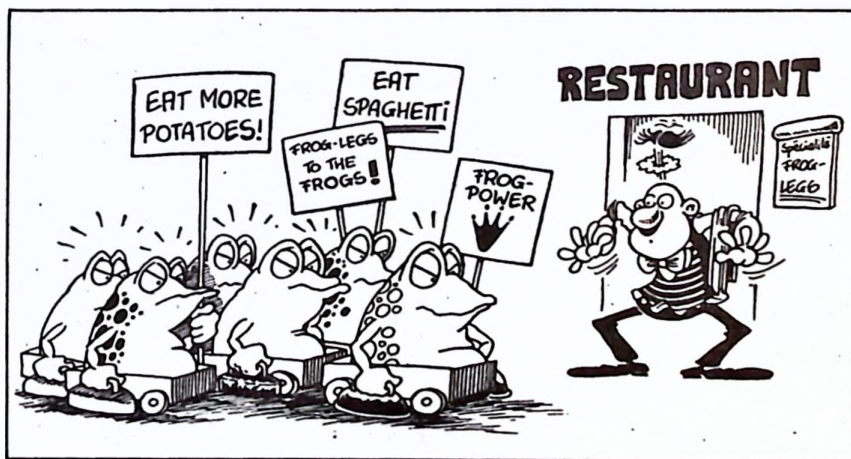
Eine gleichnamige Kampagne wurde in Europa und in Indien ins Leben gerufen. Gebratene Froschschenkel waren lange der Gaumenschmaus französischer Feinschmecker. Das Gericht hat mittlerweile Liebhaber in vielen Ländern gefunden. Es erinnert im Geschmack an gebratene Küken. Nach Frankreich wurde die BRD mit durchschnittlich 540 t jährlich

Europas wichtigster Froschschenkelimporteur. Kanada und Japan sind ebenfalls starke Kunden. Den Rekord halten die USA, die allein 1983 3000 t Froschschenkel einfuhrten und dabei über eigene Froschfarmen verfügen.

Hauptlieferanten sind Indien, Bangladesch und Indonesien. Indien liegt mit 60 Mio Exportfröschen in Führung. Die Inder selbst essen sie übrigens nicht. Um ein kg Schenkel zu erhalten, muß man 20-25 Amphibien töten. Dasselbe Kilogramm kostet auf dem Weltmarkt 50 Dollar und mehr.

Die Exporteure mieten gewöhnlich arme Bauern. Diese gehen nachts mit Taschenlampen über die Felder, fangen die Frösche und verstauen sie in Säcken. Per Lastwagen werden die Säcke zu besonderen Küchen transportiert. Dort wirft man die Frösche in eine Salzlösung, in der sie elend zugrundegehen. Dann schneidet man ihnen die Hinterbeine ab. Manchmal zieht man ihnen auch noch die Haut ab, um daraus Kleinigkeiten herzustellen.

Der Froschexitus hatte äußerst unangenehme Konsequenzen. Der Frosch ist schließlich ein nützlicher Zeitgenosse und ein notwendiger Bestandteil im Ökosystem. China bietet dafür ein



Transparentaufschriften vor einem Feinschmeckerrestaurant: "Ran an die Kartoffeln!", "Eßt mehr Spaghetti!", "Jedem Frosch seine Schenkel!"

Zeichnung aus: "Bagdad Observer", Irak

lehrreiches Beispiel. Anfang der 50er Jahre wurde dort eine planmäßige Sperrlingsvernichtung betrieben. Angeblich war nämlich der Spatz ein Ernteschädling. Kaum hatte man die Vögel niedergemacht, als auch schon die Insektenplage, ein weitaus gefährlicherer Feind für die Ernte, überhand nahm. Der Landwirtschaft wurde riesiger Schaden zugefügt.

Dasselbe ist jetzt bei den Fröschen der Fall. Die Zeitschrift der Gesellschaft für Naturgeschichte in Bombay berichtete vor kurzem, wie im westlichen Maharashtra die Ernte durch Insektenschäden vernichtet wurde. Grund dafür war die massenhafte Vernichtung von Fröschen. Jeder einzelne Frosch vertilgt pro Tag Insekten im Umfang seines Eigengewichts. Man hat errechnet, daß die in drei Monaten in Indien getöteten Frösche 2,4 Mio t Insekten hätten fressen können! In Westbengalen, von wo aus die Hälfte aller Froschschenkel in den Export geht, häuften sich Malariafälle. Soll man den Malaria-Mücken und ihren Larven mit Insektiziden zu Leibe rücken? In diesem Fall wären die Umweltschäden noch verheerender.

Die indische Regierung hat Maßnahmen gegen die unkontrollierte Vernichtung der Frösche eingeleitet. Als erstes wurde verboten, sie zwischen Mai und August zu fangen. In diesen Monaten sind die Ernteverluste am höchsten. Dann wurde der Froschschenkel-Export von 4500 t 1981 auf 2000 t 1986 gedrosselt. Der Schmuggel von Froschschenkeln wird streng bestraft.

Wilderer

General Andre Kolingba, Regierungschef der Zentralafrikanischen Republik, besuchte Ende 1985 die unbewohnte Nordregion des Landes... und wäre um ein Haar ums Leben gekommen. Wilderer hatten ihn beschossen. Man stellte bei ihnen 220 Elefantenstoßzähne sicher. Die Wildererbanden in der ZAR verfügen, wie sich herausstellte, über automatische Gewehre. Sie haben 8000 von ehemals 11 000 Elefanten auf dem Gewissen. Überall, wo sie gewütet hatten, lagen verwesende, ausgeweidete Elefantkadaver umher.

Wilderer, die in dieser Größenordnung operieren, sind zu allem fähig. Bei den strengen Strafen, die sie zu erwarten haben, schießen sie ohne lange zu fackeln auch auf Menschen.

Als erfahrene Wilderer kennen sie die Angewohnheiten der Tiere genau. Sie ahnen ihre Stimmen nach. An den Tränken legen sie sich auf die Lauer. Sie legen Sperrverhaue auf Wildwechseln an und

heben Fallgruben aus. Weil das allein nicht geht, bilden sie um die 15 Mann starke Banden.

Simbabwes Premierminister R. Mugabe hat der Wilderei mit harten Sanktionen den Kampf angesagt. 1985 lief die Operation Stronghold-Festung an. Bis September 1986 wurden 13 Wilderer getötet und 11 festgenommen. Glenn Tatham, Chefinspektor des Naturschutzparks, sagt dazu: "Es ist gar nicht so einfach, jemanden zu verhaften, der eine Flinte in der Hand hat und bereit ist, sie auf dich abzufeuern. Bevor der Wilderer seine Mpi nicht weggeworfen und sich ergeben hat, sind deine Chancen, ihn zu verhaften, gleich Null."

Animal

Liberation Front

Vielerorts besann man sich auf die weise Lösung, daß man ein Tier nicht gleich töten muß, um seine nützlichen Produkte zu erhalten. In Peru fängt man die Vikunjas ein, schert sie und läßt sie wieder laufen. Ebenso sägt man vorübergehend gefangenen Nashörnern das Horn ab. Auch den Moschus der Himalayahirsche kann man gewinnen, ohne die Tiere zu töten. Bei Krokodilen sieht es schon anders aus. Man muß sie töten, um das Leder zu erhalten. In mehreren Ländern, Simbabwe, Kuba, Papua-Neuguinea usw., gibt es schon eigene Krokodilzuchtfarmen.

Inzwischen setzen sich Bürgerinitiativen wie die Animal Liberation Front, ALF, für den Tierschutz ein. In Spanien setzen sich ihre Mitglieder für ein Verbot der Corrida ein. Im Oktober 1986 meldete die ALF, daß Unbekannte gedroht hatten, einzelne Mitglieder zu entführen, wenn sie ihre Antistierkampfkampagne nicht endlich einstellen. In dem anonymen Brief an die ALF heißt es weiter: "Befreit euch lieber erstmal selbst von eurer fixen Idee, einen traditionellen Sport zu vernichten, einen Teil spanischer nationaler Identität, bevor ihr dazu aufruft, Tiere von der Teilnahme an einem Sport zu befreien, in dem sie die Stars sind."

Die britische "Sunday Times" berichtete über einen anderen Aspekt der ALF-Aktivitäten in Großbritannien. Die Organisation wurde 1976 aus einer Tierschutzgesellschaft heraus gegründet. Ihre 1300 Mitglieder sind ausnahmslos Vegetarier. Die ALF schränkte ihre Tätigkeit gar nicht erst auf Appelle ein, nach dem Motto: Seid lieb zu Tieren, sondern schritt sogleich zur Tat. Die militanten Tierschützer stecken Schweinefarmen und Lastwagen mit Fleischladung in Brand, brechen

die Türen von Geflügelfarmen und wissenschaftlichen Laboratorien auf, um Ferkel und Labortieren die Freiheit zu schenken.

Ronald Lee, Vormann der britischen ALF-Sektion, sitzt entsprechender Vergehen wegen gerade ein. Seine Meinung: "Ich halte es für absolut natürlich und hochmoralisch, wenn Menschen sich unmittelbar einschalten, um Tiere in Sicherheit zu bringen. Das bringt natürlich nicht selten auch Gesetzesverstöße mit sich. Aber diese Gesetze wurden von einer arroganten und egoistischen menschlichen Spezies gemacht, die die Interessen der Tiere nicht berücksichtigt hat."

Lees Stellvertreterin Emma Fox stellt sich die Zukunft, für die sich ihre Organisation stark macht, so vor: "Die Gesellschaft setzt sich aus kleinen Selbstversorgungsgemeinschaften mit anarchistischer Grundstruktur zusammen. Wir bauen unser eigenes Obst und Gemüse an. Riesige Flächen kultivierten Bodens werden den Tieren zurückgegeben. Schafe und Rindvieh werden frei grasen. Das kann man nur erreichen, wenn man die Erdbevölkerung reduziert. Ich denke dabei nicht an Massenmord, sondern an Reduzierung über einen längeren Zeitabschnitt."

Der ALF-Führer hält es übrigens für falsch, von Terror zu sprechen, wenn Tierquäler ermordet werden.

ALF-Mitglieder müssen gewisse Anforderungen erfüllen, wie z. B. ihre Wohnungen befreiten Tieren zur Verfügung zu stellen.

...

Wilderer, die vor nichts zurückschrecken, sobald die Profitgier sie gepackt hat, und Tierschützer, die Viehzuchtfarmen zerstören und ihre Gefolgschaft auffordern, zu verwildern. Im Wesentlichen zwei Seiten derselben Medaille, zwei extreme Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft.

Bemerkenswert und wichtig an der Geschichte ist, daß sich die räuberische Vernichtung von Tieren jetzt hauptsächlich in den jungen Nationalstaaten abspielt. Der westeuropäische oder amerikanische Freizeitwaidmann jettet lieber ans andere Ende der Welt, um von seinen Geschäften auszuspannen oder um illegale Geschäfte abzuwickeln. Hierbei geht es nicht nur um seine geringschätzige Einstellung gegenüber der Tierwelt, sondern gegenüber den Staaten der dritten Welt. Diese können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen, ihre lebendige Natur nicht jederzeit vor Raubtieren in Menschengestalt schützen.

D. SGRSKI

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



● Beinschnitzereien

Fotos
von W. Wolkow

● Edward Tatschenko,
ein Beinschnitzer
aus Uelen

Legenden aus Uelen

Uelen auf der Tschuktschenhalbinsel ist die am weitesten östlich gelegene Ortschaft der UdSSR und für seine Beinschnitzer berühmt. Es heißt, diese Kunst sei entstanden, als sich die ersten Menschen auf der Halbinsel ansiedelten. Vor beinahe 50 Jahren gravierte ein gewisser Wukwol die „Sage von der Tscheljuskin-Besatzung“ und die „Tschuktschenlegende über Lenin“ in Robbenhaut. Seitdem haben sich bei den dortigen Beinschnitzern immer neue Themen — Szenen aus dem neuen Leben auf der Halbinsel — eingebürgert. Die einst fast ausgestorbenen Eskimos, Ewenen und Tschuktschen schufen unter der Sowjetmacht eine eigene Schrift und Literatur. Die Tschuktschenhalbinsel hat Wissenschaftler, Prosaiiker und Dichter hervorgebracht, die im ganzen Land bekannt sind.

Zur Zeit des Wukwol hielten seine Landsleute das Flugzeug für einen Zaubervogel, und ihre Zauberpriester, die Schamanen, warnten, daß es Unglück bringe. Heute sind die Polarflieger Helfer der Rentierzüchter. Anstelle der Wohnzelte aus Rentierhäuten sind moderne Häuser entstanden, und an die Stelle der Einbäume sind große Fischereifahrzeuge getreten. Aber die alten Traditionen leben fort, sie werden geachtet und gewahrt. Ebenso die jahrhundertealten Sujets der Väter und Ahnen: das Rentiergespann, das schneller als der Wind ist, die Frostnacht, in der nur die treuen Schlittenhunde den in der Tundra Verirrten wärmen, der Eisbär zwischen Eisschollen u. a.

Die schöne Kunst wird von Generation zu Generation vererbt. Jetzt pflegen sie 150 Beinschnitzer in der nach Wukwol benannten Werkstatt „Nordische Souvenirs“.



14159 9 136 304 550
NVA 32667 VM
2110 9005 0144 PF



Altes und Neues



INTERNATIONALER WETTBEWERB

**„MENSCH, MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“**

Prem Nath Nag
(Indien)

Индекс 70624 на немецком языке